

Abonnements-Bedingungen:
Abonnementspreis: 3 Mark monatlich...
Einzelhefte: 10 Pfennig...

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr
Beträgt für die sechsgehaltene Kolonne...
Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Telefon: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Sonntag, den 28. Februar 1915.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Telefon: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Neue Angriffe der Russen in Nordpolen.

Westlicher Kriegsschauplatz.
Der französische Tagesbericht.

Paris, 26. Februar. (W. L. B.) Um 8 Uhr nachmittags wurde amtlich mitgeteilt: Die belgische Armee hat einen kleinen Schützengrabenabschnitt, welchen sie vorübergehend verloren hatte, wiedergewonnen...

Paris, 27. Februar. (W. L. B.) Amtlich wird gestern abend 11 Uhr bekanntgegeben: Geschützfeuer auf der ganzen Front. In der Champagne dauerten unsere Fortschritte an...

Kein Ueberschreiten der holländischen Grenze durch deutsche Flieger.

Amsterdam, 27. Februar. (W. L. B.) Die Blätter melden aus dem Haag: Auf Ersuchen der niederländischen Regierung an die deutsche Regierung, eine Untersuchung anzustellen wegen angeblichen Ueberschreitens niederländischen Gebietes durch deutsche Luftfahrzeuge...

Ein Regiment aus englischen Geistlichen.

London, 27. Februar. (W. L. B.) In Glasgow werden Vorbereitungen getroffen, um ein Regiment von Geistlichen aufzustellen.

Westlicher Kriegsschauplatz.
Schlachtenpause bei Stanislaw.

Wien, 27. Februar. (W. L. B.) Der Kriegsberichterstatter des „Fremdenblattes“ telegraphiert seiner Zeitung: Die Kämpfe an dem Nordabhange der Karpathen und im Abschnitt von Stanislaw haben derzeit ruhigen Charakter angenommen...

Geistige Erkrankungen in der russischen Armee.

Petersburg, 26. Februar. (W. L. B.) „Rukhoje Slowo“ bringt unter der Ueberschrift „Verwundete Seelen“ einen ergreifenden Artikel über den großen Prozentsatz psychischer Erkrankungen russischer Soldaten...

Der türkische Krieg.
Zum Bombardement der Dardanellen.

Konstantinopel, 26. Februar. (W. L. B.) Das Hauptquartier teilt mit: Durch eine siebenstündige Beschießung mit schweren...

Die Meldung des Großen Hauptquartiers

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 27. Februar 1915. (W. L. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

In der Champagne haben die Franzosen gestern und heute Nacht erneut mit starken Kräften angegriffen. Der Kampf ist an einzelnen Stellen noch im Gange, im übrigen ist der Angriff abgewiesen worden.

Nördlich Verdun haben wir einen Teil der französischen Stellungen angegriffen; das Gefecht dauert noch an.

Von den übrigen Fronten ist nichts Wesentliches zu melden.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Nordwestlich Grodno, westlich Lomza und südlich Praszynsz sind neue russische Kräfte aufgetreten, die zum Angriff vorgingen.

In der Skroda südlich Kolno machten wir 1100 Gefangene.

Von links der Weichsel ist nichts Besonderes zu berichten.

Oberste Heeresleitung.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 27. Februar. (W. L. B.) Amtlich wird verlautbart: Wien, 27. Februar 1915, mittags.

An der polnisch-galizischen Front stellenweise lebhafter Geschützkampf.

In den Karpathen ist die allgemeine Situation unverändert. Im Abschnitt Lucholla-Whyzlow wurde heftig gekämpft. Hier wurde ein neuerlicher Angriff auf die eigenen Stellungen im Dpor-Tale nach erbittertem Nahkampf unter schweren Verlusten des Gegners zurückgeschlagen...

Die mit großer Hartnäckigkeit geführten Kämpfe in Südbosgalizien dauern an.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes von Hoefler, Feldmarschallleutnant.

Geschützen haben die feindlichen Schiffe gestern unsere äußeren Forts an den Dardanellen an einigen Punkten beschädigt; trotzdem hatten wir nur einen Verlust von fünf Toten und 14 Verwundeten. Auch heute hat die feindliche Flotte die Beschießung fortgesetzt, sich aber am Nachmittag aus dem Feuerbereich unserer Batterien bei Sed ul Bahr zurückgezogen...

Der Seekrieg.

Vom U-Bootkrieg.

London, 27. Februar. (W. L. B.) Zwischen Rhyl und Prestatyn wurden gestern Schiffstrümmern und ein Schiffspapier auf den Namen des Dampfers „Raitthmoor“, ferner Kabinentüren und andere Schiffgegenstände gefunden. Wie verlautet, stammt die „Raitthmoor“ aus Newcastle on Tyne.

„Times“ erfahren aus Eastbourne: Am 24. d. Mts., nachmittags 3 Uhr 55 Minuten, ist mehrere Meilen von der Küste ein unbekannter Dampfer untergegangen. Ein Beobachter hatte vom Lande aus eine Wasserfäule und eine Rauchwolke aufsteigen sehen. Bald darauf sei das Schiff versunken. Ein zweiter Dampfer, der in derselben Richtung fuhr, küchelte gegen die Küste. Ein anderer Dampfer, der in der Nähe war, nahm die Besatzung auf. Der Kapitän eines in der Nachbarschaft befindlichen Fischdampfers sagte, der Dampfer sei torpediert worden.

Keine Zugeständnisse in der Wahlrechtsfrage.

Berlin, 27. Februar. (W. L. B.) In der verstärkten Budgetkommission des preussischen Abgeordnetenhauses erklärte heute auf Anregung der Kommission betreffend Wahlrechtsreform der Minister des Innern von Löbell, daß es bei seiner früher abgegebenen summarischen Erklärung hinsichtlich der Neuorientierung der inneren Politik sein Bewenden haben müsse. Er könne nicht einzelne Materien herausgreifen und namentlich nicht solche, die Differenzen hervorgerufen hätten, wie die Wahlrechtsreform.

Eine schwere Enttäuschung ist denen bereitet worden, die sich eingebildet haben, daß nach dem Kriege eine neue Ära in Gesetzgebung und Verwaltung hereinbrechen werde. Nach dem Verlauf der Wahlrechtsdebatten in der Sitzung der verstärkten Budgetkommission des Abgeordnetenhauses vom Sonnabend werden nun wohl auch diese Politiker, die sich auch in den Reihen der Sozialdemokratie zur Geltung finden, von der Irrigkeit ihrer Auffassung überzeugt sein müssen.

Nachdem gleich in der ersten Sitzung des Abgeordnetenhauses unter dem Kriegszustand am 22. Oktober 1914 und erneut am 9. Februar 1915 unsere Freunde die Notwendigkeit der Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts betont hatten, ohne daß die Regierung es für nötig hielt, sich zu dieser wichtigen Frage zu äußern, brachte am Sonnabend in der Kommission ein fortschrittlicher Abgeordneter die Wahlrechtsreform zur Sprache. Am liebsten hätte er sich auch jetzt in Stillschweigen gehüllt, um keinen Streit zu entfesseln. Aber ganz konnte er im Interesse des Ansehens seiner Partei die Frage nicht umgehen, und so begnügte er sich denn namens und im Auftrage seiner Fraktion mit der Erklärung, daß seine Freunde alsbald nach dem Kriege eine Wahlreform erwarten. Für prinzipieller Standpunkt, so fügte er hinzu, sei der gleiche geblieben und habe durch die Erfahrungen des Krieges eine weitere Stütze gewonnen. Das Gefühl, daß das Vaterland allen zu gleichen Rechten gehöre, daß alle an der Gestaltung seiner Geschicke in gleichem Maße mitzuwirken haben, habe zu der militärisch und moralisch so notwendigen Einigung beigetragen. Was für das Reich nötig und möglich gewesen sei, das sei auch für Preußen nötig und möglich. Seine Freunde forderten zwar grundsätzlich die Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen, sie seien aber auch schon mit der Einführung des geheimen und direkten Wahlrechts, wofür nach den programmatischen Erklärungen der Parteien eine Mehrheit vorhanden sei, zufrieden. Er bitte die Regierung, zu erklären, ob die allgemeine Wendung, die der Minister kürzlich gebraucht habe, daß künftig eine Neuorientierung der inneren Politik zu erfolgen habe, sich auch auf die Reform des preussischen Wahlrechts beziehe.

Trotz oder vielleicht gerade wegen dieser Bescheidenheit des fortschrittlichen Redners vermochte sich der Minister des Innern zu einer Zusage nicht aufzuzwingen. Er berief sich auf seine frühere Erklärung, daß die Regierung die Notwendigkeit anerkenne, infolge des Krieges und der Einheit des ganzen Volkes ernstlich zu prüfen, in welcher Weise die innere Politik auf wichtigen Gebieten den veränderten Zeitverhältnissen entsprechend geändert werden solle. Bei dieser summarischen Erklärung müsse es sein Bewenden haben, um so mehr, als es sich nicht empfehle, aus dem ganzen Komplex der inneren Politik eine Frage herauszugreifen, noch dazu eine, die bisher Gegenstand von Differenzen zwischen Regierung und Parteien und zwischen den Parteien selbst gewesen sei. Man habe sich ausdrücklich dahin geeinigt, daß nach Möglichkeit alle Fragen jetzt auszuscheiden sollen, die die Gefahr einer differenziellen Ausschauung und einer Polemik in sich bergen. Hierzu gehöre die Wahlrechtsfrage, er müsse es sich deshalb verlagern, in eine Debatte darüber einzutreten.

Den Nationalliberalen und dem Zentrum konnte die Regierung gar keinen besseren Dienst erweisen, denn ihnen war dadurch Gelegenheit gegeben, wieder einmal einer klaren Stellungnahme auszuweichen. So begnügte sich denn der nationalliberale Redner damit, zu betonen, daß seine Partei nach wie vor eine Wahlrechtsreform in der Richtung eines Universalwahlrechts anstrebe und daß sie nach Friedensschluß sich in diesem Sinne bemühen werde. Im gegenwärtigen Augenblick aber erscheine es wichtiger, den Sieg gegen unsere Feinde zu erringen, als noch so gerechte politische Ziele zu verfolgen. Ähnlich das Zentrum. Im Interesse der Wahrung des Burgfriedens, so führte sein

Vertreter aus, hätten seine Freunde davon abgesehen, die verschiedenen inneren Fragen und auch die Wahlrechtsfrage aufzurollen. Da die Frage aber einmal angeschnitten sei, halte er es für erforderlich, zu erklären, daß seine Partei noch auf ihrem früheren Standpunkt stehe, der so klar wie möglich sei.

Ein wesentlicher Unterschied ist zwischen diesen beiden Erklärungen nicht zu erblicken. Beide Parteien wollen für den Augenblick von einer Wahlrechtsreform nichts wissen, beide greifen zu derselben willkommeneren Ausflucht, die einen, weil sie Gegner des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts sind, die anderen, weil sie zwar in der Theorie dafür eintreten, in der Praxis aber bisher im entscheidenden Moment noch immer verjagt haben.

Weit offener war der freikonservative Redner, der nunmehr zugab, daß gerade durch den Krieg die Gegnerschaft seiner Freunde gegen eine Wahlrechtsreform eine Verschärfung erfahren habe. Mit aller Entschiedenheit trat er der Auffassung entgegen, daß die Erfahrungen des Krieges auf eine völlige Demokratisierung unseres Wahlrechts hinweisen. Die Erfahrungen gingen vielmehr nach einer ganz anderen Seite; nicht die Demokratie, sondern eine starke Staatsgewalt muß die Folge des Krieges sein. Seine Freunde hätten zwar immer eine der heutigen Entwicklung entsprechende Reform des Wahlrechts verlangt, sie hätten aber andererseits die Einführung eines gleiches Wahlrechts für Preußen von jeher als ein Unmögliches bezeichnet. An dieser Auffassung habe der Krieg auch nicht das mindeste geändert.

Die Konservativen schwiegen, man wird aber wohl nicht fehlgehen in der Annahme, daß ihr Standpunkt sich dem der Freikonservativen nähert.

Die Aufgabe, in entschiedener Weise die Rechte des Volkes zu vertreten, war dem sozialdemokratischen Redner zugefallen. Zweifelslos in Übereinstimmung mit der Gesamtmeinung hob er hervor, daß seine Freunde keine Veranlassung hätten, sich der Auffassung anzuschließen, daß mit der Reform des Wahlrechts bis nach dem Kriege zu warten sei. Eine solche Zurückstellung dieser ungemein dringenden Aufgabe sei weder aus politischen noch aus technischen Gründen nötig. Technisch erfordere die Ausarbeitung eines Wahlreformgesetzes im Sinne der Demokratie weniger Mühe, als die tausend Maßnahmen äußerster komplizierter Art, die jetzt auf den verschiedensten Gebieten von der Regierung ergriffen sind, und was die politische Seite anbetreffe, so sei er erntant, daß man so offen bekennen, daß in dieser Frage die schwersten Meinungsverschiedenheiten heute noch herrschen. Gewisse allgemeine Redewendungen, die heute von der Presse und auch manchen offiziellen Vertretern des Staates gebraucht werden, müßten doch eigentlich dazu führen, daß man gar nicht mehr versteht, daß irgend jemand in Preußen und in Deutschland meinen könnte, daß uns das allgemeine Wahlrecht auch nur noch einen Tag verweigert werden dürfe. In der Tat sei alles beim alten geblieben, trotz der veränderten Verhältnisse hätte sich die Stellung der bürgerlichen Parteien zur Wahlrechtsfrage auch nicht um einen Deut geändert. Er danke dem Minister für seine Offenherzigkeit; freilich hätte er gar nichts anderes erwartet. Diese Offenherzigkeit werde nützlich sein für die Entwicklung der politischen Verhältnisse in Deutschland, auch für die Entwicklung der Verhältnisse während des Krieges. Unsere grundsätzliche Forderung bleibe aufrechterhalten, der Wunsch nach dem Wahlrecht werde neue Kraft gewinnen, und zwar mit viel größerer Geschwindigkeit als die Gegner meinen.

In der Tat hat die Debatte gelehrt, daß sich in der Stellung der Parteien und der Regierung zu der wichtigsten Frage der Gegenwart nichts geändert hat. Sache des Proletariats wird es sein, zu geeigneter Zeit die Bestrebungen für ein freies Wahlrecht in Preußen da aufzunehmen, wo es sie wegen der kriegerischen Ereignisse zu unterbrechen gezwungen war.

Aber nicht nur die Wahlrechtsdebatten, sondern auch die Verhandlungen über die übrigen mit dem Etat des Reichstags des Innern im Zusammenhang stehenden Fragen lehren uns, daß in Preußen alles beim alten bleibt. Recht charakteristisch sind in dieser Hinsicht die Debatten über die Behandlung russischer Arbeiter. Die russischen

Arbeiter — in der Hauptsache Landarbeiter — wurden beim Ausbruch des Krieges in Deutschland zurückgehalten, und gleichzeitig wurde ihnen verboten, den Ort ihrer Arbeitsstätte zu verlassen. Dies Verbot besteht noch, es wird bis auf weiteres aufrechterhalten. Auf den ersten Blick könnte diese Maßnahme als durch den Krieg geboten erscheinen, im Grunde genommen aber handelt es sich um die Einführung eines Arbeitszwanges für russische Arbeiter. Die russischen Arbeiter bedürfen nämlich, wenn sie in Deutschland arbeiten wollen, einer sogenannten Inlandslegitimation. Diese wird ihnen aber nur dann ausgestellt, wenn sie einen neuen Vertrag mit ihrem früheren oder einem anderen Arbeitgeber eingegangen sind. Weigern sie sich, so haben sie ihre Inhaftierung zu gewärtigen, sie stehen also vor der Wahl, inhaftiert zu werden oder aber Arbeit zu Bedingungen anzunehmen, bei deren Befolgung sie nicht mitzureden haben. Kennzeichnend ist es, daß sich von allen Mitgliedern der Kommission grundsätzlich wieder nur der Vertreter der Sozialdemokratie gegen eine solche Praxis aussprach. Die Voraussetzungen war, predigte er tauben Ohren.

Auch mit seinen weiteren Beschwerden über rigorose Handhabung des ohnehin schon fast völlig beseitigten Versammlungsrechts, über das Verbot der Niederlegung von Kränzen mit toten Schleißen, wie es noch jetzt in Breslau besteht, und über die noch immer in Blüte stehende polizeiliche Überwachung von Angehörigen der sozialdemokratischen Partei fand der Vertreter unserer Partei weder bei der Regierung noch bei der Kommission Gegenkommen.

Paul Girsch, Mitglied des Abgeordnetenhauses.

Zum Untergang des Dampfers „Regin“.

Kristiania, 26. Februar. (B. T. V.) Aus den telegraphischen Aufzeichnungen, die das Ministerium des Äußern von der Londoner Gesandtschaft erhalten hat, geht hervor, daß der Dampfer „Regin“ sich in einem britischen Minenfeld befunden hat, das Generalconsulats in London nimmt an, daß das Schiff auf eine Mine gestossen ist.

Amerika und der Unterseebootskrieg.

London, 26. Februar. (B. T. V.) Die „Times“ melden aus Washington: Die amerikanische Presse schreibt, daß der Präsident, falls seine Vorstellungen bei Deutschland und England scheitern, vielleicht geneigt sein werde, alle Ausfuhr nach den Kriegsführenden Staaten zu verbieten. Ferner wird erklärt, der Präsident könne drohen, den Handel in Kontorhande zu verbieten, um England zu nötigen, die Einfuhr von Nahrungsmitteln nach Deutschland zuzulassen. Die Bewegung zugunsten eines Verbots der Ausfuhr von Kontorhande wird von der deutschen Propaganda in der Union unterstützt, gewinnt beim Publikum Boden und nimmt an Bedeutung zu. Infolge der Aufhebung der Staatsversicherung für Schiffe, die nach nordeuropäischen Häfen bestimmt sind, vermutet man, daß die Prämien bei der Wiedereröffnung bedeutend steigen werden. Das „New York Journal of Commerce“ vertritt die Ansicht, daß der Passagierverkehr wahrscheinlich ziemlich aufhören, daß aber die Warenausfuhr von New York keine Verminderung erfahren wird.

Eine neue amerikanische Note an England.

London, 27. Februar. (B. T. V.) „Central News“ erzählt, daß gestern im Auswärtigen Amt eine neue Note des Präsidenten Wilson eingegangen ist. Man glaubt, daß sie unverbindliche Vorschläge bezüglich der Haltung Englands gegenüber der Einfuhr von Lebensmitteln nach Deutschland enthält.

Erhöhung der Kriegszulage für die norwegische Schifffahrt nach Lübeck.

Kristiania, 26. Februar. (B. T. V.) Die Soendensjaeldische Dampfschiffsgesellschaft und die Jueloelie gibt, wie das „Morgenbladet“ meldet, bekannt, daß die Kriegszulage für die Schifffahrt nach Lübeck am 1. März um 50 Proz. erhöht werden wird.

außer Kraft gesetzt sind. So lange man erkennt, daß die Bestimmungen des Völkerrechts sogar „rechtsmäßig“ verletzt werden können — aus Notwehr, im Notfall, als Repressalie, ist es in der Tat durchaus unerheblich, ob die im Haag beschlossenen Vereinbarungen im gegenwärtigen Kriege formell verbindlich sind. Hebrigen wäre, um jenem Streit der Jesuiten zu genügen, wenigstens die Landkriegsordnung von 1864 — die neue Fassung von 1907 weicht im großen ganzen nur unwesentlich ab — unter allen Umständen auch dem Buchstaben nach in diesem Weltkrieg rechtsmäßig, da jene älteren Beschlüsse alle Kriegsparteien ratifiziert haben und sie so lange in Kraft bleiben, bis die neuere Fassung allgemeine Rechtskraft erlangt würde.

Indessen die „Solidaritätsklausel“ hat durch eine andere Bestimmung, auf die man sich im Haag geeinigt hat, überholt ihre Bedeutung verloren. Moralisch können die großen Kulturvölker nicht von den Beschlüssen, die sie selbst freiwillig unterschrieben haben, entbunden werden, bloß weil zufällig Montenegro nicht mitgetan hat. Aber auch im strengsten Sinne formalrechtlich wird von den Kriegsparteien der Verbindlichkeit der Haager Abkommen eine sehr merkwürdige, scheinbar ganz unlogische, in Wirklichkeit aber entscheidend bedeutsame Bestimmung der Haager Konvention übersehen.

In der Einleitung des Abkommens über die Gesetze und Gebräuche des Landkrieges vom 29. Juli 1864, die auch in die Beschlüsse von 1907 übernommen wurden, heißt es:

Solange, bis ein vollständiges Kriegsgefecht festgestellt werden kann, halten es die hohen vertragsschließenden Teile für zweckmäßig, festzusetzen, daß in den Fällen, die in den von ihnen angenommenen Bestimmungen nicht vorgesehen sind, die Bevölkerung und Kriegsführenden unter dem Schutze und den herrschenden Grundsätzen des Völkerrechts bleiben, wie sie sich aus den Gesetzen der Menschlichkeit und aus den Forderungen des öffentlichen Gewissens herausgebildet haben. Sie erklären, daß namentlich Art. 1 § 2 der angenommenen Bestimmungen in diesem Sinne zu verstehen sind.

Artikel 1 verpflichtet die Vertragsschließenden, den Landheeren Verhaltensregeln im Sinne der Haager Beschlüsse zu geben; leider ohne die Verpflichtung hinzuzufügen, daß diese den Truppenführern erteilten Ausführungsanweisungen veröffentlicht werden müssen. Artikel 2 enthält jene „Solidaritätsklausel“, die 1864 folgenden Wortlaut hatte:

Die Vorschriften der im Artikel 1 genannten Bestimmungen sind für die vertragsschließenden Mächte nur bindend im Falle eines Krieges zwischen zwei oder mehreren von ihnen. Diese Bestimmungen hören mit dem Augenblick auf verbindlich zu sein, wo in einem Kriege zwischen zwei Vertragsmächten eine Nichtvertragsmacht sich anschließt.

Der Krieg und die Kolonien. Englische Blockade der deutsch-ostafrikanischen Küste.

Haag, 27. Februar. (B. T. V.) Der „Staatscourant“ schreibt: Der Minister des Äußern bringt zur Kenntnis, daß die britische Regierung mit Beginn der Winternacht zwischen dem 28. Februar und dem 1. März die Blockade der Küste von Deutsch-Ostafrika und der anliegenden Inseln angekündigt hat. Sie soll sich erstrecken zwischen 4 Grad 41 Minuten nördlicher Breite und 10 Grad 10 Minuten südlicher Breite. Binnen vier Tagen vom Inkrafttreten der Blockade ab gerechnet dürfen neutrale Schiffe das blockierte Gebiet ungehindert verlassen.

Zur Lage in Deutsch-Südwestafrika.

London, 26. Februar. (B. T. V.) Ueber die Befegung von Konidas und Goanilontes meldet das Neutliche Bureau: Von Swalopmund aus operierend, rückte die nördliche Streitmacht unter Befehl des Generals Botha bis auf einige Meilen von der Station Koffing vor. Die Truppen besetzten Goanilontes, das ein wichtiger Punkt ist, weil sich dort gutes Wasser befindet, sowie ferner den Polizeiposten Konidas, der sechs Meilen stromabwärts gelegen ist. Der Feind hatte während der Nacht das Lager verlassen. Das Postamt in Nijthofen wurde durch den Feind verbrannt.

Die Duma-Abgeordneten verurteilt.

Petersburg, 27. Februar. (B. T. V.) Das Kriminalgericht verurteilte mehrere Sozialdemokraten, unter denen sich fünf Duma-Mitglieder befanden, zum Verlust aller bürgerlichen Rechte und zu Verbannungsstrafen. Die Duma-Mitglieder waren angeklagt, in ihrer Eigenschaft als Mitglieder der sozialdemokratischen Partei eine Agitation gegen den Krieg eingeleitet zu haben und für die Verbreitung des Gedankens, alle europäischen Staaten, mit Einschluß Rußlands, in demokratische Republiken umzugestalten, in Arbeiterkreisen eingetreten zu sein.

Die russische Regierung hat also, wie aus diesem Urteil hervorgeht, zum zweiten Male ein Attentat gegen die parlamentarischen Vertreter der russischen Arbeiterklasse vollbracht. Nach den 37 sozialdemokratischen Abgeordneten, die dem ersten „Hochverratsprozeß“ im Jahre 1907 zum Opfer fielen, sind nun die fünf Mitglieder der „bolshewistischen“ Fraktion in der Duma von unfähigen Richtern zum Verlust aller bürgerlichen Rechte und zu lebenslänglicher Deportation verurteilt worden. Während die Blüte der russischen Arbeiterklasse, herausgerissen aus dem Kampf um die soziale und politische Befreiung des Proletariats, ihr Blut auf dem Schlachtfelde vergießen muß, erhob der Jazismus sein Nichtbeil gegen die parlamentarischen Vorkämpfer dieser zum Kriegsdienst gepreßten Proletarier, die in schwerster Zeit mutig und tapfer ihre Aufgaben erfüllten.

Die nun verurteilten Genossen haben trotz des über der Sozialdemokratie lastenden Ausnahmegesetzes, das die Partei zur „illegalen“ Existenz verurteilt, nie ihre Zugehörigkeit zur Partei verleugnet. Sie sind auch in ihrem Kampf gegen den Krieg nur die Willensvollstrecker der organisierten Arbeiterschaft gewesen, eingedenk der Pflichten, die die Parteikonferenzen und die Beschlüsse der Internationalen Kongresse ihnen auferlegten.

Die russische Regierung und der gesamte bürgerlich-junkerliche Michmasch, der sie stützt, gibt sich wohl der Hoffnung hin, daß das nun statuierte „Exempel“ der Agitation der Sozialdemokratie ein jähes Ende bereiten wird. Törichte Hoffnung! Die Haltung der übergroßen Mehrheit der Sozialdemokratie Rußlands, wie namentlich der Kampf der in der Duma zurückgebliebenen zweiten sozialdemokratischen Fraktion gestatten keinen Zweifel, daß das Werk der verurteilten Abgeordneten weitergeführt werden wird. Mehr noch. Wie der Prozeß gegen die Fraktion der zweiten Duma auf Jahre

In letzterem Falle gilt also anscheinend die ganze Konvention nicht, somit auch nicht die angeführten Sätze der Einleitung über die allgemeine völkerrechtliche Verbindlichkeit. Aber jene Sätze sollten sie gerade feststellen, wie die Aufhebung der Verbindlichkeit in Artikel 2 gemeint sei. Welchen Sinn hätte es, solche Erläuterung des Artikels 2 zu vereinbaren, wenn im Fall, daß die Bedingungen des Artikels 2 eintreten, auch die Erläuterung selbst außer Kraft tritt. Das wäre der vollendete Insinn, von dem man nicht annehmen kann, daß ihn alle großen Kulturstaaten der Welt bestiegelt hätten.

Der in der Einleitung aufgestellte Grundsatz hat in Wirklichkeit die Bedeutung, daß er unter allen Umständen verbindlich ist, und gerade dann, wenn der Fall des Artikels 2 eintritt, wenn die in der angefügten Landkriegsordnung enthaltenen Einzelbestimmungen unverbindlich werden. Mit anderen Worten: die Konvention selbst, das Abkommen soll unter allen Umständen für die Vertragsschließenden verbindlich sein, auch wenn das die einzelnen Fälle behandelnde Reglement, die Ordnung, unter den Umständen des Artikels 2 unwirksam werden sollte. Es würden dann eben alle Einzelheiten der Kriegsführung als die „in Ermangelung eines schriftlichen Übereinkommens“ nicht vorgesehenen Fälle gelten, die nach der Absicht der Haager Vertragsmächte gleichwohl nicht „der willkürlichen Beurteilung der militärischen Befehlshaber überlassen bleiben sollen“.

Hätten demnach die Haager Kriegsreglements, bei der Zusammenfassung der Kriegsparteien im gegenwärtigen Kriege, in den einzelnen Bestimmungen keine formelle Rechtsgültigkeit, so würden an deren Stelle dann die allgemeinen „herrschenden Grundsätze“ des Völkerrechts treten, wie sie sich aus den unter gestützten Staaten geltenden Gebräuchen, aus den Gesetzen der Menschlichkeit und aus den Forderungen des öffentlichen Gewissens herausgebildet haben. Da nun der Niederschlag der herrschenden völkerrechtlichen Grundsätze die Haager Kriegsreglements sind, so verpflichten jene Vereinbarungen eben doch, auch wenn Montenegro sie nicht unterschrieben hat. Eher könnte man, bei der Anerkennung jenes formellen Einwandes, auf Grund der allgemeinen Anschauungen des öffentlichen Gewissens zu noch schärferen Einschränkungen der Kriegsführung gelangen.

Zu dieser Forderung des öffentlichen Gewissens gehört ganz besonders auch die 1907 auf deutschen Antrag beschlossene schadenersatzpflichtige Haftung der Vertragsstaaten für Völkerrechtsverletzungen. Diese Haftung, deren Erfüllung auch die am Kriege nichtbeteiligten Staaten garantiert haben, dürfte beim kommenden Friedensschluß eine große Bedeutung haben. Auf diese Vereinbarung hat offenbar der Präsident der Vereinigten Staaten gezielt, wenn er wiederholt ein vorzeitiges Schiedsrichteramt mit dem Hinweis abschätzte: Am Tage, wo die Völker Europas sich zum Friedensschluß vereinigen, wird die Verantwortung festgelegt werden!

Sind die Haager Beschlüsse rechtsverbindlich?

Es ist neuerdings, nachdem so ziemlich alle völkerrechtlichen Vereinbarungen im künftigen Wettbewerb der Vertragsmächte verlegt worden sind, die Frage aufgeworfen worden, ob die Haager Beschlüsse überhaupt im heutigen Kriege verbindlich sind, und die Frage ist deutschschon, unter Sülfeleistung gewisser Völkerrechtsexperten, verneint worden.

In einer Volemik mit dem Reichsgerichtsrat von Neukamp vertritt eben wieder der Berliner Völkerrechtsexperte von Liszt seine Anschauung, daß wegen der „Solidaritätsklausel“ der größte Teil der Abkommen, die im Haag getroffen worden sind, nicht rechtsverbindlich seien. Diese Klausel lautet: „Die Bestimmungen dieses Abkommens finden nur zwischen den Vertragsmächten Anwendung und nur dann, wenn die Kriegführenden sämtlich Vertragsparteien sind.“ Liszt folgert daraus („Leipziger Zeitschrift für deutsches Recht“ 1915, Nr. 3): „Auch zwischen Vertragsmächten gelten die Abkommen nur dann, wenn die Kriegführenden Vertragsparteien sind. Man kann es bedauern, daß diese weitere Voraussetzung aufgestellt worden ist; man kann es vielleicht noch mehr bedauern, daß die Vertragsmächte seit dem Jahre 1907 so gar nichts getan haben, um die Staaten, die nicht unterzeichnet oder ratifiziert haben, zum Anschluß an die Abmachungen zu veranlassen. Aber alles Bedauern hilft über die Tatsache nicht hinweg, daß die Abkommen für die Kriegführenden nicht verbindlich sind, oder unverbindlich werden, wenn oder sobald ein einziger Staat am Kriege sich beteiligt, der nicht Vertragspartei ist.“

Da nun Serbien und Montenegro die Abkommen von 1907 nicht unterschrieben haben, brauchte sich — nach Liszt — im gegenwärtigen Kriege niemand um sie zu kümmern.

Dagegen zählt der engere juristische Fraktionsgenosse Liszt, Ernst Rühl-Reininger („Weltkrieg und Völkerrecht“, Berlin 1915): „Die ganze völkerrechtliche Geltung aller Abkommen und insbesondere die Landkriegsordnung von 1907 für die Heere der Ratifikationsstaaten abhängig zu machen von Montenegro und Serbien, wäre geradezu eine Väterlichkeit des ganzen Völkerrechts! Weil Montenegro nicht ratifiziert, sollen die zeitweise auf dem ratifizierten Abkommen von 1864 basierenden, von den Großmächten unterzeichneten Humanitätsätze von 1907 im Kriege zu Land und zu Wasser zwischen Deutschland und England oder Frankreich und Deutschland keine Geltung haben? Daran hat sicherlich kein Reich gedacht. Jede Macht hätte diesen Gedanken als praktisch unmöglich zurückgewiesen. Solcher Formalismus würde zum Insinn.“

Es könnte als ein sehr müßiges Spiel des Besonderen und Besonderen erscheinen die formelle Nichtverbindlichkeit der Haager Beschlüsse zu untersuchen, nachdem sie praktisch im weiten Umfang

hinaus zum Ausgangspunkt der sozialdemokratischen Agitation im Lande wurde, wird die Verurteilung der fünf Abgeordneten der vierten Duma in der neu sich regenden Arbeiterbewegung mächtige Impulse wecken. Dieses Bewußtsein wird unsere verurteilten Genossen nach der sibirischen Steppe begleiten und ihnen den Mut und die Kraft geben, auszuharren, bis ein befreites Volk sie zu neuem Wirken heimholen wird.

Zur Londoner Konferenz.

Uns geht folgende Erklärung zu:

Infolge falscher Gerüchte über Teilnahme der russischen Sozialisten an der Konferenz, die am 14. d. M. in London getagt hat, erachten wir es als notwendig, folgendes zu erklären:

Der Allgemeine Jüdische Arbeiterbund Rußlands hat an der Londoner Konferenz nicht teilgenommen, wovon diese in Kenntnis gesetzt worden war. In der Geschichte der Arbeiter-Internationale dürfte kaum eine zweite Konferenz aufzuweisen sein, die in gleicher Weise unter Ausschluß der Öffentlichkeit verhandelt worden wäre. Ueber Einberufung und Zusammenstellung der Konferenz, über ihre Aufgaben und die zur Erörterung vorgeschlagene Tagesordnung war nichts bekannt außer unbestimmter Gerüchte, die einige Tage vor Zusammentritt der Konferenz aus Pariser privaten Quellen hinterbracht wurden. Mehr noch: auf eine Konferenz der Sozialisten der „Entente“-Länder haben die der Internationale angegliederten Organisationen der Sozialdemokratie Rußlands überhaupt keine Einladung erhalten. Mit derartiger Geheimtuererei wurden bisher nur Beratungen von Diplomaten abgehalten.

Wir sind der Ansicht, daß sozialistische Konferenzen, bloß aus Vertretern von Ländern einer bestimmten Kriegscoalition zusammengestellt, im allgemeinen ein für die Sache der Annäherung der Proletariat der kriegführenden Länder gefährliches Moment enthalten. Auf der Londoner Konferenz wurde diese Gefahr leider nicht unwirksam gemacht, sie offenbarte sich dort vielmehr in ihrer vollen Kraft. Die Lösung: Krieg bis zum Ende, bis zum vollständigen Siege, fällt auch in der von der Konferenz angenommenen gemilderten Formulierung mit den Bestrebungen der Regierungen des Dreiverbandes zusammen und kann seitens des Proletariats der gegnerischen Koalition einen vom Selbsterhaltungstrieb diktierten Gegenruck hervorrufen, die Beziehungen in der Internationale noch weiter verschärfen und der Agitation der Sozialdemokratie für den Frieden hemmend entgegenwirken. Nicht minder verfehlt ist die Verschiebung des Zeitpunktes der Wiederherstellung der Internationale bis nach Beendigung des Krieges. ... Die durch die Konferenz erfolgte Sanftionierung der Befreiungsillusionen, die mit dem Kriege im Zusammenhang stehen, muß in hohem Grade dazu beitragen, imperialistische Tendenzen zu fördern. Der Protest der Konferenz gegen einige Greuelthaten der zaristischen Reaktion mildert zwar in gewisser Weise die verfehlte Haltung der Konferenz, ändert aber nichts an der Tatsache, daß ihre Beschlüsse im ganzen genommen den Forderungen der internationalen proletarischen Solidarität nicht entsprechen.

Die Sozialdemokratie Rußlands trägt für die Beschlüsse der Londoner Konferenz keine Verantwortung. Der Vertreter des Organisationskomitees der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands und der des Zentralkomitees der Leninischen Fraktion verließen die Konferenz zur Erledigung ihrer Tagesordnung. Die nationalen sozialistischen Parteien: der Allgemeine Jüdische Arbeiterbund, die Polnische Sozialistische Partei („Gomija“), die Sozialdemokratie Polens und Litauens und die Lettische Sozialdemokratie haben sich an ihr überhaupt nicht beteiligt.

Auslandskomitee

des Allgemeinen Jüdischen Arbeiterbundes in Litauen, Polen und Rußland („Gund“).

Das Versammlungsverbot in Italien.

Rom, 27. Februar. (B. L. B.) Am Schluß der gestrigen Kammer Sitzung beantwortete Ministerpräsident Salandra eine Anfrage über die Ereignisse von Reggio nell Emilia und das vom Ministerrat beschlossene Verbot von Versammlungen. Er legte die bekannten Vorgänge von Reggio nell Emilia dar und drückte das Bedauern der Regierung über diese unerfreulichen Geschehnisse aus. Weiter sagte er: Der Ministerrat hat es für dringend notwendig erachtet, Maßnahmen zu treffen, um eine Wiederholung ähnlicher Tatsachen zu verhindern. Dementsprechend Versammlungen für oder gegen den Krieg sind seit dem 8. August verboten. Das gegenwärtige Verbot betrifft private Versammlungen, wenn diese in Wirklichkeit öffentlichen Charakter haben, indem jedermann eine Einladungskarte bekommen kann. Der Minister sagt, er vertraue darauf, daß die Kammer diese Maßregel gutheißen werde, die nichts anderes bezwecke, als zu verhindern, daß das alte schlimme Gift des Bürgerkrieges die italienische Seele vergifte. (Widerpruch aus der äußersten Linken, lebhafter Beifall aus den anderen Bänken.) Der Minister fuhr fort: In diesem Augenblicke ist es von höchstem Interesse, daß das Land möglichst wenig durch Störungen der öffentlichen Ruhe geschwächt werde, die die Kraft und das Ansehen Italiens in der zivilisierten Welt verringern würden. (Lebhafte Zustimmung und starker Beifall.)

Nach den Erwiderungen der Fragesteller nahm Salandra wieder das Wort und führte aus: Die moralische Bereitschaft wird nicht durch Massenversammlungen und Zusammenkünfte bewirkt, sondern durch wohlüberlegte Sammlung und sittliche Jucht. (Lebhafte Beifall.) Die Regierung will durch diese Maßregel die Richtung ihrer inneren Politik nicht verändern. Unter so schwierigen Verhältnissen erleidet die Freiheit in anderen Ländern, selbst in der Schweiz, weit größere Einschränkungen. Salandra fügte dann hinzu, wenn man die ununteren Quellen gewisser Bewegungen in Betracht zieht, so wird die Kammer zu der Ueberzeugung kommen, daß die Regierungsmäßregel dahin abzielt, das Land vor jedem ungesunden fremden Einflusse zu bewahren. Man weiß nicht, ob es der Nation bestimmt sein wird, zu marschieren oder nicht; aber an dem Tage, da sie gerufen wird, wird die Nation einmütig den Befehlen des Vaterlandes und des Königs folgend, marschieren.

Die Deputierten erhoben sich von ihren Sitzen und riefen unter äußerst lebhaftem Beifall: Es lebe Italien, es lebe der König! Nach dieser Kundgebung, die sich längere Zeit wiederholte, wurde die Sitzung geschlossen.

Die englischen Kriegsausgaben.

London, 26. Februar. (B. L. B.) Wie verlautet, wird Premierminister Asquith am Montag einen Ergänzungskredit in Höhe von 37 Millionen Pfund Sterling für das am 31. März endigende Finanzjahr einbringen. Durch diesen Kredit, der für verschiedene Zwecke dienen soll, steigen die Ausgaben auf 362 Millionen Pfund Sterling (724 Mill. M.). Ferner wird Asquith einen neuen Kredit von 250 Millionen Pfund (500 Mill. M.) für das kommende Finanzjahr fordern.

Soziale Streitfragen in England.

Amsterdam, 27. Februar. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Die streikenden Metallarbeiter des Clybedistrikts lehnten am Mittwoch die angebotene Lohnzulage von dreiviertel Pence mit 829 Stimmen ab. „Daily News“ meldet, daß sich der König von England für die Beilegung des Streiks in diesen für die Kriegsverwaltung arbeitenden Berufen interessiert habe.

Die am Donnerstag im Unterhaus stattgefundene Debatte über die agrarische Kinderarbeit, in der Keir Hardie und Roberts sprachen, brachte befriedigende Erklärungen der Regierung, die stillschweigend die Suspendierung des Schulzwanges akzeptiert hatte, aber angesichts der Landarbeiteragitation zurückweicht. Der Sprecher des Landwirtschaftsministeriums, Sir Harry Verney, erklärte unter dem Hohngelächter der Agrarier, daß bei höherem Landarbeiterlohn die Heranziehung städtischer, belgischer, dänischer und irischer, der Schulpflicht entwachsender jugendlicher Arbeiter, sowie die Heranziehung von Frauen ausreiche, dem Arbeitermangel abzuhelfen. Die Abneigung der Frauen gegen die Landarbeit bestehe nur in den Distrikten, wo geringe Löhne gezahlt werden.

Der Vorsitzende des Erziehungsamtes Pease erklärte die Kinderarbeit für physisch und moralisch schädlich. Gegen die von den Lokalbehörden verfügten Schulbesuchsbefehle fehle eine geeignete Handhabe. Das Erziehungsamt habe ihnen indes Vorstellungen gemacht und erhoffe auch die Wirkung der Debatte auf die Lokalbehörden.

Die Bewegung der Werftarbeiter.

London, 27. Februar. (B. L. B.) „Daily Telegraph“ wird aus Glasgow gemeldet: Die Abstimmung unter den Handwerkern der Clydebergen ergab eine überwiegende Mehrheit gegen Annahme der von den Gewerkschaften vorgeschlagenen Bedingungen. Es wird erwartet, daß die Regierung eingreifen wird. Auf den Newcastle Werften ist eine Anzahl Arbeiter in den Zustand getreten.

Zur Sanierung des „Daily Citizen“.

Amsterdam, 27. Februar. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Das Parlamentskomitee des Gewerkschaftskongresses und die Nationallegislative der Arbeiterpartei berieten am Donnerstag die von der letzten Nationalkonferenz beschlossene Forderung für „Daily Citizen“. Die Schwierigkeit besteht namentlich in dem jüngsten Urteil über die Ungültigkeit einer Aktienübernahme durch eine Gewerkschaft wegen ihres politischen Zweckcharakters. Die Nationalkonferenz beschloß eine Rekonstitutionierung der Citizen-Gesellschaft in einer Form, die den Gewerkschaften gestattet, etwas beizutragen. Einstweilen sollen die notwendigen hunderttausend Schilling individuell aufgebracht werden. Die Konferenz beschloß die Aufhebung der Londoner und die Beibehaltung der Manchester Ausgabe des Blattes.

Amerika und Japan.

Petersburg, 26. Februar. (B. L. B.) Nach einer Meldung des Blattes „Nietzsch“ sprach der amerikanische Gesandte in Peking den bestimmten Wunsch aus, daß der japanisch-chinesische Konflikt auf friedlichem Wege geregelt werde; sonst würden sich die japanisch-amerikanischen Beziehungen unbedingt verschärfen. Der Aufstand in Sibirien nimmt immer größeren Umfang an.

London, 27. Februar. (B. L. B.) „Daily Telegraph“ meldet aus Peking vom 26. Februar: Die Verhandlungen zwischen Japan und China nehmen einen günstigeren Verlauf als erwartet worden ist. Die beiderseitigen Bevollmächtigten beginnen allmählich gewisse Punkte der Uebereinstimmung festzustellen. Man erreichte nach langen Verhandlungen das wichtige Ergebnis, daß Chinas Standpunkt anerkannt wurde, der dahin geht, daß die Fragen betreffend Schantung und Kiautschou zu der Reihe von Problemen gehört, die erst bei Ende des Krieges gelöst werden können.

Unruhen in Indochina.

Paris, 26. Februar. Der „Temps“ meldet aus Kamboja: Der Verwalter der Zivildienste von Indochina, Truffot, welcher sich unter Begleitung von 50 Milizsoldaten auf einer Inspektionsreise im Hinterland von Phuong befand, wurde in der Nacht zum 10. Januar von Phuongleuten, welche von deutschen Agenten (?) zur Empörung aufgehetzt waren, angegriffen. Er und vier Milizsoldaten wurden getötet, mehrere verletzt. Der Leichnam Truffots konnte geborgen werden.

Nach demselben Blatt hat die Société Rationale de Chirurgie alle deutschen und österreichisch-ungarischen Mitglieder aus ihrer Mitgliederliste gestrichen.

Dyon, 26. Februar. (B. L. B.)

Der „Revue“ erzählt aus Paris, daß der Deputierte des Departements Girondo Emile Constant eine schriftliche Anfrage an den Ministerpräsidenten richtete über die Maßnahmen, welche die Regierung zu treffen gedenke, um zu verhindern, daß Deutsche, welche seit dem Kriegsausbruch die Neutralität neutraler Staaten erworben, namentlich als Angehörige neutraler Staaten nach Frankreich zurückkehren können.

Die Meuterei in Singapore.

Amsterdam, 27. Februar. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Der Ergänzungs-Korrespondent, der Singapore lange Jahre kennt, kommentiert den Officialbericht über die Meuterei. Die Tötung sibieler Zivilisten beweise, daß die Auffständischen, die außerhalb Ismeriet sind, in das Stadium einer einmarschieren. Die Bedeutung des Aufstands geht auch aus den Hilfsappellen an den unabhängigen Sultan von Johore hervor. Die Deutschen sind seit Ausbruch des Krieges in Konzentrationslagern in der Nähe der Stadt untergebracht.

Austausch von Konsularbeamten.

London, 27. Februar. (B. L. B.) Unterhaus. McKinnon Wood sagte in Verantwortung einer Anfrage, Verhandlungen seien im Gange, daß gewisse deutsche Konsularbeamte, die sich in England befinden, gegen britische Konsularbeamte in Deutschland ausgetauscht werden.

Die Kohlennot in Frankreich.

Nouen, 27. Februar. (L. N.) Die große Kohlennot Frankreichs ist u. a. dem Umfange zuzuschreiben, daß die in den Häfen anlangenden Schiffe infolge Mangels an Arbeitskräften nicht ausgeladen werden können. Der Minister Sembat wollte nun zu diesem Zweck 2000 belgische Flüchtlinge einstellen, jedoch waren die meisten für diese harte Arbeit untauglich. Auf Ersuchen Sembats hat nun

mehr der Kriegsminister abkömmliche Reservisten und Territorial-soldaten nach Rouen geschickt, die ständig mit dem Ausladen der Kohlendampfer beschäftigt sind, so daß Paris jetzt wieder mit Kohlen leichter versorgt werden kann.

Der Sonderberichterstatter des Pariser „Journal“, der in Rouen Nachforschungen angestellt hat, ist zu dem Schluß gekommen, daß nach den jetzt getroffenen Maßnahmen der Kohlenmangel behoben sein dürfte. Ob England allerdings noch weiter Kohlen wird schicken können, darüber schweigt sich das „Petit Journal“ aus.

Gleidyphus in England.

London, 27. Februar. (B. L. B.) In mehreren Teilen des Landes ist Gleidyphus ausgebrochen. Im Unterhause erklärte Parlamentsuntersekretär Tennant, der Gleidyphus herrsche in einigen Gegenden von Essex. Besondere Maßnahmen für die Einquartierungen und gegen die Ueberfüllung von Wohnungen seien getroffen worden. Das Local Government Board gibt die bisherige Zahl der Erkrankungsfälle in England und Wales mit annähernd hundert an.

Kriegsbekanntmachungen.

An die Angehörigen von Kriegsgefangenen!

I. Von den aus Frankreich nach Nordafrika übergeführten deutschen Kriegsgefangenen kommen nach vielen laut gemordenen Klagen Briefe oder Postkarten anscheinend nur spärlich an die Angehörigen. Um hierin Abhilfe zu schaffen, ist es notwendig zu erfahren, wie viele Kriegsgefangenen von dort überhaupt schon geschrieben haben. Deshalb fordert das preussische Kriegsministerium alle Deutschen, die nach sicheren, brieflichen Nachrichten einen Angehörigen in den nordafrikanischen französischen Gebieten als Kriegsgefangenen wissen, zu einer Mitteilung darüber auf. Dabei wäre anzugeben:

Name, Dienstgrad und Truppenteil des Kriegsgefangenen. Wann (Abendungstag) und von welchem Orte in Nordafrika briefliche Nachrichten von ihm eingetroffen sind. Auch die Angabe von Mitgefangenen, die er namhaft gemacht hat, wäre erwünscht.

Zu richten sind die Mitteilungen an das Zentral-Nachweisedureau des Kriegsministeriums, Refersat V, Berlin NW. 7, Schadowstraße 9.

II. Antikliche Listen der deutschen Kriegsgefangenen in Rußland sind bis jetzt entgegen den vollenredlichen Abmachungen, nur spärlich eingegangen; sie umfassen nur einen Teil der mutmaßlichen Gefangenenzahl. Auch unsere Verwaltungen können deshalb in den meisten Fällen bis jetzt nur „vermisst“ melden. Vielleicht ist aber von vielen schon eine private Nachricht in die Heimat gelangt, die der amtlichen Stelle noch nicht bekannt ist. Deshalb wäre es von großem Werte für das Kriegsministerium, von allen Briefen oder Postkarten Kenntnis zu bekommen, die von deutschen Kriegsgefangenen aus Rußland bisher an Angehörige gelangt sind. Hierüber werden, soweit es noch nicht geschehen ist, möglichst vollständige Angaben, in gleicher Weise wie unter I, erbeten.

III. Dem Kriegsministerium liegt ferner daran, auf Grund brieflicher, an Angehörige gelangter Nachrichten sichere Beweise dafür zu bekommen, welches kriegsgefangene deutsche Personal, das nach Artikel 12 der Genfer Konvention freigelassen werden dürfte, sich noch in Feindesland befindet. Ein Teil dieser Nachrichten würde sich schon unter Angaben gemäß I und II befinden. Besondere Mitteilungen hierüber werden also nur über die in Frankreich selbst und in England oder auch in englischen oder französischen Kolonien festgehaltenen Personen dieser Art erbeten (ebenfalls wie unter I).

Es handelt sich dabei um

1. Feldpostämter,
2. Sanitätsbeamte und -mannschaften,
3. Zahnärzte, Apotheker und Beamte der Feldsanitätsformationen,
4. Alle im Dienst der freiwilligen Krankenpflege stehenden Personen.

Warnung vor unzuverlässigen Auskunftstellen.

Zunmer noch tun sich anlässlich des Kriegsausstandes private Auskunftstellen auf, um gegen Entgelt Auskünfte über Verwundete und Vermisste zu erteilen.

Da diese Stellen gar nicht in der Lage sind, genaue Auskünfte zu geben, weil ihnen hierzu das nötige Material fehlt, bedeutet ihre Inanspruchnahme eine unnütze Geldausgabe für das Publikum. Zur Auskunftserteilung ist das Zentral-Nachweisedureau des Kriegsministeriums (Dorotheenstr. 48) geschaffen worden, dem alle Truppen- und Lazarettmeldungen, sowie die Gefangenenlisten aus dem Auslande zugehen, so daß diese Stelle allem vollständige Auskünfte erteilen kann; zudem erfolgt die Auskunftserteilung des Zentral-Nachweisedureau kostenlos.

Letzte Nachrichten.

Reichstagsersatzwahl.

Hamburg, 27. Februar. (B. L. B.) Bei der heutigen Reichstagsersatzwahl im Kreise Schleswig 6: Pinneberg-Elmsborn-Stadt wurde an Stelle des verstorbenen Abgeordneten Dr. h. c. h. Stadtrat Carstens gewählt. — Ein Gegenkandidat war nicht aufgestellt.

Wieder ein englisches Handelsschiff torpediert.

Paris, 27. Februar. (B. L. B.) Einer Meldung des „Matin“ aus Dieppe zufolge wurde ein englisches Handelsschiff bei Saint-Salery-sur-Somme torpediert.

Ein Vertrauensvotum für Salandra.

Rom, 27. Februar. (B. L. B.) Im Namen der unifizierten Sozialisten verlangte Turati, daß auf die Tagesordnung des Dienstag anstatt des Postbudgets das Budget des Ministeriums des Innern gesetzt werde, damit die Erlasse der Regierung, die darauf hinzielen, Versammlungen und jede andere für die öffentliche Ordnung gefährliche Maßnahme zu verbieten, besprochen werden könnten. Ministerpräsident Salandra widersprach, indem er die Vertrauensfrage stellte. Er hob in seiner Rede hervor, daß die innere Politik des Kabinetts übrigens unverändert immer noch die sei, die sie bisher gewesen und die wiederholt den Beifall der Kammer gefunden habe. Der Vorschlag Turati wurde in namentlicher Abstimmung mit 314 gegen 44 Stimmen bei zwei Stimmenthaltungen abgelehnt. Alle Mitglieder der Partei der Konstitutionalisten, die Radikalen mit einbegriffen, stimmten mit der Regierung. Gegen die Regierung stimmten nur die Sozialisten und die Republikaner.

Die spanische Marinevorlage angenommen.

Paris, 27. Februar. Der „Temps“ meldet aus Madrid: Vor Schluß der Session hat die spanische Kammer den Bescheidtours über die Erbauung von vier Kreuzern, sechs Torpedojägern, acht- und zwanzig Unterseebooten, drei Kanonenbooten, achtzehn Küstenschiffen sowie über den Kauf von Unterseebooten und Material für die Schiffbauarbeiten auf den Werften von Ferrol und Marignana angenommen. Auch die Erbauung eines Schwimmdocks in Martagoena ist vorgeesehen. Die Kredite, welche auf sechs Jahre verteilt sind, betragen zweihundertfünfundsechzig Millionen Pesetas.

Leipziger Str.
Königstraße

A. WERTHEIM

G.
M.
B.
H.

Rosenthaler Str.
Moritzplatz

In dieser Woche:

Großer Verkauf

In dieser Woche:

Kleider- und Seidenstoffe

Kleiderstoffe

Schwarz-weiße Karos	doppelbr. Mtr.	1.15
Gestreifte Voile	mittelfarbig, zirka 110 cm. br., Mtr.	1.60
Schotten	blau-grün, reine Wolle Mtr.	2.40
Eolienne, gemustert	110 cm breit . Mtr.	3 M.
Covert-Coating	ca. 110 cm br. . Mtr.	3.40
Bestickt Voile	hell und mittelfarbig, 110 cm breit . . Mtr.	3.80

Seidenstoffe

Blusenseide	einfarbig und gestreift Meter	95 Pt.
Taffet	schwarz, für Hutgarnituren . . Meter	1.05
Paillette	in römischen Streifen, Meter	1.60
Chiné-Seide	für Blusen und Besätze Meter	2.75
Japon	bestickt, Neuheit für Blusen, Meter	3 M.
Satin grenadine	schwarz u. farbig 100cmbr., Meter	4.90

Kostümstoffe

Schwarz-weiße Karos	ca. 130 cm brt., Mtr.	1.95
Gestr. Rockstoffe	130 cm breit Meter	2.75
Gabardine	einfarbig, 130 cm breit, Meter	3.40
Kostümstoffe	gemustert, 130 cm breit, Meter	3.75
Kostümstoffe	meßert, einfarbig, 130 cm breit Meter	4.25
Schotten	blau-grün, 180 cm breit, Meter	4.50

Außer-
gewöhnlich
billig

Volle-Krepp

weiß, mit Kordelstreifen, für Blusen und Kleider, 95 cm breit Meter **85 Pt.**

Bedruckte Voile

110 cm breit Meter **95 Pt.**

Elsäss. Wollmusseline

Römische Streifen Meter **85 Pt.**

Reinseld. Taffet

schottisch kariert und in schwarz-weiß Meter **1.20**

Waschstoffe

Bedruckt. Krepon	weißgrundig, mit Streublümchen, Mtr.	60 Pt.
Gestr. Blusenkrepp Meter	65 Pt.
Schwarz-weiße Karos	Wollmisch, doppelbr., Mtr.	85 Pt.

Großer Handschuh-Verkauf

Damen-Glacé-Handschuhe	mit Druckknopf	95 Pt.
Schwedische Damen-Handschuhe	mit Druckknopf	
Damen-Waschleder-Handschuhe	mit Knöpfen	

Herren-Glacé-Handschuhe	farbig gesteppt mit Druckknopf	1.65
Herren-Glacé-Handschuhe	farbig mit Druckknopf	95 Pt.
Herren-Nappa-Stepper	farbig mit Druckknopf	1.95

GARBÁTY
CIGARETTEN

VERSANDFERTIGE FELDPPOSTBRIEFE

DEUTSCHES FABRIKAT TRUSTFREI

Zur Einsegnung

Schwarze und blaue Anzüge
Cheviot, Kerningam - Cheviot, Tuch - Kerningam, Corkscrew, Melton-Cheviot, je nach Qualität!
M. 11.- 15.- 17.- 20.- 30.- 36.- 40.- 45.-

Prüfungs-Anzüge
moderne Stoffe, große Farben- u. Musterauswahl
M. 10.- 14.- 18.- 21.- 26.- 31.- 35.- 38.- 40.-

Schwarze Kleidung für Herren

Cufaway u. Westen	27.-	33.-	40.-	50.-
Smoking-Anzüge	40.-	50.-	60.-	80.-
Gehrock-Anzüge	40.-	55.-	65.-	85.-
Frack-Anzüge	40.-	60.-	70.-	90.-

BaerSohn

Spezial-Haus größten Maßstabes für Herren- u. Knaben-Kleidung
Berlin - gegründet 1891
Chausseestraße 29-30 | 11 Brückenstraße 11
Or. Frankfurter Str. 20 | Schneberg, Hauptstr. 10

Sonntag nur von 12-2 geöffnet

ALLE TAGE ANDERS

Größtes Haus direkt am Nettelbeckplatz.
Auf Teilzahlung zur Konfirmation
Einsegnungs-Anzüge
Einsegnungs- und Prüfungs-Kleider
Schuhwaren, Wäsche
Auswahl kolossal!
Billigste Preise!
Niedrigste Anzahl.
Wochenrate nur **1 M.**

ALLE TAGE ANDERS
am Nettelbeckplatz
Pank-, Gericht- und Reinickendorferstr. Ecke.

Arbeitermöbel!

Die Ausstellung im Gewerkschaftsbau ist geschlossen. Es können die Möbel aber täglich bis 7 Uhr abends in der Fabrik von

Dibbelt & Rothe
Zeughofstr. 20

bestellt werden.
Borträge sind Ein-, Zwei-, Dreizimmereinrichtungen u. Einzelmöbel.

Spezialarzt

i. Haut-, Gyn., Frauenleiden, nerv. Schwäche, Beinfraktur jeder Art, Ehrlich Gata - Sturen in u. Co. f. u. n. Laborat. Blut-untersuchung, Fäden i. Harn u. u. gegenüber Panoptikum
Dr. Homeyer
Friedrichstr. 81, Sonntag 11-2
Ehr. 10-2, 5-9, Sonntag 11-2
Honorar mäßig, auch Teilzahl.
Separates Damenstimmer.

H. & P. Uder, Berlin SO. 16. Engel-Ufer 5.
Haupt-Niederlage der k. k. österr. Tabak-Regie.
Zigarren - Zigaretten - Rauchtabelle.
Nur für Wiederverkäufer zu Originalpreisen,
Alleinverkauf der Fabrikate der Firma
F. J. Burrus St. Kreuz
Größe deutsche Rauchtabellefabrikation.
Jahresproduktion über 5 000 000 Pfd. Rauchtabelle
Zigaretten-Spezialität: L'Algerienne.

Abonnementseinladung.

Eine Zeitung gehört zum Leben eines Kulturmenschen wie das Brot zur täglichen Nahrung. Das politische und wirtschaftliche Leben ist so weitläufig, so vielgestaltig, die Kenntnis aller Vorgänge in der Öffentlichkeit so erforderlich, daß ohne eine Zeitung nicht auszukommen ist.

Nicht jede Zeitung ist für jeden Leser geeignet. Nicht jede Zeitung hat die gleichen Bedürfnisse zu erfüllen, und jede Zeitung hat ein anderes Lesepublikum. Der „Vorwärts“ ist von jeher das Blatt der Berliner Arbeiterschaft gewesen.

Der „Vorwärts“ ist eifrig bestrebt, auf dem Gebiete der Berichterstattung sich die größte Objektivität anzuerkennen. Gerade dadurch glaubt er, auch der Allgemeinheit am wirksamsten zu dienen und am besten zu nützen.

Der „Vorwärts“ erscheint täglich und kostet pro Monat 1,10 M.

Der „Vorwärts“ kann auch im Wochenabonnement bezogen werden und kostet pro Woche 25 Pf.

Bestellungen können bei jeder Poststation, bei unseren Zeitungs Expeditionen und auch in der Hauptexpedition unseres Blattes, Lindenstraße 3, aufgegeben werden.

Beim Ausbleiben oder bei verspäteter Lieferung einer Nummer wollen sich die Postbezieher stets nur an den Briefträger oder die zuständige Bestell-Postanstalt wenden. Erst wenn Nachlieferung und Auffklärung nicht in angemessener Frist erfolgen, wende man sich unter Angabe der bereits unternommenen Schritte an unseren Verlag.

Feldpost-Abonnements.

Wir weisen unsere Leser darauf hin, daß unsere sämtlichen Filial-Expeditionen wie die Haupt-Expedition Feldpost-Abonnements auf den „Vorwärts“ zum Preise von

1,10 Mark monatlich

entgegennehmen. Die Zeitung wird den im Felde Stehenden von unserer Hauptexpedition als Feldpostbrief täglich nachgeschickt.

Bei Bestellung des Abonnements ist genau anzugeben, welchem Armeekorps, Division, Brigade, Regiment, Bataillon, Kompanie usw. der Empfänger angehört.

Der Reichsetat für das Jahr 1915.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ veröffentlicht einen Ueberblick über den Reichshaushaltsetat auf das Rechnungsjahr 1915. Aus den Vorbemerkungen sei das Folgende mitgeteilt:

Der Krieg verlangt einerseits alle Mittel des Reichs in erster Linie für Kriegszwecke bereitzuhalten; andererseits macht es die Unsicherheit der Lage unmöglich, die Bedürfnisse des Rechnungsjahres 1915 zurzeit mit genügender Zuverlässigkeit einzuschätzen. Der Etat kann daher vorerst nur den Zweck verfolgen, die durch Artikel 60 der Reichsverfassung vorgeschriebene Grundlage zu schaffen, auf der die Verwaltung in der bisherigen Weise fortgeführt und die Rechnung gelegt werden kann.

Zu einzelnen ist über die Gestaltung des Etats folgendes hervorzuheben:

- Bei den fortdauernden Ausgaben des ordentlichen Etats sind soweit als möglich berücksichtigt: die Regelung der Gehälter nach Dienstaltersstufen, die Ergänzung der Ansätze für die 1914 nur auf einen Teil des Jahres bewilligten Maßnahmen der Heeresvermehrung auf den vollen Jahresbedarf und auf volle Stärken, die Fortführung der nach bestimmten Grundsätzen ausgestatteten Fonds namentlich für Vauunterhaltung und auch die Veränderungen in den Ausgabeansätzen, die sich aus dem Durchschnitt der Vorjahre, aus wechselnden Preisverhältnissen oder aus tatsächlichen Betriebsbedürfnissen ergeben.

Im Etat des Auswärtigen Amtes sind die diplomatischen und konsularischen Vertretungen im feindlichen Ausland vorläufig in Wegfall gekommen.

Die fortdauernden Ausgaben der Verwaltung des Reichsheeres, des Reichsmilitärgerichts und der Verwaltung der Kaiserlichen Marine werden während des Krieges aus Kapitel 8 der Ausgaben des außerordentlichen Etats bestritten. Da sich die Dauer des Krieges nicht voraussagen läßt, so ist vorläufig je die Hälfte des Jahresbedarfes bei den Etats dieser Verwaltungen und bei dem vorerwähnten Kriegsfonds angelegt. Es ist auch mit Rücksicht auf die Unsicherheit der hier obwaltenden Verhältnisse in dem Heeres- und Marineetat für die fortdauernden Ausgaben nur eine Gesamtsumme mit der Maßgabe eingestellt, daß sie nach den Bestimmungen des Etats für das Rechnungsjahr 1914 verwendet wird.

Die einmaligen Ausgaben des ordentlichen Etats beschränken sich auf die Fortführung bereits begonnener Maßnahmen,

neue sind nur ausnahmsweise bei dringendem Bedarfe vorgesehen. Dieser ist bei der Post in etwas größerem Umfang als bei den übrigen Verwaltungen hervorgetreten. Ausgeschlossen sind im ordentlichen Etat alle Ausgaben, welche während des Krieges aus den besonders bewilligten Kriegskrediten bestritten werden und deren Gestaltung nach dem Friedensschlusse sich vorerst nicht übersehen läßt. Dies gilt insbesondere

beim Reichsheer: von den Ausgaben für Waffen, Munition, Feldgerät und Festungen; bei der Marine: von den Ausgaben für den Bau, die Grundreparatur und die Armierung von Schiffen sowie für die Beschaffungen auf verkehrstechnischen Gebiete.

Bei den Einnahmen sind im allgemeinen die Ansätze des Jahres 1914 übernommen.

Der Ueberschuß des Rechnungsjahres 1913 von rund 20 952 518 Mark wird gemäß § 4 des Gesetzes vom 3. Juli 1913, betreffend die Feststellung eines Nachtrags zum Reichshaushaltsetat für das Rechnungsjahr 1913 (Reichs-Gesetzl. S. 190), zur Deckung der durch die Heeresvermehrungen von 1913 entstehenden einmaligen Ausgaben bereitgestellt.

Beim außerordentlichen Etat werden 10 042 342 000 M. angefordert. Davon sind 10 000 000 000 M. für Ausgaben aus Anlaß des Krieges bestimmt.

Aus der tabellarischen Uebersicht sei mitgeteilt, daß Einnahmen und Ausgaben des ordentlichen Etats mit 3 328 081 431 Mark balanzieren. Bemerkenswert ist dabei, daß unter den fortdauernden Ausgaben ein Betrag von rund 534 Millionen für Verwaltung des Reichsheeres und der Kaiserlichen Marine weniger figuriert, und unter den einmaligen Ausgaben für die gleichen Posten 470 Millionen weniger ausgeworfen sind. Diese Ausgaben werden, wie aus den Vorbemerkungen ersichtlich, aus den besonders bewilligten Kriegskrediten bestritten. An Kriegskrediten für das Etatsjahr 1915 werden aber 10 Milliarden gefordert.

Beachtenswert ist ferner, daß unter den fortdauernden Ausgaben der für die Reichsschuld ausgeworfene Betrag auf 1 267 668 816 M. angewachsen, das heißt gegen das Vorjahr um 1 018 255 010 M. gestiegen ist. Dieses Mehr von rund einer Milliarde stellt offenbar die Verzinsung der Kriegsanleihen dar, die im verfloßenen Jahre 10 Milliarden betragen und durch die für das Jahr 1915 vorgesehene Anleihe von weiteren 10 Milliarden auf 20 Milliarden anwachsen werden.

Der ganze Etat ist, wie die Vorbemerkungen der Regierung selbst hervorheben, unter den gegenwärtigen Verhältnissen nur als eine formale Grundlage für die Führung des Reichshaushalts anzusehen, da sich die wirklichen Einnahmen des Reiches zurzeit noch in keiner Weise übersehen lassen.

Vor Ablauf des Krieges und vor Feststellung seiner Ergebnisse wird sich auch nicht überblicken lassen, wie sich der Stand der Reichsfinanzen künftig für das Deutsche Reich gestalten wird.

Politische Uebersicht.

Das Königsberger Zeitungsverbot.

Der Gouverneur von Königsberg hat das am Mittwoch erlassene Verbot der „Königsberger Volkszeitung“, das auf drei Wochen bemessen war, am Sonnabend wieder aufgehoben.

Das „Berl. Tageblatt“ schreibt zum Verbot: „Nach der Leipziger Volkszeitung“ hatte der gerügte Artikel zunächst das Verdienst Hindenburgs hervorgehoben. Dazu habe das Blatt aber noch bemerkt, daß ohne die Gewerkschaften, ohne das Koalitionsrecht, ohne die durch die Arbeiterbewegung errungenen Lohnerhöhungen und die Schonung menschlicher Arbeitskraft Diktaturen nicht hätte befreit werden können. Nicht nur habe Hindenburg über den Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch gesiegt, sondern auch das allgemeine Stimmrecht und das Koalitionsrecht über den Absolutismus. Auf Grund dieser Inhaltsangabe, die wir im Augenblick nicht nachprüfen können (sie ist zutreffend. Die Redaktion des „Vorwärts“, erwartet das Leipziger Blatt eine Rückgängigmachung des Verbots, da es auch in Ostpreußen noch keine Gefährdung des Burgfriedens bedeutet, wenn der Anteil der Arbeiterbewegung und deutscher Staatsverrichtungen, wie das allgemeine Stimmrecht, in deutschen Siegen betont wird.“

Unter Präventivzensur.

Unser Eiberfelder Parteiorgan, die „Freie Presse“, wurde unter Präventivzensur gestellt, weil sie die Festsetzung höherer Höchstpreise für Kartoffeln durch den Bundesrat als eine Maßnahme zugunsten der interessierten Kreise bezeichnet hatte.

Verbotene Schriften.

Das Generalkommando des 7. Korps hat für den Korpsbezirk den Weitervertrieb, den Verkauf und die Ausstellung der Schriften: „Das Menschenschlachthaus“ (von Lamszus) und den „Kalender des Deutschen Bauarbeiterverbandes für 1915“ verboten.

Die Notwendigkeit von Brottagen.

Die Kreisdirektoren und Bürgermeister des Herzogtums Anhalt beschließen, für ihre Verwaltungsbezirke für Roggenmehl einen Höchstpreis von 84 M. einschließlich Sach festzusetzen, damit die Bäcker angehalten werden können, für 65 Pf. 4 Pfund Brot zu liefern.

Weshalb muß die Bevölkerung Groß-Berlins für vier Pfund Brot 90 Pf. bis 1 M. zahlen? Auch in Berlin sollte man sich zur Festsetzung von Höchstpreisen für Brot entschließen.

Beschlagnahme und Verteilung der Kartoffelbestände.

Zur Befreiung der bestehenden großen Kartoffelnot und der sich immer hässlicher bemerkenden Mißstimmung der minderbemittelten Bevölkerung fordert nunmehr der Kriegsaussschuß für Konsumenteninteressen in einer ausführlichen Eingabe an den Reichskanzler die Beschlagnahme und Verteilung der Kartoffelbestände. Er hält diese Maßnahme für die jetzt allein noch mögliche Lösung der Schwierigkeiten, die durch die Erhöhung unserer Höchstpreise für die Kartoffeln, infolgedessen auch für Kartoffelprodukte — Mehl, Nudeln, Stärke — und dadurch der Brotpreise, andererseits auch wieder der Fleisch-, Fett- und Milchpreise entstanden sind. Gegenüber den mannigfachen Einwänden gegen die Beschlagnahme, die in gleicher Weise auch vor

der staatlichen Besitzergreifung von den Brotgetreidebarräten laut wurden, weist die Eingabe darauf hin, daß die Vorräte nach der Entleerung sehr wohl in den Mieten und Lagern bleiben können, bis sie von den durch eine Kartoffelverteilungsstelle dazu bevollmächtigten Genußgesellschaften oder der Handelsfachleute zum Transport durch die Kartoffelbesitzer bis zur nächsten Palmation und zur weiteren Beförderung und Verteilung an den gemeindlichen oder privaten Kartoffelverkauf abgerufen werden. Der Kriegsaussschuß will sogar von einer Einbeziehung der in Privathaushaltungen befindlichen Vorräte in die Beschlagnahme abgesehen wissen, da — im Gegensatz zu den Verhältnissen beim Brotgetreide — ein Mißbrauch dort ausgeschlossen erscheint. Ferner soll aus den gleichen Gründen von einer Zuteilung auf den Kopf der Bevölkerung abgesehen, dafür aber die kraftrechtliche Bestimmung erlassen werden, wonach kein Haushalt von etwa 4 Köpfen mehr als einen Zentner künftig eingeleiten darf. Die durch eine Beschlagnahme der Kartoffeln vergrößerte Futtermittelnot der Landwirtschaft will der Kriegsaussschuß in Marge durch eine mit allen landwirtschaftlichen Organisationen gemeinsam einzureichende Eingabe um schnelle Einführung von Höchstpreisen für Futtermittel beheben.

Höchstpreise für Kartoffeln.

Der preussische Handelsminister sowie der Landwirtschaftsminister und der Minister des Innern führen, wie eine Korrespondenz berichtet, in einem Erlaß an die Regierungspräsidenten aus, daß ihnen durch die Presse und aus den Kreisen der Abgeordneten viele Beschwerden zugegangen sind, wonach von den Verkäufern im Kleinhandel Aufschläge auf die Produzentenpreise gelegt und von den Käufern nozgedrungen gezahlt worden sind, die in einem früheren Erlaß angegebenen Spannungen weit überschreiten und zum Teil den Charakter wucherischer Ausbeutung des Publikums tragen, ohne daß die zuständigen Behörden sich dadurch zur Festsetzung von Kleinhandelshöchstpreisen veranlaßt gesehen haben. Im Anschluß daran trifft der Erlaß u. a. folgende Bestimmungen:

Mit Rücksicht auf die Erhöhung der Kartoffelhöchstpreise ist es geboten, dafür zu sorgen, daß die Preise im Kleinhandel über den Produzentenhöchstpreis nicht weiter hinausgehen, als dies nach Einräumung des nötigen Zwischenwinkes für die Händler unbedingt erforderlich ist. Dies kann nur erreicht werden, wenn überall da, wo sich die Neigung zu einer jenseits Maß überschreitenden Steigerung der Preise im Kleinhandel zeigt, Höchstpreise für den Kleinhandel festgesetzt werden. Wir ersuchen daher, von Amts wegen die Entwicklung der Kleinhandelspreise für Kartoffeln im Auge zu behalten und bei den zuständigen Behörden (Magistral, Landräten) auf die Festsetzung von Kleinhandelshöchstpreisen zu dringen, wo es nach den oben dargelegten Gesichtspunkten angezeigt ist. Sollten sich Schwierigkeiten für die Bildung angemessener Kleinhandelspreise daraus ergeben, daß der Großhandel einen unangemessenen Aufschlag auf die für die Erzeuger geltenden Höchstpreise legt, so ersuchen wir Sie um Bericht, um prüfen zu können, ob und inwieweit durch Festsetzung von Großhandels- Höchstpreisen Abhilfe geschaffen werden kann.

Schweinepreise bei Zwangsenteignung.

Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht eine Bundesratsverordnung über die zu entrichtenden Schweinepreise bei Zwangskäufen durch die Kommunen. Während nach der Bekanntmachung vom 25. Januar Schweine mit über 100 Kilogramm Lebendgewicht nach dem Durchschnitt der beiden letzten Hauptmarkttag bezahlt werden müssen, setzt die neue Verordnung eine Preisstala für Schweine von 60 bis 100 Kilogramm Lebendgewicht fest. Diese Stala bewegt sich für die Provinz Brandenburg zwischen 50 und 64 M. auf je 50 Kilogramm Lebendgewicht.

Russisch-polnische Arbeiter.

Vor der Strafkammer zu Detmold hatten sich am Donnerstag zwei russische Landarbeiter zu verantworten, weil sie die Anordnung des kommandierenden Generals vom 5. Oktober übertreten haben sollten, wonach die russischen Arbeiter im Winter an ihren Arbeitsorten bleiben müssen. Die Angeklagten wurden zu je zwei Monaten Gefängnis verurteilt.

Bei dieser Gelegenheit wurde die Frage gestreift, ob die Anordnung des kommandierenden Generals rechtsgültig sei, sich also mit den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen in Einklang bringen lasse. Die Staatsanwaltschaft bejahte die Frage. Es handelte sich hier um ein im Interesse der öffentlichen Sicherheit erlassenes Verbot, wie es der § 9 des Gesetzes über den Belagerungszustand voraussetzt. Der kommandierende General habe zudem ein Gutachten des Professors Lutz an der Universität Münster eingezogen, das ebenfalls die Frage nach der Rechtsgültigkeit bejahe. Das Gericht schloß sich diesen Ausführungen an.

Spionitis.

In der „Täglichen Rundschau“ schreibt Professor Dr. Dibelius: „Es gehört zu den belanantesten Erscheinungen jedes Krieges, namentlich der ersten Kriegsmomente, daß überall im eigenen Lande Spione aufstehen, daß aber die Zahl der wirklichen Späher und Landesverräter gering ist gegenüber der unendlichen Menge von Spionen, die eine aufsergeige Phantasie der Bevölkerung zu erbliden glaubt. Auch in Deutschland ist zu Beginn dieses Krieges der berühmte Choleraarzt von 1899 und 1870 wiedergekehrt, der angeblich unsere Brunnen mit schweißlicher Boshheit vergiftete, und er ist glücklicherweise diesmal ebenso ein Mythos gewesen, wie seine Vorgänger in früheren Kriegen. Aber die Spionitis hat sich bei uns nur in harmloser Form gezeigt. In England dagegen hat die Spionenanstalt nach gerade groteske Formen angenommen, denen gegenüber auch die lächerlichsten Ausgeburten französischer Spioneriecheri anfangen, unendlich harmlos zu erscheinen.“

Wir haben es von Beginn des Krieges an als unsere Aufgabe betrachtet, gegen die übertriebene Spioneriecheri im eigenen Lande uns zu wenden, selbst wenn sie im Auslande noch schlimmer gewesen sein sollte.

Sozialismus und Konsumvereine.

Die Chemnitzer „Vollstimme“ richtet unter Berufung auf unsere Polemik gegen Genossen Dr. Rench die „bescheidene Anfrage“ an uns, für was wir eigentlich die Konsumvereine ansehen: „Da ist die Organisation des Verbrauches zur Grundlage ihrer Tätigkeit machen, sind sie also nichts weiter als Schilde der privatkapitalistischen Wirtschaft?“

Inserer Antwort findet die witzbegierige Chemikerin in dem Protokoll des Magdeburger Parteitagcs von 1910 auf Seite 489. Die in Magdeburg angenommene Resolution über Genossenschaftswesen deckt sich mit unseren eigenen Anschauungen. Sie lautet folgendermaßen:

„Die Konsumvereine sind Organisationen zur Erzielung wirtschaftlicher Vorteile, indem sie durch direkte Uebermittlung der wichtigsten Verbrauchsgegenstände des täglichen Bedarfs an die Konsumenten deren Kaufkraft erhöhen.

Die allgemeine Verteuerung der Lebensmittel und der notwendigen Verbrauchsgegenstände, die vor allem eine Folge der . . . Zoll- und Wirtschaftspolitik des Deutschen Reiches ist, hat die breiten Volksmassen in steigendem Maße auf die Richtigkeit des Zusammenschlusses in Konsumentengenossenschaften hingewiesen.

Je mehr die Massen den Konsumvereinen beitreten und dort ihre Bedürfnisse decken, desto mehr steigert sich die Leistungsfähigkeit dieser Organisationen auf wirtschaftlichem Gebiete. Je mehr die Mitglieder der Konsumvereine mit den Mitgliedern der sozialdemokratischen Partei und der freien Gewerkschaften identisch werden und von deren Geist erfüllt sind, desto besser können sie wertvolle soziale Arbeit leisten durch Schaffung vorbildlicher, mit den Gewerkschaften vereinbarter Lohn- und Arbeitsverhältnisse für ihre Angestellten. . . .

Die sozialdemokratische Partei vertritt die Interessen der Konsumentengenossenschaften in der Presse und den parlamentarischen Körperschaften wider die Angriffe der Gegner. Dieses Eintreten für die Konsumvereine entspricht den . . . Interessen des Proletariats, denn die genossenschaftliche Tätigkeit ist eine wirksame Ergänzung des politischen und gewerkschaftlichen Kampfes für die Hebung der Lage der Arbeiterklasse.

Der Parteitag fordert die Genossinnen und Genossen dringend auf, in diesem Sinne zu wirken und die im Geiste der modernen Arbeiterbewegung geleiteten Konsumvereine zu unterstützen.“

Rückkehr ostpreussischer Flüchtlinge.

Der Landeshauptmann der Provinz Ostpreußen hat als Staatskommissar für das Flüchtlingswesen im Einvernehmen mit dem Oberbefehlshaber im Osten folgende weitere Teile der Provinz Ostpreußen den Flüchtlingen für die Rückkehr freigegeben: Den Stadtkreis Tilsit, den Landkreis Tilsit südlich der Memel und den westlichen Teil des Kreises Ragnit, der im Norden durch den Memelstrom und die Seezuppe, im Süden durch die Inster und zwischen der Seezuppe und Inster durch eine Linie begrenzt wird, die von der Seezuppe zur Inster über Kaufeningken zu ziehen ist.

Verufung ins Herrenhaus.

Der König hat auf Vorschlag der Albertus-Universität zu Königsberg den Ordentlichen Professor Geheimen Regierungsrat Dr. Braun-Königsberg als Mitglied des Herrenhauses auf Lebenszeit berufen. — Dr. Braun vertritt das Lehrgeschichtliche Fach für Zoologie.

Verhaftung eines polnischen Pfarrers.

Wie die „Kreuz-Zeitung“ nach dem „Dziennik Poznański“ mitteilt, ist der katholische Pfarrer Czaplowski in Szyn, Kreis Kulm, wegen schwerer Beleidigung des deutschen Heeres verhaftet und in das Untersuchungsgefängnis nach Moabit gebracht worden.

Das Polenblatt „Lech“

ist, wie die „Kreuz-Zeitung“ nach der „Gazeta Ludowa“ meldet, wegen angeblicher Mißverständnisse mit den Militärbehörden für die Gesamtdauer des Krieges eingestellt worden.

Ablehnung des Einwanderungsgesetzes.

Washington, 27. Februar. (L. N.) Mit einer Mehrheit von nur fünf Stimmen hat das Repräsentantenhaus in Washington den Gesetzentwurf abgelehnt, der die Einwanderung von neuem beschränkt und zum Teil abwehrt. Der Präsident hatte zuvor sein Veto für einen derartigen Gesetzentwurf ausgesprochen. 13 Abgeordnete stimmten dagegen statt dafür, wie sie es vor einigen Wochen getan hatten.

Internationaler Protest gegen den Zarismus.

In Bern fand am Dienstag eine Protestversammlung statt gegen die Verfolgung der russischen sozialistischen Duma-Mitglieder. Es sprachen außer dem Schweizer Nationalrat Genossen Grimm der italienische Abgeordnete Morgari aus Turin und Genosse Graber für die französische Schweiz. In einer Protestresolution, die einstimmig von der Versammlung angenommen wurde, heißt es:

„Das internationale Meeting der bernischen Sozialdemokratie protestiert mit tiefster Entrüstung gegen den Anschlag der zarischen Regierung auf die heldenhaften Vertreter der russischen Arbeiterklasse, die unter der Diktatur des Säbels und des Galgens den Kampf gegen den Krieg aufgenommen hatten. Ihren Protest richtet die Versammlung nicht nur gegen den blutigen Zarismus, sondern auch gegen die sogenannten freiheitlichen Regierungen Englands und Frankreichs, die durch ihre finanzielle und materielle Unterstützung des Zarismus ihm seinen Kreuzzug gegen das Volk, seinen Vernichtungszug gegen die spärlichen Ansätze der politischen Freiheit in Rußland erst ermöglichen.“

Eröffnung des südafrikanischen Parlamentes.

Kapstadt, 27. Februar. (W. T. S.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Der Generalgouverneur hat in feierlicher Weise das Parlament eröffnet. Er erinnerte an den Aufstand und die Niederlage der Einbringung von Gesetzentwürfen zur Erlangung der Judenmit für die Regierung wegen der Proklamierung des Welagerungszustandes, für Bestimmungen über die Bestrafung der Aufständischen und für die Entschädigung der loyal gebliebenen Bevölkerung für ihre Verluste an. Neben diesen Entwürfen sollen nur Maßnahmen betreffen der Finanzen und des Krieges erledigt werden. Das Budget soll mit größter Sparfameit aufgestellt werden. Als Stellvertreter des Premierministers verlas General Smuts in der Zweiten Kammer eine Depesche des Premierministers Botha, in der dieser sein Bedauern darüber ausdrückt, daß seine Abwesenheit in Deutsch-Südwestafrika ihn verhindere, an den Sitzungen teilzunehmen und die Hoffnung ausdrückt, daß sowohl an der Front als auch im Parlament die Gegensätze der Parteien und Nationalitäten verschwinden würden. Botha spricht sich besonders für eine milde Behandlung der Aufständischen aus.

Stimmen aus der Parteipresse.

Stimmungen und Illusionen.

Unter diesem Titel lesen wir in unserem Eiberfelder Parteiblatt:

Die Ereignisse wiegen schwerer als die Worte, die ihnen folgen. Diese Erkenntnis behaltet die Sozialdemokraten unter anderem dabei, den gegenwärtigen Diskussionen in der Partei, so heftigen Charakter sie manchmal annehmen, übermäßig Bedeutung beizulegen. Wohlgerichtet, solange die Debatte sich mit Handlungen beschäftigt, die nun schon der Vergangenheit angehören und über deren Für und Wider nicht einmal völlig frei gesprochen oder geschrieben werden kann. Was diese Auseinandersetzungen anbelangt, so halten wir es mit der Meinung, wonach die Partei nach dem Kriege so ungeschicklich viele und große Aufgaben zu erfüllen haben wird, daß die Debatte über Vergangenes von der drängenden Praxis gänzlich in das ruhigere Flußbett der Theorie geschoben werden dürfte. Was der Sache nur dienen kann.

Aber man unterhält sich in der Partei nicht nur über Vergangenes, wenn auch in der Gegenwart und selbstverständlich in die fernere Zeit hinein Wirkendes, sondern auch über Fragen, die vorläufig noch ganz der Zukunft angehören. Und da heißt es schon mehr aufpassen. Denn auf den ausgedehnten Fluren des Nünftigen, wo gern die Männer mit besonders starker Phantasie sich tummeln, regen nicht die harten Granitmale historischer Ereignisse als Weilenzeiger, um die auch der Unbelumteterste nicht herumkommen kann. Es wäre möglich und — wie wir gleich sehen werden: es geschieht auch —, daß in diesen seligen Gründen Luftschlöffer errichtet werden, deren trügerischer Brunn und Schimmer mehr Leute von starkem Hoffen und schwächerer Kritik anlocken könnte, als gut ist.

Zwei parteigenössische Äußerungen aus den letzten Tagen geben uns Veranlassung zu diesen Zeilen. Die eine fiel in Heidelberg, die andere in Stuttgart. In Heidelberg sprach der Genosse Kolb zwar über: „Die Sozialdemokratie während des Krieges“, aber er spielte seinen Vortrag sehr bald hinein in das Thema: „Die Aufgabe und die Aussichten der Partei nach dem Kriege“. In Stuttgart war der Genosse Heine von der Leitung des neuen Parteivertrages von vornherein auszugehen, über das Thema: „Die Zukunft Deutschlands und die Sozialdemokratie“ zu sprechen. Beide Äußerungen stimmen in ihrem Grundgedanken merkwürdig überein, und nur dieser sei hier herausgehoben. Nach dem Bericht der „Mannheimer Volksstimme“ über eine Kreisbesprechung des 12. badischen Reichstagswahlkreises in Heidelberg ist Genosse Kolb der Ansicht,

„daß die voraussichtlich ganz veränderte Staatenkonstellation, in welcher Deutschland bei einem Siege die Führung zufalle, eine Fortsetzung der vor dem Kriege von der deutschen Regierung betriebenen Politik schlechterdings unmöglich mache. Da müsse es dann Aufgabe der Sozialdemokratie sein, ihr ganzes Wesen so zu gestalten, daß die Regierung nötigenfalls an ihr den Rückhalt finden könne, den sie gebrauche, um demokratische Politik zu betreiben.“

Während Genosse Kolb, wie wir es von ihm gewohnt sind, aus seinem Herzen keine Mordgrube macht und der deutschen Sozialdemokratie offen die Mission einer Regierungspartei zuweist, drückt Genosse Wolfgang Heine zwar denselben Gedanken, aber diesen doch etwas vorsichtiger aus. Er kommt erst in mehrfachen Ausführungen am Schluß seines Vortrages zu dem gleichen Resultat. . . .

Die Äußerungen Heines und Kolbs müssen, da gegenwärtig die Kritik leider in allem zu kurz kommt, in der Hauptsache für sich wirken. Einiges aber läßt sich dazu auch heute schon sagen. Und da zunächst dies: es ist ungebührlich, die Bewilligung der Kriegskredite in eine Linie zu stellen mit der Bewilligung des Staatsbudgets oder etwa der Bewilligung der Mittel für eine Militärvorlage, wie dies nicht nur von Heine und seinen Freunden, sondern geistlich auch von ihren Gegnern in der Partei geschieht. Die Kriegsmilliarden sind nicht der Regierung als dem Ausschuh der herrschenden Klassen zur Verfügung gestellt worden, sondern dem Ausschuh des ganzen Volkes, das sein Land verteidigt. In diesem Betreben — und auch nur in diesem — gibt es keinen Klassenunterschied. . . .

Was Genosse Heine und Kolb beifürworten, ist ein „Anlernen“ der Sozialdemokratie. Sie betreiben, angehts eindringlichster Vorktionen für die unumgängliche Notwendigkeit des Sozialismus, den Versuch, das proletarische Bewußtsein dem bürgerlichen anzunähern, nicht umgekehrt. Der Antrieb dazu entwidelt sich bei ihnen aus der gründlichen Verkennung der Haltung der Partei-mehrheit beim Kriegsausbruch und der Umstände, unter denen die Partei heute wirken muß. Sie halten ihre eigenen Stimmungen und Illusionen für Dinge, die der Partei zu eigen sind. Es ist keine Stimmungsmaße, zu meinen, daß in der Partei ein Bedürfnis vorhanden sei, in der Weise Einfluß zu gewinnen, wie Heine es ausmalt. Ueber Ministerposten und Hoffähigkeit geht der Weg zur Macht für die Sozialdemokratie nicht. Gewerbe und Semtat sind gerade keine beweiskräftigen Objekte für diese Meinung. . . .

Was die Stimmungen und Illusionen der Heine, Kolb und Genossen unter den der sozialistischen Auffklärung nicht günstigen Verhältnissen der Gegenwart die gefährliche Anschauung erwecken könnten, daß nach dem Kriege der politische und soziale Kampf an Schärfe verlieren werde und es somit nicht in gleichem Maße wie früher einer starken, grundsätzlich klaren und kampfwilligen Sozialdemokratie bedürfe, deshalb lehnen wir sie mit aller Entschiedenheit ab. Das zu sagen, schien uns nicht unnützlich, denn wenn schon Zukunftsgebäude errichtet werden müssen, dann auf den Fundamenten, die die niemals packender als jetzt begründeten Gedankengänge des wissenschaftlichen Sozialismus und die nur zu klar erkennbaren sozialen und politischen Entwicklungstendenzen der Gegenwart uns liefern.

Die „Dresdener Volkszeitung“ schreibt:

Zu den gestern von uns mitgeteilten Erörterungen des Genossen Wolfgang Heine über die Zukunft der deutschen Arbeiterbewegung ist zunächst folgendes zu bemerken: Da wir uns noch in der schweren Kriegszeit befinden, ist es nicht möglich, die von Heine behandelten Fragen, die von größter Tragweite sind, mit der Ruhe, Gründlichkeit und Ausgiebigkeit zu behandeln, die ihnen gebührt.

Genosse Heine hätte aber nicht übersehen sollen, daß es jetzt auch nicht möglich ist, eine geordnete Aussprache über den ganzen großen Komplex der von ihm herangezogenen Probleme vor unseren Parteigenossen herbeizuführen, und daß die Gegner seiner Auffassungen in der Partei gegenwärtig in der Vertretung ihrer Ansichten in starkem Maße behindert sind. Wir können ferner nicht erkennen, welche Umstände zu so eiliger Aufzählung der parteipolitischen Zukunftsangelegenheiten schon in der Jetztzeit nötigen sollten.

Aus diesen Erwägungen heraus halten wir es nicht für erforderlich, jetzt in eine ausführliche Besprechung der Heineschen Anschauungen einzutreten, und begnügen uns mit einigen Hinweisen.

Nicht richtig ist das Wort des „Vorwärts“, daß es sich in Heines Darlegungen um eine „Umwandlung der Sozialdemokratie in eine nationalsozialistische Reformpartei“ handle. Dies ist nur ein Schlagwort, dessen Gebrauch nicht zur Klärung der Probleme beiträgt. (Wir meinen damit die Tendenzen, der Arbeiterbewegung die Anpassung an die bürgerliche Gesellschaft durch sozialpolitische Reformen als Ziel zu setzen, statt der Ueberwindung der bürgerlichen Gesellschaft durch den Sozialismus. Der Sozialismus mag dabei für die einzelnen Vertreter dieser Anschauungen ein entferntes Ziel bleiben, für unsere Stellung in der Gegenwartspolitk spielt er keine wesentliche Rolle. Red. d. „Vorwärts“.) Heine erklärt an mehreren Stellen seiner Rede, daß er an den Grundfragen der Sozialdemokratie festhält und daß es sich für ihn lediglich um die Parteipolitik handelt, um die Mittel und Wege, auf

denen die Arbeiterklasse am besten zur Erfüllung ihrer Forderungen und Ziele gelangen könne. Aber auch die parteipolitischen Anschauungen Heines enthalten nichts Neues. Es ist bekannt, daß ein Teil unserer Partei seit längerer Zeit diese Anschauungen als die richtigen angesehen hat. Die Frage ist jetzt nur, ob durch den großen Krieg sich solche Veränderungen begeben, daß die Gesamt-partei Anlaß haben kann, sich einer Taktik zuzuwenden, die sie früher nicht für anwendbar erachtet hat.

Heine begeht den Irrtum, daß er unsere politische Taktik allzu einseitig, als bestimmt vom dem Willen unserer Partei allein erscheinen läßt. Er wünscht einen gewissen Verlauf der Geschicke, er glaubt an diesen Verlauf, und so tritt er mit lebhaftem Eifer für das von ihm gewählte Parteiverhalten ein. Die Parteipolitik wird aber natürlich nicht allein von uns abhängen, sondern vor allem auch von den anderen Kräften und Mächten des wirtschaftlichen und politischen Lebens, von den genossenschaftlichen Klassen und Parteien, von der Gestaltung der gesamten Verhältnisse nach der Beendigung des Krieges. Wer aber ist imstande, heute schon vorherzujagen zu wollen, wie sich alles nach dem Kriege gestalten wird?

Es gibt Optimisten, die der Meinung sind, nach dem Kriege würden die Anerkennungen der Gleichberechtigung, die nur der Not der Zeit entsprungen seien, wieder beseitigt werden, würden die Unterdrückungen, über die die deutsche Arbeiterklasse zu klagen hatte, wieder erneut und vielleicht sogar verschlimmert werden. Seine dagegen ist sehr optimistisch, er sieht auf Grund der Kriegserlebnisse die Wege der Arbeiterklasse zur völligen Gleichberechtigung weit geöffnet. Wir halten den Optimismus für unredentlich, wir halten es aber auch nicht für richtig, sich rosafarbenen Hoffungsseifen zu verschreiben.

Wir halten es für durchaus unmöglich, in den jetzigen Stunden bereits sicheren Ausblick in die Zukunft zu tun. Wir stehen in einer Zeit gewaltigster Völkerverschiebungen und es muß als unwahrscheinlich gelten, daß aus dieser Weltkatastrophe ein Zeitalter hervorgeht, in dem alles genau so weiter fortgesetzt werden wird, wie es zuvor gewesen war. Es muß mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß auch die Arbeiterklasse eine Neuorientierung ihrer Politik wird eintreten lassen müssen, nicht um ihre bisherige Grundsätze zu verlassen, sondern um mit veränderten, durch neue Verhältnisse gebotenen Mitteln ihre Verwirklichung anzubahnen. Das alles aber ist heute noch nicht zu übersehen.

Vom weiteren Kriegsverlauf und von der Art des Friedensschlusses wird die zukünftige innere und auswärtige Politik des Deutschen Reiches, der Regierung und der vorherrschenden Klassen abhängig sein, und von der gesamten Gestaltung der inneren und auswärtigen Politik wiederum werden die Maßnahmen abhängen, die zu treffen die Sozialdemokratie für nötig halten wird, um die Lebensinteressen der werktätigen Volksmassen erfolgreich zu vertreten.

Vor allem möchten wir den Wunsch aussprechen, daß jeder Parteigenosse, wenn er es für nötig hält, parteipolitische Erörterungen anzustellen, das eine nicht aus dem Auge läßt, das uns jetzt mehr denn je als das wichtigste erscheint: die Rücksicht auf die Notwendigkeit, die Partei in Einigkeit zusammenzuhalten. Welche Politik auch immer die deutsche Arbeiterklasse in Zukunft verfolgen wird, sie wird ihre Politik nur dann mit Kraft und Erfolg durchsetzen können, wenn sie in ihrer Zersplitterung und Zerschindlung, wenn sie die Klärung der Meinungsverschiedenheiten sachlich und kameradschaftlich durchführt, wenn sie die imposante Einigkeit aufrecht erhält, die stets ihre Stärke war.

„Parabellum“.

Gestatten Sie mir zu der am Freitag vom „Vorwärts“ veröffentlichten Zuschrift des Genossen Scheidemann folgende Bemerkungen: Es kann in Deutschland keinen Genossen geben, der die von Parabellum heute in der „Berliner Tagwacht“ veröffentlichte Politik scharf und rücksichtslos bekämpft als ich. Es wäre ein Unglück für die deutsche Sozialdemokratie, wenn diese Politik in unserer Arbeiterklasse die Wurzel fände. Aber die von Scheidemann angebotene Möglichkeit, daß dieser Parabellum im Dienste einer ausländischen Regierung steht, möchte ich weit zurückweisen. Ich kenne den Genossen, der heute unter dem Namen Parabellum schreibt, seit einer Reihe von Jahren sehr genau und erkläre auf Grund dieser Kenntnis den von Scheidemann angebotenen Verdacht für völlig unhaltbar, wenn ich auch durchaus begreife, wie bei Genossen, die Parabellum nicht persönlich kennen, durch seine neueren, im höchsten Maße bedauerlichen Veröffentlichungen eine derartige Vermutung entstehen konnte. Man mag Parabellum für einen ganz und gar verantwortlichen Fanatiker halten: ein Spitzel und Verräter ist er jedenfalls nicht!

Dafür öffentlich Zeugnis abzulegen, hielt ich mich um so mehr für verpflichtet, weil, wie gesagt, in der Sache selbst niemand Parabellums Politik scharfer ablehnen kann als ich.

Bei dieser Gelegenheit eine Bemerkung allgemeiner Natur! Die Meinungsverschiedenheiten zwischen uns haben einen solchen Grad erreicht, daß ihre gründliche und reifliche Austragung unvermeidlich geworden ist. Desto mehr aber sollten wir uns hüten, diese Austragung durch persönliche Verdächtigungen zu vergiften. Und zwar gilt das für beide Seiten! Was soll es zum Beispiel nützen, wie es gelegentlich in Versammlungen geschieht, die Genossen von der Opposition kurzweg als „Anarchisten“ zu beschimpfen? Damit sind ihre Argumente, die man sachlich doch so leicht zu Boden schlagen kann, wahrlich nicht widerlegt! Und auf der anderen Seite: wozu soll es dienen, wenn die „Berliner Tagwacht“ in Zuschriften aus Deutschland Genossen, die die Sache des 4. August in der Deffentlichkeit mit Eifer und Geschick verfolgen, als charakterlose Streber verdächtigt? Was soll es, wenn wir, die wir konsequent die Fraktionspolitik vertreten, als „Nationalsozial“ charakterisiert werden oder wenn man uns gar mit dem Beinort: „nationalliberale Regierungspartei“ schmückt?

Gerade weil wir, auf beiden Seiten wohl, allmählich zu der Ueberzeugung gekommen sind, daß in der Sache selbst die Wahrscheinlichkeit einer Verständigung immer mehr schwindet, gerade deshalb sollten wir uns durch solche persönlichen Angriffe das Leben nicht ganz überflüssigerweise noch saurer machen, als es sowieso schon ist.

Konrad Gaenisch.

Zu dem Schluß der Zuschrift möchten wir nur bemerken, daß wir für die Zukunft optimistischer sind als Genosse Gaenisch. Die harten Tatsachen werden der Arbeiterklasse schon eine sehr eindeutige Politik aufzwingen und die Verständigung wird sich dann schon einstellen.

Die „Leipziger Volkszeitung“ bemerkt hierzu noch: „Nachdem wir nun sehen, was Scheidemann anzuführen hat, müssen wir erklären, daß die Aufforderungen Parabellums allerdings eine starke Verkennung der Sachlage verraten und Unheil anrichten könnten, wenn sie Gefolgschaft fanden, daß Scheidemann aber deshalb durchaus nicht das Recht hat, Parabellum als Spitzel zu verdächtigen.“

Das „Hamburger Echo“ hatte seinerzeit zu unserer Kritik der Scheidemannschen Rede bemerkt, daß man unter dem Sozialistengesetz nicht gefragt habe, ob jemand, der die Partei verderbenbringende Wege führen wollte, dabei die Absicht hatte, ihr zu schaden oder nicht, sondern daß man ihn ohne weiteres als Spitzel bezeichnen sollte. Das ist richtig, ist aber keine Rechtfertigung des Verfahrens Scheidemanns in der jetzigen Zeit. Unterem Sozialistengesetz befand sich die Partei in einem Zustande der Notwehr, in dem sie vieles tun mußte, was ihr heute eben nicht erlaubt ist. Damals mußte und durfte man, um Schlimmeres zu verhüten, summarisch verfahren, auf die Gefahr hin, einem einzelnen Unrecht zu tun. Heute, wo die Richtung der Partei, die Scheidemann vertritt, volle Freiheit der Rede und der Schrift hat, über den größten Teil der Parteipresse verfügt, ist das Mittel nicht mehr erlaubt, das einst in ganz anderer Lage zulässig war.“

Aus der Partei.

Parteiliteratur.

Karl Kautsky: Nationalstaat, Imperialistischer Staat und Staatenbund. 80 Seiten 8. Proletari. Preis 50 Pf. Nürnberg. Fränkische Verlagsanstalt und Buchdruckerei, G. m. b. H. 1915.

Das vorliegende Schriftchen skizziert die auswärtige Politik der Sozialdemokratie, die sich aus ihren Grundfragen und Zielen ebenso wie aus den gegebenen historischen Bedingungen und ökonomischen Bedürfnissen ergibt. Ihr wird die auswärtige Politik des Imperialismus gegenübergestellt, es werden ihre Ursachen und ihre Ziele dargestellt und gezeigt, daß sie für die bürgerliche Gesellschaft selbst immer mehr eine Gefahr und ein Hindernis weiteren Fortschreitens wird. Die Ueberlegenheit der sozialistischen über die imperialistische Politik schon für die Gegenwart und die nächste Zukunft ist das Endergebnis der Schrift.

Die Darstellung ist einfach und leicht verständlich.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Berliner Töpfer im Jahre 1914.

Zu Anfang des Jahres standen die Töpfer in einer Lohnbetörung. Es handelte sich um die Wiedereinführung eines der Forderungen der Arbeiter verlässlichen Tarifs. Der frühere Tarif bestand schon seit längerer Zeit nicht mehr. Vergebens waren seit Jahr und Tag Versuche gemacht worden, ein geregeltes Tarifverhältnis wiederherzustellen. Alle Verhandlungen waren daran gescheitert, daß die Zunft nicht nur die Forderungen der Arbeiter ablehnte, sondern die Lohnverhältnisse noch ungünstiger gestalten wollte. Schließlich stellte die Zunft ohne Mitwirkung der Arbeiter einen Tarif auf, der mangelhaft sein sollte. Doch dieser Tarif wurde nicht allgemein innewegelt. Verschiedene Unternehmer zahlten weniger, als ihr eigener Tarif bestimmte. Die Verhältnisse waren dadurch unerträglich geworden. So war die Situation in den ersten Monaten des Jahres 1914. Um wieder zu einigermaßen geregelten Lohnverhältnissen zu kommen, verbande der Zentralverband der Töpfer die Spere über die Firmen, welche zu niedrige Löhne bezahlten. Diese Maßnahme hatte den Erfolg, daß die wieder aufgenommenen Tarifverhandlungen schließlich zu einer Verständigung führten und Ende Mai ein zwischen beiden Parteien vereinbarter Tarifvertrag vor dem Gewerbegericht abgeschlossen wurde. Damit hatte die Berliner Lohnbewegung ihr Ende erreicht.

Der kürzlich herausgegebene, in der Generalversammlung der Töpfer diskutierte Jahresbericht der Zentrale Groß-Berlin sagt, diese Lohnbewegung habe keine sehr großen Vorteile gebracht, doch sei der jetzige Zustand dem tariflos ganz entschieden vorzuziehen. — Ueber die Lage des Arbeitmarktes sagt der Bericht: In Berlin und Umgegend war die Arbeitslosigkeit im Verlaufe ganz gewaltig. Die Kollegen wandten sich mehr und mehr anderen Erwerbzweigen zu. Jede Arbeitsgelegenheit wurde ergriffen, da die Not durch die jahrelange Krise auf höchste gestiegen war. Durch den Ausbruch des Krieges wurde die Arbeitslosigkeit im Verlaufe noch weiter beschränkt. Die Arbeitslosen fanden aber Beschäftigung in Waffen-, Metall-, Konfektionsfabriken, in der Sattlerei, in den Elektrizitätswerken, bei der Straßenbahn und der Post. Etwa 600 Mitglieder arbeiten jetzt in anderen Erwerbzweigen, während nur noch rund 150 im Töpfergewerbe geblieben sind. Der günstigste Stand der Arbeitslosigkeit war im Juli, nämlich 190. Bei Beginn des Krieges schenkte die Arbeitslosigkeit in die Höhe und erreichte am 5. September mit 533 den höchsten Stand, um dann wieder langsam zu sinken. An der Arbeitslosigkeit waren im Laufe des Jahres sämtliche Mitglieder beteiligt. Durchschnittlich kamen auf jedes Mitglied im Jahre 116,2 Tage Arbeitslosigkeit. Im Vorjahr betrug die Durchschnittszahl 114.

Am Anfang des Jahres zählte die Zentrale 1209 Mitglieder, am Schluß des Jahres aber nur 927. Das ist ein Rückgang von 282. Da aber 309 Mitglieder zum Militär eingezogen sind, so hat die Zentrale einen Zuwachs von 27 Mitgliedern erhalten. Der darauf zurückzuführen ist, daß sich die Töpferträger — 25 bis 30 an der Zahl — kurz vor dem Ausbruch des Krieges dem Verbands angeschlossen.

Die Kasse wurde durch Ausgaben für Unterstützungszwecke stark belastet. Es wurden gezahlt an Arbeitslose 15 086 M., an Kranke 5188 M., an Ausgesteuerte 3566 M., an Streikende 5889 M., an Reisende 1207 M., in anderen Unterstützungszweigen 2141 M.

Im allgemeinen zeigt sich, daß die Organisation im Kriegsjahre in keiner Weise zurückgegangen ist und deshalb der Zukunft ruhig entgegenzusehen kann.

Deutsches Reich.

Die christlichen Gewerkschaften.

Das vor kurzem im christlichen Gewerkschaftsverlag zu Köln erschienene Jahrbuch für 1915 gibt Aufschluß über den Stand der christlichen Gewerkschaften bis zum Schluß des Jahres 1913. Die Mitgliederzahlen weisen bei den bedeutendsten Verbänden Stagnation, wenn nicht Rückgang auf, was auf das Niedertreten des Arbeitsmarktes und auf den Einfluß der im Jahre 1913 auf dem Höhepunkt stehenden sozialen Reaktion zurückgeführt wird. Die gesamte Mitgliederzahl aller christlichen Verbände ging, im Durchschnitt der Jahre 1912 und 1913 berechnet, von 344 687 auf 342 785, also um 1902 = 1/2 Proz. zurück. Vom Jahresende 1912 zum Jahresende 1913 aber betrug der Rückgang 9195 = 2,6 Proz. Die Endziffer für 1912 stellte sich auf 350 990, diejenige für 1913 auf 341 785 Mitglieder. Besser war die finanzielle Entwicklung. Im Jahre 1913 vereinnahmten die christlichen Gewerkschaften insgesamt

7 177 764 M. gegen 6 608 850 M. im Vorjahre. Der Vermögensbestand beträgt 9 682 796 M. oder 1 107 188 M. mehr als im Vorjahre.

Ueber die Wirkungen, die das Kriegsgewitter auf die christlichen Gewerkschaften hatte, liest man eigentümlicherweise in dem Jahrbuch noch wenig. Desto eingehender beschäftigt man sich mit dem Verhalten der freien Gewerkschaften im Kriege.

„Unter der Wucht der kriegerischen Ereignisse sind dann vollends die freien Gewerkschaften zu einem Verhalten veranlaßt worden, durch das im vollen Umfange bestätigt wird, daß die christlichen Gewerkschaften von allem Anfang an auf dem richtigen Wege gewesen sind, den eine Gewerkschaftsbewegung in ihrer Stellung zu den großen Fragen des Volks- und Staatslebens einzuhalten muß.“

Daselbe Thema wird in einem Aufsatz „Der Krieg und die Grundfrage der christlichen Arbeiterbewegung“ fortgesponnen. Aus einem Satz im „Korrespondenz für Deutschlands Buchdrucker“ „Der deutsche Reichel wird für die Folgezeit in vielen Dingen umzulernen haben“ schließt man ohne weiteres, daß dieses Umlernen hauptsächlich oder nur bei den freien Gewerkschaften und der Sozialdemokratie notwendig sei. Man behauptet, der Krieg habe der früheren Stellungnahme der freien Gewerkschaften in wesentlichen Punkten die Grundlage entzogen und hoffe auf „bestimmte innere Erschütterungen des sozialistischen Organisationskörpers.“ Desto glänzender, gerechtfertigter und hoffnungsfreudiger stehen die christlichen Gewerkschaften da:

„Die christlichen Gewerkschaften brauchen nicht umzulernen. Der Krieg mit seinen Begleiterscheinungen hat ihre Grundfrage in keinem Punkte erschüttert. Im Gegenteil: diese haben eine glänzende Bestätigung erhalten. Es braucht nichts „revidiert“ zu werden.“

Und dann folgt auf jeder Seite die gleiche Betonung der Selbstgerechtigkeit. Es ist jetzt ja unmöglich, die bleibenden Gegensätze zwischen uns und den christlichen Gewerkschaften in der Presse zu diskutieren. Aber einen Dämpfer auf ihre Ueberheblichkeit haben sie sich inzwischen schon von einer anderen Seite geholt. Die „Deutsche Arbeiterzeitung“ schreibt nämlich in der gleichen Sache:

„Daß jedoch die Notwendigkeit jeglicher Revision ihrer früheren Grundfrage so kurzerhand und mit solcher Entschiedenheit abgelehnt werden könne und müsse, das ist vielleicht eine etwas lächerliche Behauptung, die man als einen Ausfluß der Begeisterung dieser großen Zeit gewiß gern entschuldigt, die man aber doch um der Sache willen richtigstellen muß. Es ist nicht die Stunde, an frühere Auseinandersetzungen zu erinnern, aber wenn die christlichen Gewerkschaften ernstlich mit sich zu Räte gehen, so werden sie auch in ihrem früheren Verhalten manchen Punkt finden, der ebenfalls einer gewissen Revision fähig und bedürftig ist. Es wird nichts schaden, wenn sich im „neuen Deutschland“ auch diese Organisation zu einer noch höheren Auffassung der Solidarität aller Volksgenossen und Volksschichten entschließen möchte!“

Und doch steht schon in dem Jahrbuch, daß die christlichen Gewerkschaften „von dem Standpunkt der Solidarität der Volksgenossen“ ausgehen. Was hätte es also den freien Gewerkschaften, wenn sie sich auch zu diesem Standpunkt bekehrten? Es wird schon richtig sein, sie betonen und vertreten auch nach dem Kriege die besonderen Interessen der Arbeiterklasse.

Aus Industrie und Handel.

Die Große Berliner Straßenbahngesellschaft verteilt in diesem Jahre eine Dividende von 6 Prozent.

Der Abschluß zeigt im Vergleich mit dem Vorjahre folgendes Bild:

	1914	1913
	M.	M.
Einnahmen	42 871 149	45 775 818
Ausgaben	26 004 956	26 844 539
Ueberschuß	16 866 193	18 930 279
Abschreibungen und Rücklagen	4 857 195	5 132 999
Reingewinn	6 565 900	9 373 578
Dividende	6 Proz.	8 Proz.

Dem Geschäftsbericht entnehmen wir folgende Ausführungen: „Die ersten sieben Monate des Berichtsjahres bis zum Kriegsausbruch zeigten, wie die zweite Hälfte des Vorjahres, ein Nachlassen des Verkehrs infolge der Betriebsausdehnungen der Hoch- und Untergrundbahn, der Kraftomnibusse und der Städtischen Straßenbahnen. Während der letzten Monate stand unser Unternehmen unter den Einwirkungen des Krieges und seinem Einfluß auf die allgemeine wirtschaftliche Lage. Wenn auch die ersten Tage der Mobilmachung eine Steigerung des Verkehrs mit sich brachten, so sank dieser doch im Laufe des ersten Kriegesmonats um 13 Proz. gegen das Vorjahr und verringerte sich weiter bis auf 15 Proz. im Monat Dezember. Andererseits waren wir durch die unerwartete plötzliche Einberufung von über 50 Proz. unseres Betriebspersonals gezwungen, die Betriebsleistungen anfänglich um 25 Proz. zu verringern, da ein Ersatz für die über 25 000 Einberufenen nicht sofort, sondern nur allmählich herangebildet werden konnte. Wenn wir auch von vornherein eine größere Anzahl von Frauen unserer eingezogenen Fahrbediensteten — über 600 — nach kurzer Ausbildungszeit in den Schaffnerdienst übernehmen konnten, so hatten wir bei der Einstellung von männlichen Auszubildenden mit außergewöhnlichen Schwierigkeiten zu kämpfen, um so mehr, als auch der größte Teil unseres ständigen Lehrpersonals zu den Rängen einberufen worden

ist, dessen Erfolg naturgemäß wegen Mangel an geeigneten Kräften ganz besondere Schwierigkeiten bietet. Gleichwohl ist es uns unter Ausbietung aller Mittel noch gelungen, die Betriebsbeschränkungen allmählich bis auf 16 Proz. gegen das Vorjahr wieder zu beheben, so daß zum Schluß des Berichtsjahres annähernd wieder ein Ausgleich zwischen Betriebsleistungen und Verkehr erzielt worden ist.“

Günstiger Stand der Reichsbank.

In der Sitzung des Zentralausschusses der Reichsbank führte der Vorsitzende, Präsident der Reichsbank Dr. Dautenfeld, im Anschluß an den neuesten Ausweis folgendes aus:

„Auch während des letzten Monats hat sich der Stand der Reichsbank sehr befriedigend entwickelt, und die anhaltende große Flüssigkeit des deutschen Geldmarktes prägt sich auch in den Ziffern des Status aus.“

Schon die Ultimoanpassung war infolge dieser Geldflüssigkeit wesentlich geringer als in den Vorjahren, und die Rückzahlung des privaten Verkehrs auf Wechsel- und Lombardkonto haben sich im Laufe des Februars ebenso fortgesetzt wie die bei den Darlehnskassen.

Die Inanspruchnahme der Reichsbank und der Darlehnskassen durch den privaten Verkehr, d. h. Wechsel- und Lombardkonto der Reichsbank und Darlehen bei den Darlehnskassen mit Ausschluß der Kriegsanleihe, ist jetzt sogar geringer als in irgendeinem der Vorjahre, und die Rückzahlung der Darlehen für die Kriegsanleihe bei den Darlehnskassen hat sich weiter in sehr erfreulichem Maße fortgesetzt. Am 23. Januar standen an solchen Darlehen noch 508,1 Millionen Mark aus, am 23. Februar nur noch 376,3, und auch diese werden voraussichtlich bis zu den ersten Einzahlungsterminen auf die neue Kriegsanleihe zum allergrößten Teile abgeburdet sein.

Die Vermehrung der gesamten Kapitalanlage von 3777 Millionen Mark am 23. Januar auf 4079 Millionen Mark am 23. Februar fällt ausschließlich auf die Ansprüche des Reichs. Aber auch sie werden mit den Einzahlungen auf die neue Kriegsanleihe bald stark zurückgehen, da bei der großen Ansammlung verfügbarer Gelder, der das ganze Volk durchgehenden hingebenden Entschlossenheit und der dankenswerten Mitarbeit, die die gesamte Presse und ebenso unsere Banken, Sparkassen und Genossenschaften in Aussicht gestellt haben, die neue Anleihe wiederum einen starken Erfolg erhoffen läßt.

Die Erwartung, der ich in der letzten Sitzung Ausdruck gab, daß der Goldschatz der Reichsbank auch noch weiterhin hoffentlich noch lange Zeit durch den freien Entschluß weiter Kreise unseres Volkes wachsen werde, hat sich auch in dem letzten Monat in sehr erfreulicher Weise erfüllt. Seine Zunahme hat sich sogar verdoppelt. In den letzten 4 Wochenausweisen hat der Goldbestand um über 109 Millionen Mark gegenüber 70 Millionen Mark in den vorausgegangenen 4 Wochen zugenommen. Der Bestand an Scheidemünze hat sich um 3 Millionen Mark verringert, der an Reichsschatzschreibern um 1 Million Mark erhöht.

Der Roten Umlauf ist trotz der Erhöhung der gesamten Kapitalanlage um über 300 Millionen Mark nur um 152 Millionen Mark gewachsen, und ihm steht eine Zunahme des Metallbestandes von 106 Millionen Mark gegenüber. Von der Zunahme des Roten Umlaufes entfallen auf die kleinen roten 54 Millionen Mark; ihr Umlauf betrug am 23. Februar 2021 Millionen Mark, ihr bisher höchster Umlauf am 31. Dezember 1914 2127 Millionen Mark.

Die fremden Gelder haben sich gegen den 23. Januar um 90 Millionen Mark auf 1723 Millionen Mark erhöht; diese Vermehrung entfällt ausschließlich auf die öffentlichen Gelder.

Die Deckungsverhältnisse sind sehr befriedigend. Der Roten Umlauf ist trotz seiner Steigerung durch Gold um 48,8, durch Metall um 49,7 Prozent gedeckt, gegen 47,8 und 49,0 Prozent am 23. Januar. Die gesamte Verdeckung hat sich infolge der starken Abnahme der Darlehnskassenscheine von 56,2 auf 53,8 Prozent vermindert, die Gold-Verdeckung sämtlicher täglich fälliger Verbindlichkeiten ist trotz der Erhöhung des Roten Umlaufes und der fremden Gelder von 35,1 auf 35,4 Prozent gestiegen, also nach wie vor sehr zufriedenstellend.“

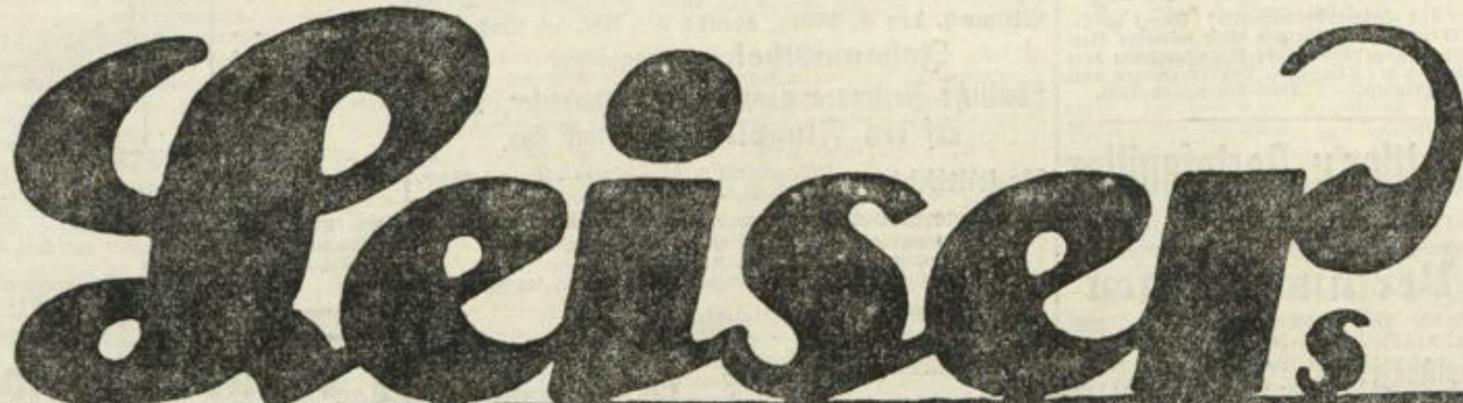
Die „notleidende“ Zündholzindustrie.

Bei Ausbruch des Krieges war es besonders die Zündholzindustrie, die heftig jammerte und nach staatlicher Hilfe fürte, weil sie durch den Krieg ihr Absatzgebiet im Ausland verloren habe und so vor den Ruin gestellt sei. Daß dies Geschrei sehr übereilt war und die Zündholzfabriken trotz des Krieges ein sehr gutes Geschäft machen, das beweist der Geschäftsbericht der Zündholzfabrik „Union“ in Augsburg, eine der bedeutendsten Zündholzfabriken Deutschlands, die neben der Fabrik in Augsburg noch Filialen in Marienstein und Habelschwert betreibt. Das Unternehmen erzielte im Jahre 1914 trotz der fünf Kriegesmonate nach reichlichen Abschreibungen und Zurückstellungen einen Reingewinn von 931 648 Mark gegen 695 586 Mark im vorhergehenden Jahre. Als Dividende werden 15 Prozent verteilt, im Vorjahr 12 1/2 Proz. Trotz der fünf Kriegesmonate konnte also der Reingewinn ganz erheblich gesteigert und die Dividende erhöht werden, ein Resultat, das sich mühelos erreichen ließ, indem man den Preis für das Fabrikat bis zu 50 Proz. erhöhte, das heißt das Kriegsrisiko von den Konsumenten tragen ließ.

Eingegangene Druckschriften.

Parismus, Panlawismus, Krieg! Von R. Charnak. 1 M. Angengrunder-Verlag, Wien 10.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Montagmittag: Deilich der Ober noch trocken und vielach heiter, im Westen östwärts fortschreitende Bewölkung, Erwärmung und später, besonders an der Küste leichte Regenschälle.



Neudt. Zandstra 28
Röllersstraße 20
Oranienstraße 20
Kastell. Dugh. 178
Friedenau, Neudt. 14

Einsegnungs-Stiefel

Sehr preiswert!

Stiefelstraße 129
Zandstra 20
Röllersstraße 20
Kastell. Dugh. 178
Oranienstraße 20

HR

Frühjahrs-Jacken-Kleider



sowie Mäntel, Kleider, Blusen, Kostüm-Röcke. Täglich Eingang aparter, geschmackvoller Neuheiten

EINLADUNG.
Wir zeigen von Montag, den 1. März an in den Auslagen unserer beiden Häuser, sowie im Erdgeschoß unseres Hauses Leipziger Straße die neuesten Erzeugnisse deutscher Frauen-Moden, welche erstmalig ohne ausländischen Einfluß geschaffen wurden.
Besonders empfehlenswert für die Herren Gross-Einkäufer.

R. M. MAASSEN G. M. B. H.

Maassen O.M.B.H.
Oranien-Platz Berlin Leipzigerstr. 42

Verein f. Frauen u. Mädchen der Arbeiterklasse.

Montag, den 1. März, in der Neuen Philharmonie, Köpenicker Straße 96/97, großer Saal:
Lichtbildervortrag: Die Entwicklung der deutschen Nähmaschinen. Malerei zu Dürer u. Grünewald.
Referent: Dr. Berl.
Gäste (Männer u. Frauen) willkommen. Der Vorstand.

Verband der Schneider, Schneiderinnen und Wäschearbeiter Deutschlands.

Schiffbaustr. 37/38. Filiale Berlin. Tel. Amt Npl. 9737.

Herren-Maßschneider.

Montag, den 1. März, abends 8 1/2 Uhr:
Mitglieder-Versammlung in den Arminhallen, Kommandantenstr. 58/59.
Tagesordnung:
1. Die Einführung des Reichstaxifonds und welche Maßnahmen haben wir zu treffen.
2. Branchenangelegenheiten.
3. Verschiedenes.
Ingefaßt dieser wichtigen Tagesordnung ist jeder Herren-Maßschneider verpflichtet, zu erscheinen. Nur Mitglieder mit nicht über 8 registrierenden Wochenbeiträgen haben Zutritt.
Die Kommission.

Achtung! Wäsche-, Blusen-, Achtung! Schürzen-, Krawatten-, Korsett- und Wäsche-Arbeiter u. Arbeiterinnen

Mittwoch, den 3. März, abends 8 1/2 Uhr, in der Brauerei Bölow, Prenzlauer Allee 242 (am Prenzlauer Tor):
Allgemeine Branchen-Versammlung.
Kollegen, Kolleginnen und Heimarbeiterrinnen! Sorgt dafür, daß alle Mitglieder und Branchenangehörigen diese wichtige Versammlung besuchen. Ganz besonders sind die Arbeiterinnen derjenigen Geschäfte, wo während der Kriegszeit Lohnfährungen vorgenommen sind, hiermit eingeladen.
Die Kommission.

Verband der Sattler u. Portefeuller Ortsverwaltung Berlin.

Branchen-Versammlungen
Militärbranche: Mittwoch, den 3. März, abends 8 1/2 Uhr, in den Brachhöfen „Alt-Berlin“, Blumenstr. 10.
Sinnolnleger u. Teppichnäher: Mittwoch, den 3. März, abends 8 1/2 Uhr, bei Wehnacht, Grünstr. 21.
Wagen-, Auto- u. Flugzeugbranche: Mittwoch, den 3. März, abends 8 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Engelstr. 15.
Die Versammlungen der Portefeuller- und Reiseartikelbranche sowie der Geschirzbranche fallen aus.

Achtung, Vertrauensleute!
Im Restaurant von Bartsch, früher Hoppe, Neukölln, Hermannstr. 19, ist wieder eine Zählstelle eingerichtet. Beiträge werden daselbst jeden Sonnabend in der Zeit von 8-10 Uhr abends entgegengenommen.
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Verwaltung Berlin. Tel. Amt Kochplatz 10623, 3578. Bureau: Kungelstraße 30.

Bezirk Wedding, Gesundbrunnen, Moabit.

Montag, den 1. März, abends 8 Uhr:
Mitglieder-Versammlung in Feibels Festsaal, Kolberger Straße Nr. 23.
Lichtbilder-Vortrag: Ein Besuch der Kriegsschauplätze in Ostpreußen.
Vortragender: Kollege Ahlemeyer.

Ober-Schöneeweide

Dienstag, 2. März, abds. 8 1/2 Uhr, bei Warncke, Wilhelmminenhoffstr. 18.

Kammacher

Dienstag, den 2. März, abends 8 Uhr, im Andreaskarten (Wittenberg), Andreaskstr. 26.
Tagesordnung: 1. Vortrag des Kollegen Leopold, 2. Verhandlungs- und Branchenangelegenheiten. — Es ist dringend erwünscht, daß auch die Kolleginnen an der Versammlung teilnehmen.

Bezirk Osten 1, 2, 3, Nordosten u. östliche Vororte.

Mittwoch, den 3. März, abends 8 Uhr:
Gemeinsame Mitglieder-Versammlung in den Prachtsälen des Ostens, Frankfurter Allee 48.
Lichtbilder-Vortrag: Ein Besuch der Kriegsschauplätze in Ostpreußen.
Vortragender: Kollege Ahlemeyer.

Vertrauensmänner-Versammlungen

Mittwoch, den 3. März, abends 5 1/2 Uhr, im Lindenhof Johannisthal, Friedrichstraße:
Sämtliche Vertrauensmänner der Holzarbeiter, welche auf dem Flugplatz beschäftigt sind.

Modelltischler: Mittwoch, den 3. März, abends 8 Uhr, bei Walb, Flugstraße 5.
Maschinenarbeiter: Mittwoch, den 3. März, abends 6 Uhr. Bezirk Südwesten bei Guk. Nass, Hornstr. 2.
: Südosten bei Ehler, Rohlauer Str. 19.
: Osten bei Jersch, Boghagener Str. 3, an der Frankfurter Allee.
: Norden bei Kaezerowski, Ravenstr. 6.
Tagesordnung: Bericht der Bezirkvertrauensleute, Bezirks- und Branchenangelegenheiten.
Jede Werkstatt muß vertreten sein.
Die Ortsverwaltung.

Bekanntmachung.

Bei der außerordentlichen Generalversammlung der „Berolina“-Kleisenleger-Produktivgenossenschaft (G. G. m. b. H.) zu Schöneberg, Sachsendamm 44, vom 28. November 1914 wurde die Auflösung der Genossenschaft beschlossen. In Liquidation wurden die Herren Heinz Huxbold und Wihl. Westphal ernannt. Einmalige Gläubiger wollen sich melden.
Die Liquidatoren:
Heinz Huxbold, Wihl. Westphal.

Verband der Bureauangestellten Deutschlands

Ortsgruppe Groß-Berlin. Bureau: O. 27, Dirschonstr. 4, 1 Tr. Telephon: Alexander 3170.

Dienstag, 2. März 1915, abends 8 Uhr, im großen Saal des Gewerkschaftshauses, Engelstr. 15:
Versammlung aller Angestellten der Orts-, Betriebs-, Innungs- u. Vorortskrankenkassen Groß-Berlins.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Dr. Rothholz, Direktor des städtischen Bureaus der Landesversicherungsanstalt Berlin, über: **Witwen- und Waisenteile und Witwen- u. Waisengeld nach der Reichsversicherungsordnung.** 2. Ausdrucks- u. 3. Branchenangelegenheiten.
Alle Kollegen und Kolleginnen werden zu dieser Versammlung freundlichst eingeladen, und bitten wir um pünktliches Erscheinen. Der Vortrag ist in der gegenwärtigen Zeit für die Kassenangehörigen von ganz besonderer Wichtigkeit.
Die Branchenleitung, F. K. G. Wiesner.

Volks-Feuerbestattungs-Verein Groß-Berlin.

Dienstag, den 16. März 1915, abends 8 Uhr, in den Musikerkäfen, Berlin, Kaiser-Wilhelm-Str. 31:
Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:
1. Vorstandsbericht und Kassenbericht.
2. Wahl des Vorstandes, des Schlichtergerichts und deren Stellvertreter.
3. Ernennung der Revisoren für das kommende Jahr.
4. Beratung etwaiger an den Vorstand gelangter Anträge.
5. Verschiedenes.

Mitgliedstärke legitimiert:
Anträge zu dieser Versammlung sind bis spätestens acht Tage vor Statistiken derselben schriftlich zu Händen des Vorsitzenden G. Henning, Berlin N. 65, Müllerstr. 36, zu stellen (S. 9. Absatz 1 des Statuts).

„Berolina“, Kleisenleger-Produktivgenossenschaft (G. G. m. b. H.), Schöneberg, Sachsendamm 44, in Liquidation.

Aktiva.	Bilanz der 28. November 1914.	Passiva.	
Kassafonds	872 30	Genossensch.-Anteilfonds	5 750 —
Barenfonds	2 774 66	Reservefonds	5 750 —
Forderungenkonto	12 300 16	Produktivgenossenschaft	2 100 —
Inventarkonto	339 37	Kassafonds	872 30
		Bestand	7664,75
		Ueberweisung des Geschäftsbereiches	2 406,48
	16 306 48		16 306 48

Bekanntmachung.
In der außerordentlichen Generalversammlung vom 28. November 1914 wurde die Auflösung der Genossenschaft beschlossen. In Liquidation wurden die Herren Heinz Huxbold und Wihl. Westphal ernannt. Einmalige Gläubiger wollen sich melden.
Die Liquidatoren:
Heinz Huxbold, Wihl. Westphal.

Reichel's Exter

„Medico“ Wacholder-Extrakt
Ein vielseitig erprobtes u. wirklich bewährtes Naturheilmittel von gründlich blutreinigender Wirkung, das auf alle Organe einen ungemessen wohltätigen Einfluß ausübt. Unendlich viele Erfolgsberichte bestätigen die überaus heilsame, oft wunderbare Wirkung dieses Extrakts, speziell bei Rheumatismus, Nieren-, Blasen- u. Frauenleiden, Wechseljahrsbeschwerden, Hämorrhoidalleiden sowie Magenbeschwerden. — Regelmäßig verabreicht — Mk. 1,50 u. 2,50, für längeren Gebrauch, große Rarität (sehr vorzuziehen) Mk. 6,25. Garantiert rein u. frisch, aber nicht nur in Originalpackungen mit Marke „Medico“ u. meiner Firma, in den Drogerien u. Apotheken erhältlich, wo nicht, wende man sich an Otto Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstr. 4. Fernspr.: Npl. 4731-4733. Man achte scharf auf Marke „Medico“ u. meine Nachahmungen.

Zur Verstadtlichung der B. E. W.

Ueber die künftige Gestaltung der Versorgung Berlins mit elektrischem Strom ist der Stadtverordnetenversammlung gestern die sehr umfangreiche Magistratsvorlage gestellt worden. Es wird folgende Beschlusfassung beantragt:

„Die Stadtverordnetenversammlung bewilligt die für den Erwerb der Berliner Elektrizitätswerke erforderlichen Mittel und ist mit deren Beschaffung auf dem Wege einer Anleihe einverstanden.“

Die Vorlage gibt zunächst eine ausführliche Darstellung des Entwicklungsganges, den die Versorgung der Stadtgemeinde Berlin mit elektrischer Energie genommen hat, unter Berücksichtigung des wesentlichsten Inhalts der zwischen der Stadt und den Werken im Laufe der Zeit abgeschlossenen Verträge. Der erste Vertrag wurde bekanntlich mit der damaligen Deutschen Edison-Gesellschaft — späteren A. E. G. — unter dem 24. Januar 1884 abgeschlossen. Die nachfolgenden Zahlen geben ein anschauliches Bild über die Entwicklung der Elektrizitätsversorgung: Der Betrieb der Werke wurde im Jahre 1885 mit einem Anschluß von 3000 Glühlampen begonnen; am 30. Juni 1914 waren 2 106 801 Glühlampen, 44 171 Bogenlampen, 42 943 Motore und 7867 sonstige elektrische Apparate angeschlossen. Im Geschäftsjahr 1885/86 wurden insgesamt 37 050, im Geschäftsjahr 1913/14 267,6 Millionen Kilowattstunden nutzbar abgegeben. Von diesen entfallen auf Licht 62,1 Millionen, auf Kraft 75,5 Millionen; die Bahnen haben 73,1 Millionen verbraucht, und als Hochspannungsstrom, der nach seiner Umformung sowohl für Licht, als auch für Kraftzwecke Verwendung findet, wurden 56,9 Millionen Kilowattstunden geliefert.

Das Kabelnetz besitzt zurzeit eine Länge von 8650 Kilometern. In Berlin selbst sind jetzt 621 Kilometer Häuserfront mit Verteilungsleitungen verlegt.

Im Jahre 1899 betragen die Abgaben an die Stadt 1 138 000 Mark, im Jahre 1914, dem 20. Betriebsjahre, erreichte die Einnahme der Stadt die Summe von 7 239 000 M. Mit dem 1. Oktober 1915 wird nun die Elektrizitätsversorgung Berlins in ein neues Stadium treten, da an diesem Zeitpunkt der jetzt noch geltende Vertrag vom Jahre 1899/1907 sein Ende erreicht. Nach § 31 dieses Vertrages ist die Stadtgemeinde berechtigt, am 1. Oktober 1915 die Anlagen der Gesellschaft und alle mit ihnen verbundenen Berechtigungen zum Eigentum zu übernehmen. Als Uebernahmepreis hat die Stadtgemeinde das Recht, den Buchwert oder Tagewert zu wählen.

In Ausübung dieses Uebernahmerechts ist auf Grund eines von beiden städtischen Körperschaften gefaßten Beschlusses vom Magistrat im Juni 1913 den A. E. W. mitgeteilt worden, daß die Stadtgemeinde von dem ihr aus § 31 des Vertrages zustehenden Rechte Gebrauch machen werde.

In der betreffenden Vorlage an die Stadtverordnetenversammlung vom 21. Mai 1913 war indessen bereits zum Ausdruck gebracht worden, daß diese Uebernahmeerklärung behufs Wahrnehmung der Frist abgegeben werden müsse, daß aber die endgültige Entscheidung, ob Uebernahme in städtische Verwaltung oder Eingekung eines neuen Vertragsverhältnisses, von dem Ergebnis der bereits eingeleiteten Verhandlungen abhängig gemacht werden müsse. Was die Frage des Uebernahmepreises — Buchwert oder Tagewert — anlangt, so wurde damals schon von den Gemeindebehörden beschlossen, daß im Falle der Uebernahme die Werke der Gesellschaft zum Buchwert übergeben werden sollen. Zugewinnen hatten die Verhandlungen mit den A. E. W. ihren Fortgang genommen. Dabei wurde von letzterer darauf hingewiesen, daß durch Errichtung einer Ueberlandzentrale an einer geeigneten Fundstätte von Braunkohlen eine erhebliche Verbilligung der Gesehtungslosten erzielt werden könne, und daß zu diesem Zweck eine den A. E. W. nahestehende Gesellschaft sich erhebliche Kohlenlager im Bitterfelder Revier gesichert hätte. Nach einem zwischen dieser Gesellschaft und den A. E. W. abgeschlossenen Vertrage solle der in der Ueberlandzentrale erzeugte Strom an die Zentrale der A. E. W. geleitet und von hier aus den Verbrauchern zugeführt werden. Die hierdurch zu erreichende Ermäßigung der Herstellungslosten würde der Stadt vermöge ihrer Beteiligung an den A. E. W. zugute kommen.

Auf dieser Grundlage wurden von einer Magistratskommission 3 Vertragsentwürfe ausgearbeitet. Der erste regelte das Rechtsverhältnis zwischen der Stadtgemeinde und den A. E. W. unter Begründung eines gemischt-wirtschaftlichen Unternehmens; der zweite sollte den Strombezug der A. E. W. aus der Ueberlandzentrale für einen längeren Zeitraum sichern. Durch den dritten Vertrag sollte das jetzt bestehende Rechtsverhältnis zwischen A. E. W. und A. E. G. auf eine neue Grundlage gestellt werden. Den Vorschlag des Magistrats, der den Stromlieferungsvertrag noch nicht für spruchreif hielt, zunächst nur den Vertrag über das neu zu begründende gemischt-wirtschaftliche Unternehmen zum Abschluß zu bringen, lehnten die A. E. W. ab, die das Vertragsverhältnis nur bei gleichzeitigem Abschluß des Stromlieferungsvertrages fortsetzen wollten.

Der Ausbruch des Krieges bewirkte eine kurze Unterbrechung der Verhandlungen. Bei der Wiederaufnahme fand der von den Vertretern der Stadtgemeinde geäußerte Wunsch, in Anbetracht der Zeitverhältnisse das gegenwärtige Vertragsverhältnis auf etwa 1 Jahr zu verlängern, kein Entgegenkommen. Da sich die A. E. W. aber bereit erklärten, in eine Hinauszögerung des Stichtags zu willigen, sobald ein Abkommen hinsichtlich der Stromlieferung durch das Kernkraftwerk feststeht, wurde städtischerseits die Fortführung der Verhandlungen über den Stromlieferungsvertrag beschlossen. Daneben würden auch die für eine eventuelle Uebernahme der Werke erforderlichen Vorarbeiten in Angriff genommen.

Durch Schreiben vom 16. Februar 1915 teilten dann aber die A. E. W. mit, daß in patriotischem Interesse die Kernkraft-Gesellschaft einen Vertrag abzuschließen hätte, durch den über einen bedeutenden Teil der Kohlenvorräte verfügt werde. Sie erklärten sich jedoch bereit, den heute bestehenden Vertrag auf weitere sechs Jahre fortzusetzen. Diesen Vorschlag hat der Magistrat abgelehnt in der Ueberzeugung, daß das für die Stadtgemeinde zu erzielende finanzielle Ergebnis sich bei Eigenbetrieb günstiger stellen würde als bei Fortsetzung des Vertragsverhältnisses unter den jetzigen Bedingungen auf die Dauer von 6 Jahren.

In Verfolg der Vertragsbestimmungen und des Stundigungsbeschlusses soll daher die Uebernahme der Werke am 1. Oktober 1915 erfolgen.

Wegen der zu treffenden organisatorischen Maßnahmen und wegen Festlegung der Tarife und Lieferungsbedingungen soll der Stadtverordnetenversammlung rechtzeitig eine weitere Vorlage zugehen.

Der 358 Millionen-Etat Berlins.

125 Proz. Gemeindesteuerzuschlag.

Der Magistrat beendete in der gestrigen außerordentlichen Sitzung seine Beratungen über den Etat für das neue Rechnungsjahr 1915/16. Der neue Etat balanciert in Ausgabe und Einnahme mit rund 358 Millionen Mark gegen 408 Millionen Mark im Vorjahre. Als Zuschläge sollen erhoben werden 125 Proz. (gegen 100 Proz. im Vorjahr) der Staatseinkommensteuer, 165 Proz. Gewerbesteuer und 177 Proz. gegen 180 Proz. im Vorjahr Grundsteuer bei 3,1 vom Tausend des gemeinen Werts.

Der Etat liegt von Montag, den 1. März, ab gemäß § 68 der Städteordnung acht Tage lang im Finanzbureau, Rathaus Zimmer 67, täglich von 10—1 Uhr zur Einsicht aller Einwohner der Stadt offen.

Mehreinnahmen (nach Abzug der Ausgaben) werden erwartet aus Grundeigentum und Berechtigungen 15 592 900 M. (14 675 840 M. im Vorjahr). Bei den städtischen Werken 5 895 106 M. (8 439 256 M.), aus Steuern 99 482 946 M. (95 402 480 M.). Die Steuern setzen sich zusammen aus:

Table with 2 columns: Steuerart, Betrag. Includes Einkommensteuern, Grundversteuern, Gewerbesteuern, Betriebssteuern, Biersteuern, Wanderlagersteuern, Hundsteuern, Umlagssteuern, Anteil an der Reichszwangssteuer, Kinosteuern.

Mehrausgaben (Ausgaben nach Abzug der Einnahmen) sind erforderlich: Beim Unterrichtsweesen 35 595 780 M. (39 139 345 M.), beim Armenwesen 19 560 300 M. (19 344 870 M.), bei der Kranken- und Gesundheitspflege 11 157 850 M. (12 297 900 M.), beim Kapitel Polizei, Gerichte, Standesämter und Militärwesen 10 408 090 M. (10 735 270 M.), öffentliche Beleuchtung, Straßenreinigung, Park- und Friedhofverwaltung 8 061 440 M. (10 450 910 M.), beim Bauwesen 1 775 500 M. (5 029 200 M.), für Museen und Bibliotheken 278 430 M. (416 370 M.), für Verwaltungskosten 21 585 033 M. (20 246 042 M.), für Kapital- und Schuldenverwaltung 10 144 200 M. (8 801 885 M.), für verschiedene Ausgaben 2 404 309 M.

In den Gesamtsummen befinden sich Anleihebeträge von 29 935 900 M. gegen 71 185 534 M. im Vorjahre.

Der Etat für 1915 ist unter äußerster Einschränkung der Verwaltungsausgaben, insbesondere der Personalausgaben und unter Schonung des Extraordinariums aufgestellt.

Die Mehrausgaben bei den Verwaltungskosten gegen das Vorjahr von rund 1 339 000 M. erklären sich dadurch, daß eine große Anzahl von Beamten, die bisher aus Verwaltungen mit eigenem Etat bezahlt wurden, auf den Personalbeihilfetat übernommen sind, und dieser Etat daher zugunsten anderer Kammeretats besonders belastet wird, und daß ferner mit einer Steigerung der Anzahl der Außendienstler zu rechnen ist.

Im übrigen sind — nach Angaben aus dem Rathaus — außerordentliche Ausgaben in bedeutend geringeren Umfang vorgezogen als in 1914/15, zum Teil, weil erhebliche Summen für Bauten aus Bewilligungen in den Vorjahren unverbraucht noch zur Verfügung stehen sollen. Dies soll nicht ausschließen, daß im Fall früherer Beendigung des Krieges und eines durch die Rückkehr der Feldzugsteilnehmer herbeigeführten großen Angebotes am Arbeitsmarkt nachträglich neue Bauten beschloffen und sofort in Angriff genommen werden.

Es ist von uns wiederholt darauf hingewiesen worden, daß die Angabe, es ständen noch erhebliche Summen für Bauten aus Bewilligungen in den Vorjahren zur Verfügung, irreführend wirken, denn die Summen, die bei Aufstellung des Etats vorhanden sind, sind vielfach am Ende des Etatsjahres — Ende März — verbraucht. Wenn der Etat vorliegt, werden wir auf denselben zurückkommen.

Aus Groß-Berlin.

Verschwundene märkische Städte.

Krieg und Seuchen haben es verschuldet, daß auch in der Mark blühende Städtchen vom Erdboden verschwanden. Aus der Mark ist am bekanntesten der gänzliche Untergang der Stadt Blumenthal im gleichnamigen Forst hinter Strausberg. Im Sommer wandern viele Tausende naturliebender Berliner über die längst dicht bewaldeten Flächen, auf denen einst friedliche Menschen lebten und webten, bis der Krieg oder die Pest ins Land kam, hoffungsreiche Kulturstätten in Trümmerhaufen und Friedhöfe wandelte. Wie die Blumenthalstadt unterging, haben die Gelehrten nicht entdecken können. Es wird wohl ein ewiges Geheimnis bleiben, und gerade dieses Geheimnisvolle ist neben der herrlichsten Waldesämlichkeit das Verlockende, das nach dem Blumenthalwalde und seiner „Stadtfeste“ zieht.

Am buchenumkänzten Piepnitzsee erhob sich, was keine märkische Sage ist und selbst die heutigen Bewohner dieser Gegend kaum wissen, ebenfalls einmal ein blühender Ort, der mehrere tausend Einwohner gehabt haben muß. Auch hier hat der märkische Wald alle menschlichen Spuren verweht. Nur große Abholzungen und Ausschachtungen könnten noch einige Erinnerungszeichen zum Vorschein bringen. Die letzten urkundlichen Nachweise durch die „Landbücher“ der alten deutschen Kaiser, daß es eine Stadt Alt-Piepnitz gab, reichen ein halbes Jahrtausend zurück. Von einer dritten verschwundenen märkischen Stadt, die Alt-Bindow hieß und in der Nähe Bernaus lag, waren noch zu Anfang des 19. Jahrhunderts viele Fundamente deutlich sichtbar. Die Märker um Bernau erzählen, daß Alt-Bindow in den Hussitenkriegen gänzlich zerstört worden sei. Wahrscheinlich erfolgte aber der Untergang viel früher durch den „schwarzen Tod“, der nach alten Chroniken zweimal mehr als die Hälfte der zweitausend Einwohner ins Grab rief. Es war ein recht ansehnlicher Besitz in einer Größe von etwa sechstaufend Morgen. Arummensee bei der Krummen Lanke war früher gleichfalls ein bedeutender Ort. Es wurde, wie noch manche andere märkische Ortschaften, im Dreißigjährigen Kriege fast gänzlich vernichtet und hatte nicht mehr die Kraft, aus Schutt und Asche neu zu entstehen.

Die steigenden Kartoffelpreise.

Die Preise für Kartoffeln im Kleinhandel bewegen sich nach Aufhebung der Höchstpreise in aufsteigender Linie. Um einer unberechtigten Preistreibererei durch Kleinhändler zum Nachteil der

Konsumenten entgegenzutreten zu können, hat der Vorsitzende der städtischen Kommission zur Ueberwachung der Lebensmittelpreise, Stadtverordneter Schulze, den Mitgliedern der Ueberwachungskommission mitgeteilt, sobald ihnen Fälle von wucherischer Ausbeutung des Publikums zur Kenntnis kommen, ihm hierüber Kenntnis zu geben, damit das Weitere veranlaßt werden kann.

Bemerkens wärdig ist, daß es im Allgemeininteresse schädlich ist, mehr Kartoffeln zu kaufen, als gerade gebraucht werden. Die Verproviantierung in größerem Umfange wirkt gerade in jetziger Zeit doppelt preissteigernd.

Zur Erörterung wirksamer Abhilfemaßnahmen gegen den in Groß-Berlin herrschenden Kartoffelmangel fand Freitagabend in der Handelskammer zu Berlin unter der Leitung des Mitgliedes der Handelskammer, Herrn Badt, eine Versammlung der Berliner Kartoffelgroßhändler statt, bei der als Vertreter des Ministers für Handel und Gewerbe Herr Unterstaatssekretär Dr. Göppert, als Vertreter der Stadt Berlin Herr Stadtrat Fischel und als Vertreter der Handelskammer die Herren Badt und Syndikus Meyer beizwohnten. Herr Unterstaatssekretär Dr. Göppert wies eindringlich auf die großen Ausgaben hin, die dem Berliner Kartoffelhandel zufließen, nachdem ihm durch die Aufhebung der Kleinhandelshöchstpreise die genügende Bewegungsfreiheit gewährt sei. Der Kartoffelhandel müsse unter Zurückstellung reiner Verdienstsinteressen die Ware nach Groß-Berlin ziehen, und er müsse ferner verhindern, daß übermäßige Preise dem Publikum abgefordert werden. Der Geschäftsführer des Verbandes Deutscher Kartoffelinteressenten, Herr Wilm, erstattete den Bericht und teilte mit, daß der Minister der öffentlichen Arbeiten für die Zufuhr von Kartoffeln die nötigen Waggons zur Verfügung stellen wird. Dem Großhandel wird es alsdann möglich sein, daß nicht die Aufhebung der Höchstpreise im Kleinverkauf zu Ausdehnungen bei der Preisbemessung führt. Zu diesem Zwecke verständigten sich die anwesenden Interessenten dahin, daß sie Kartoffeln nur an Händler abgeben werden, welche sich zur Innehaltung von Verkaufspreisen, die in einem angemessenen Verhältnis zu den Großhandelspreisen stehen, verpflichten und diese Verpflichtung auch gewissenhaft erfüllen. Dringend geboten ist es allerdings, daß das Publikum die hierauf gerichteten Bestrebungen dadurch unterstützt, daß es seine Einkäufe auf Befriedigung des laufenden Bedarfs beschränkt und nicht selbst durch Ansammlung von Vorräten einen Anreiz zu Preistreiberereien bietet; abgesehen davon, daß das Publikum überhaupt nicht in der Lage ist, solche Vorräte zweckmäßig aufzubewahren und vor Verderben zu schützen, ist, sofern mit den vorhandenen Beständen hauswirtschaflich umgegangen wird, auch kein Anlaß zur Befürchtung einer Kartoffelnot für die Zukunft vorhanden. Der Vertreter der Stadt Berlin erklärte, daß die Stadt ihre Verkäufe einstellen werde, sobald die Händler in der Lage sein werden, zu angemessenen Preisen den Bedarf zu decken, da es von vornherein lediglich die Absicht der Stadt gewesen sei, nur vorübergehend als Verkäufer aufzutreten, wenn der Handel aus äußeren Gründen an der Versorgung der Bevölkerung verhindert ist.

Zur Brot- und Mehlversorgung.

Gestern vormittag hat im Berliner Rathaus unter Vorsitz des Oberbürgermeisters Vermuth eine erneute eingehende Besprechung zwischen den Vertretern der Stadt Berlin und der mit ihnen zur gemeinsamen Regelung der Brot- und Mehlfrage zusammengefügten Gemeinden stattgefunden. Die auf eine gemeinsame Behandlung der Frage gerichteten Bestrebungen sind dadurch erheblich gefördert, und der Abschluß der Zentralisierung der Mehlversorgung ist in unmittelbarer Nähe gerückt worden. Es ist zu erwarten, daß mit der Zentralisierung der Mehlversorgung auch eine Reihe von Unebenheiten beseitigt werden wird, welche bisher nicht völlig zu vermeiden waren. Insbesondere wird durch die Zentralisierung darauf hingewirkt werden, daß der jetzt differierende und durch den Einkaufspreis bedingte Verkaufspreis für Mehl einheitlich gestaltet werde.

Rationen für Pferde.

Aus Magistratskreisen wird uns geschrieben: Bekanntlich ist durch Bundesratsverordnung die Hafermenge, die täglich an Pferde verfüttert werden darf, bis 28. Februar auf fünf Pfund und vom 1. März ab auf drei Pfund für jedes Pferd festgesetzt worden. Es ergibt sich also für Pferdehalter die wichtige Frage, wie sie den Ausfall an Hafer und Futter ersetzen sollen. Infolgedessen werden folgende Angaben über Futterzusammensetzung, die uns von sachverständiger Seite zur Verfügung gestellt werden und nur jetzt greifbare Futterarten berücksichtigen, von großem Interesse für jeden Pferdehalter sein.

Unter Berücksichtigung der vom 1. März ab zugelassenen Hafermenge von täglich drei Pfund für jedes Pferd werden folgende Zusammenstellungen gegeben:

Table with 2 columns: I. oder II., and rows for 1 1/2 kg Hafer, 1 kg Fleisch- oder Fischmehl, 1 1/2 kg Melasse, 10 kg Heu, 10 kg Strohu. Häcksel, 2 kg Futterzucker, 1 kg Kleie, 10 kg Heu, 10 kg Strohu. Häcksel.

Umzugstermine beim Wohnungswechsel.

Der Polizeipräsident macht bekannt: Wegen der Schwierigkeiten, die der durch den Krieg entstandene Mangel an geschulten Arbeitskräften und an Pferden für das Möbeltransportgewerbe mit sich bringt, werden die beim nächsten Vierteljahrs-Wohnungswechsel innezuhaltenden Fristen für den Stadtbezirk Berlin wie folgt festgesetzt:

- Es sind zu räumen: 1. Kleine, aus höchstens zwei Wohnzimmern und Zubehör bestehende Wohnungen bis zum 5. April a b e n d s. 2. Mittlere, aus drei oder vier Wohnzimmern und Zubehör bestehende Wohnungen bis zum 8. April a b e n d s. 3. Große, mehr als vier Wohnzimmer umfassende Wohnungen bis zum 12. April a b e n d s.

Die Inhaber der aus ein, zwei oder drei Wohnzimmern und Zubehör bestehenden Wohnungen müssen jedoch ein Wohnzimmer und die Mieter von Wohnungen mit mehr als drei Wohnzimmern und Zubehör zu zwei Wohnzimmern schon am 1. April vollständig geräumt dem künftigen Wohnungsinhaber zur Verfügung stellen.

Unzureichende Mietunterstützungen.

Die Mietunterstützungen der Stadt Berlin betreffen ein Hund-schreiben, das der Haus- und Grundbesitzerverein Schmutzbrunnen an seine Mitglieder gerichtet hat. Darin heißt es: „Die zurzeit gewährten Mietunterstützungen sind völlig unzureichend; sie setzen die

Angehörigen, deren Ernährer im Felde stehen, nicht in den Stand, ihren Viehbesitzungen auch nur in bescheidenem Umfange nachzukommen. Der Hausbesitzer gerät dadurch in eine äußerst schwierige Lage, da er seinen Verpflichtungen pünktlich nachkommen muß. Viele Hauseigentümer sind den unhaltbaren Verhältnissen bereits zum Opfer gefallen. Der Bund der Berliner Grundbesitzer-Vereine erhebt, um Wandel zu schaffen, durch seine Vereine eine neue Mietausfallstatistik für die Monate November, Dezember 1914 und Januar 1915 und bittet, eine zu diesem Zweck ausgearbeitete statistische Karte genau und vollständig auszufüllen und innerhalb dreier Tage zurückzusenden.

Der Haus- und Grundbesitzerverein Gesundheitsbrunnen könnte zu der von ihm kritisierten Mietunterstützungsfrage beitragen, wenn er für eine lokale Handhabung der Bestimmungen durch die Bezirksvorsteher wirken würde. Auf dem Gesundheitsbrunnen würde das ganz nützlich sein.

Erst Miete, dann die Brotkarte.

Aus Neufölln kommt die Meldung, daß in vereinzelt Fällen die Hauswirte die Aushändigung der Brotkarte von der Zahlung der Miete abhängig gemacht haben.

Da nun man doch sagen, diese Hauswirte sind ganze Kerle. Selbst in den Fällen, wo es ihnen bisher nicht möglich war, den nötigen Einfluß zu erringen, werden sie jetzt als Bringer der Brotkarte zu einer gefährdeten Persönlichkeit. Welche dem, der jetzt seine Miete nicht bezahlt oder nicht pünktlich bezahlt, und zu viel Wasser verbraucht, in der Küche wäscht, oder sonstige Ungezogenheiten an sich hat, die gegen die Hausordnung verstoßen! Er wird mit der Vorenthaltung der Brotkarte bestraft. Man sollte kaum glauben, welche Vielfältigkeit solche Brotkarte besitzt. Nur einen Mangel hat noch die neue Brotkarte. Sie wird gleich für sechs Wochen abgegeben, und damit alle diese Südenfriede gegen die Hausordnung auf längere Zeit der Kontrolle des Hauswirts entzogen. Es wäre daher wünschenswert, daß die Magistrats der Kommunen Groß-Berlins dazu übergehen, die Brotkarte immer nur für den Zeitraum von einer Woche auszugeben. Nur dann werden wir zu geordneten Hauszuständen kommen. Man sieht, mit wie einfachen Mitteln sich Ordnung schaffen läßt.

Warnung vor Schwindlern.

Die jetzige Zeit benutzen viele raffinierte Gauner, um sich auf Kosten anderer leicht in den Besitz von Geldmitteln zu setzen. Eine gewisse Spezialität macht sich den Umstand, daß die Männer im Felde stehen und die Frauen mit vielerlei Sorgen allein zu Hause gelassen haben, zunütze, um die Ratlosigkeit und Unwissenheit der Frauen auszunutzen. Fast täglich treten neue Schwindler auf, die immer wieder einen anderen Trick und leider mit Erfolg anwenden. Neuerdings tritt wieder ein Schwindler als Beamter des Kriegsministeriums auf, der mit neuen Kniffen Kriegserfrauen betrügt. Zug geprellt wurde von ihm erst gestern nachmittags eine Frau R., die im Westen von Neufölln wohnt. Bei ihr erschien der Schwindler, um ihr mit einem großen Wortschwall auseinanderzusetzen, daß ihr wahrscheinlich die Kriegserunterstützung entzogen würde. Als die Frau darüber erschrocken, sagte der angebliche Beamte des Kriegsministeriums, es werde ihm vielleicht noch möglich sein, die Angelegenheit zu ihren Gunsten zu regeln, wenn sie ihm den Mietrückstand übergeben könne, damit er ihn sofort an den Hauswirt abführe. Die Frau war mit 24 M. im Rückstand und handigte diesen Betrag ohnunglos aus. Die Quittung sollte ihr gleich zugestellt werden. Im Gespräch erwähnte die Kriegserfrau dann noch, sie habe veräußert, die Krankenkassenbeiträge zu zahlen, und nun sei die Versicherung verfallen. Auch hier wußte der Beamte des Kriegsministeriums Rat. Er erhielt 89 M. „Gebühren“, um auch diese Sache zu regeln. Hierbei merkte man der Gauner, daß Frau R. noch etwas Geld besaß. Um ihr auch dieses noch abzulösen, fragte er sie, scheinbar teilnahmsvoll, ob sie sich denn auch genügend mit Kartoffeln versorgt habe. Sie mußte gestehen, daß das nicht geschehen sei. Wieder bot der freundschaftliche Beamte seine Hilfe an. Für 3,10 M. den Zentner wollte er ihr liefern. Aber nur Kriegserfrauen gewähre der Magistrat diese Vergünstigung. Frau R. wollte sich mit einem Zentner begnügen. Der gute Mann veranlaßte sie jedoch, gleich drei Zentner zu bestellen und ließ sich 10 M. zahlen. Die 80 Pf., die übrig blieben, sollten gleich am nächsten Tage bei der Ablieferung der Kartoffeln herausgezahlt werden. Der Mann ließ sich nun noch das Krankenkassenbuch und das Mietquittungsbuch geben und empfahl sich, um nichts wieder von sich hören zu lassen. Die Frau R. sah, hatte er noch mehr Mietquittungsbücher bei sich. Er hat also vorher schon andere Frauen ähnlich betrogen. Der Gauner ist 24-25 Jahre alt, etwa 1,65 Meter groß und unterseht, hat ein freies Gesicht mit kleinen Nadeln, dunkelblondes Haar und einen Anflug von blondem Schurredder und trägt einen schwarzen Ueberzieher mit Pelztragen, einen schwarzen Jacketanzug, einen schwarzen hellen Hut, einen Anzeiger, einen Siegelring und einen silbernen Kettenring. — Die Frauen sollten es sich zum Prinzip machen, keinem Menschen Geld zu übergeben, den sie nicht kennen oder der sich nicht ganz einwandfrei als Hofierer von schuldigen Geldbeträgen ausweisen kann.

Mangelnde Fürsorge in Wilmerdorf.

In der letzten Versammlung eines bürgerlichen Bezirksvereins wurden die wirtschaftlichen Maßnahmen des Wilmerdorfer Magistrats einer recht kräftigen Kritik unterzogen. Der Referent, ein bürgerlicher Stadtbezirkverwalter, sollte den Unterstützungsanstalten Anerkennung, machte jedoch dem Magistrat zum Vorwurf, daß er für die Zukunft sehr wenig getan habe. Das Ersuchen des Magistrats um Erhöhung der Höchstpreise für den Kartoffelverkauf sei schuld an der noch bestehenden Kartoffelmot. Ein anderer Redner teilte mit, daß dem Magistrat Kartoffeln für 250 M. pro Zentner angeboten seien, der Ankauf aber abgelehnt wurde. Von einem weiteren Redner wurden noch die Nöthstände beim Vaterländischen Frauenverein bemängelt. Die Frauen mühten dort 3 bis 4 Stunden stehen, ehe sie abgefertigt würden. Das lasse auf eine mangelhafte Organisation schließen. Da der Magistrat für diese Arbeit erhebliche Mittel zudiehe, so müsse er seinen Einfluß geltend machen, daß derartige Nöthstände beseitigt würden.

Interessant war jedenfalls, was der Stadtrat Wenzel auf diese Beschwerden zu antworten hatte. Er teilte mit, daß die Kriegsdeputation die Auffassung vertritt, es sei nicht richtig, direkt in den Kleinhandel einzugreifen. Es sei allerdings festgestellt worden, daß das Publikum teilweise zu hohe Preise zahlen mußte, aber dies gerade habe die Deputation veranlaßt, für die Heraushebung der Höchstpreise einzutreten. Die ganze Schwierigkeit liege an dem Mangel an geschlossenen Eisenbahnwagen. Soweit der Bericht.

Wie verhält diese Maßnahme der Deputation war, beweist, daß die Kartoffelmot auch jetzt bei den hohen Preisen noch nicht beseitigt ist. Die Erhöhung der Preise hat also noch nicht den Mangel an geschlossenen Eisenbahnwagen behoben.

Brotkarten in Nowawes.

Von Montag, den 1. März d. J., ab erfolgt die Abgabe von Brot und Mehl nur gegen Brotkarten, die von den Hauswirten bzw. deren Stellvertreter auf Grund der Hausliste von dem für den Bezirk zuständigen Vertrauensmann abzuholen und den Mietern auszuhändigen sind. Die Gemeinde ist zu diesem Zweck in 50 Bezirke geteilt, deren Zusammensetzung bekanntgemacht ist. Es werden Brotkarten ausgegeben jedesmal auf die Dauer von vier Wochen, und zwar für jeden Kopf der Bevölkerung eine besondere

Wochenkarte. Zur besseren Unterscheidung der Gültigkeit gelangen die Brotkarten in verschiedener Farbe zur Ausgabe. Die Hauswirte bzw. deren Stellvertreter sind verpflichtet, für alle Zu- und Abgänge in ihrem Hause die polizeiliche An- und Abmeldung dem Vertrauensmann vorzulegen.

Die späte Einführung der Brotkarten in der Gemeinde hat in den letzten Tagen verschiedene Bäckermeister in arge Verlegenheit gebracht. Als ihr Mehlvorrat zur Neige ging, wandten sie sich vergeblich an ihren Lieferanten in Potsdam, weil dieser Mehl nur gegen Abgabe von Brotmarken in entsprechendem Werte abgeben darf. Da auch die Gemeinde keinen Ausweg wußte, mußten sich die Bäckermeister an ihre Kollegen um ausbühweise Hergabe von Mehl wenden, um nicht den Betrieb unterbrechen zu müssen. Nach Einführung der Brotkarten ist eine derartige Störung kaum zu befürchten.

Ueber die Vergebung von Brachland durch die Gemeinde kursieren falsche Gerüchte, die einer Richtigstellung bedürfen. Viele Bewerber, die nach Bekanntwerden der Absicht der Gemeinde, für die verpöchene Pflanzung und Beodierung des Brachlandes eine Abgabe von 3-4 Pf. pro Quadratmeter zu erheben, auf das ihnen zugesicherte Land nachträglich verzichteten, glauben, daß nun Brachland überhaupt nicht zu erhalten sei. Dies ist nicht der Fall. Die Gemeinde vergibt auch jetzt noch Land zum Kartoffel- und Gemüsebau, jedoch nicht gebündelt und geodert.

Das Opfer eines Straßennunfalls wurde gestern nachmittags gegen 2 1/2 Uhr ein 15-16 Jahre alter Knabe, dessen Persönlichkeit noch nicht festgestellt werden konnte. Der Verunglückte wurde an der Ecke der Wein- und Gollnowstraße von einem Kohlenwagen mit seinem von ihm geführten Handwagen gegen die Vordschwelle gedrückt, geriet bei dem heftigen Anprall unter die Hinterräder des Kohlenwagens und wurde überfahren. Seine Verletzung war so schwer, daß er schon auf dem Wege nach dem Krankenhaus an Gehirnleiden verstarb. Der Knabe war bekleidet mit einem hellbraunen Jackett, braungefärbter Hose, grauen Strümpfen und schwarzen Schnürschuhen.

Das Casino-Theater bot am Freitag seinem zahlreich erschienenen Publikum ein neues Stück aus der Feder des Direktors Hans Berg. „Der Herr Kommerzienrat“, ein „Vollblutspiel“, wie sich die anpruchsvolle schwankartige Gelegenheitsarbeit etwas hochtrabend nennt, wurde seiner Bestimmung, die Lockenküsten der Zuhörer zu erregen, in überreichem Maße gerecht. Besonders die Herren Berg und Zimmermann als ewig freisüchtiges Brüderpaar brachten die Lacher auf ihre Seite. Aus dem Spezialitäten-Teil seien die Equilibristen Gebrüder Roberts und der Sportist der Balda Braach rühmend erwähnt. Ueber die mit mehr Schwung als künstlerischer Vergabung und Stimme dargebrachten Gefänge eines Komikers und einer Soubrette möchte man sagen: Da wendet sich der Gast mit Graufen...

Für die Arbeiter-Jugend Berlin-Süd findet heute Sonntag, abends 8 Uhr, in Stellers „Neuer Philharmonie“, Köpenicker Straße 98/97, ein Balladen-Abend statt, bestehend aus Musik, Rezitation und Gesang. Einlaß 10 Pf. Garderobe 15 Pf. Zu dieser Veranstaltung sind die Arbeiterkisten ganz besonders eingeladen.

Arbeiter-Bildungsschule. Heute Sonntag, den 28. Februar, findet im Hörsaal, Lindenstr. 8, IV. Hof rechts, 3 Treppen, der erste Vortrag des Genossen Dr. Franz Diederich statt. Das Thema lautet: Was ist Weltliteratur? Anfang 7 Uhr abends. Eintritt 10 Pf. Die Bibliothek steht gegen Veronalandweiden den Hörern zur Benutzung offen; sie ist am Sonntag von 6 bis 7 Uhr geöffnet. Eintrittskarten für diesen Vortrag sowie für die weiteren vier Abende der Vortragreihe sind an der Abend-Kasse sowie in folgenden Verkaufsstellen zu haben: Oldenburger Str. 10, Restauration Poersch; Gerichtsstr. 19, Restauration Friedrich; Brunnenstr. 150, Restauration Dieckler; Guelandstr. 80, Zigarrengeschäft Schneider; Petersburger Platz 4, Expedition des „Vorwärts“; Rungestr. 80, Zigarrengeschäft Baumann; Engelstr. 18, Zigarrengeschäft Horich; Admiralstr. 40 a, Zigarrengeschäft Schulz; Gabelberger Str. 53/54, Zigarrengeschäft Schröder; Neufölln, Redarstr. 8, Bureau des Wahlvereins (9-1, 5-7 Uhr).

Der Vortrag des Kurius in Lichtenberg muß auch am heutigen Sonntag leider ausfallen. Die Fortsetzung des Zyklus geschieht jedoch bestimmt am Sonntag, den 7. März.

Lieder- und Märchenabend.

Der vierte Wahlkreis veranstaltet heute in Obiglos Festsaal, Kopenstr. 29, einen Lieder- und Märchenabend. Der Eintrittspreis beträgt 10 Pf.; auch für jedes Kind muß ein Eintrittskarte gelöst werden. Kinder unter 6 Jahren haben keinen Zutritt. Eröffnung 4 Uhr, Anfang 5 Uhr. Nachdem: Gemütliches Beisammensein.

Märchenvorlesung. Heute Sonntag, den 28. Februar, von 1/2 bis 1/2 Uhr, liest Friedel Hingz in der Lesehalle der Gesellschaft für ethische Kultur, Rungestr. 25, Märchen vor. Eintritt frei, auch für Erwachsene.

Die Zentralkommission der Krankenkassen Berlins und der Vororte veranstaltet auch in diesem Jahre wiederum hygienische Vorträge, die nachstehend aufgeführt sind. Der Zutritt hierzu ist unentgeltlich.

Am Donnerstag, den 4. März 1915 sprechen über das Thema: „Frauenkrankheiten und ihre Verhütung“ (nur für Frauen): In der Schulaula Rigaer Str. 81/82, Herr Dr. E. Vollmann. Herr Sanitätsrat Dr. J. Margoniner in der Waldenferstr. 20/21. Herr Dr. G. Siebert in der Eberwalderstr. 10. Fel. Dr. E. Blume in der Staller Str. 55/58.

Am Freitag, den 5. März 1915, sprechen über das Thema: „Verdauung beim Gesunden und Kranken“ Herr Dr. E. Rosenthal in der Lillstr. 4/5. Herr Dr. A. Müllerbeim in der Pantstraße 17. Herr Dr. L. Katsowski in der Vasturstr. 5. Herr Sanitätsrat Dr. L. Rogel in der Vergmannstr. 28/29, am Partheienplatz.

In Reich in der 3. Gemeindefchule, Bürgerstraße 23, spricht am Montag, den 1. März, Herr Dr. R. Keil über das Thema: „Geschlechtskrankheiten und Frauenleiden“. (Nur für Frauen.)

In Charlottenburg in der 12. Gemeindefchule, Sophie-Charlotte-Str. 69/70, spricht am Mittwoch, den 3. März, Herr Dr. Ad. Lippmann über: „Anstehende Hautkrankheiten und ihre Verhütung“.

In Köpenick in der Dorotheenschule, Freiheit, spricht am Dienstag, den 2. März, Herr Dr. L. Sienthal über das Thema: „Geschlechtskrankheiten, ihre Entstehung und Verhütung“. (Nur für Männer.)

In Friedenau in Gymnasium am Rahbopplatz spricht am Montag, den 1. März, Herr Dr. J. Sonnenfeld über das Thema: „Gesundheitspflege der Frau“. (Nur für Frauen.)

In Lichtenberg in der Reuen Schule, Marktstr. 10/11, spricht am Dienstag, den 2. März, Herr Professor Dr. Th. Sommerfeld über: „Bekämpfung der Tuberkulose“.

In Lichtenberg in der Gemeindefchule, Kronprinzenstr. 10, spricht am Donnerstag, den 4. März, Herr Dr. E. Engel über: „Frauenkrankheiten und ihre Verhütung“. (Nur für Frauen.)

In Reinickendorf im Gymnasium, Kaiserstr. 17-21, spricht am Donnerstag, den 4. März, Herr Dr. A. Jacobssohn über: „Behandlung nervöser Krankheiten“.

In Neufölln in der Albrecht-Dürer-Ober-Realschule, Emser Straße 124, spricht am Freitag, den 5. März, Herr San. Rat Dr. Großer über: „Epidemien im Kriege“.

In Panow in der 2. Gemeindefchule, Granotstr. 17, spricht am Donnerstag, den 4. März, Herr Dr. R. Cohnheim über: „Gesundheitsmäßiger Gebrauch von Genussmitteln“.

In Reinickendorf-Ost in der 1. Gemeindefchule, Lindauer Straße, spricht am Mittwoch, den 3. März, Herr Sanitätsrat Dr. Löwenstein über: „Geschlechtskrankheiten und ihre Verhütung“. (Nur für Männer.)

In Reinickendorf-West in der 5. Gemeindefchule, Auguste-Viktoria-Allee 37, spricht am Donnerstag, den 4. März, Herr Dr. A. Rabe über: „Die Tuberkulose und ihre Verhütung“.

In Schöneberg in der 10./11. Gemeindefchule, Feuerstraße 57/58, spricht am Dienstag, den 2. März, Herr Dr. J. Sonnenfeld über: „Hygiene des Weibes“. (Nur für Frauen.)

In Steglitz in der Gemeindefchule, Plantagenstr. 8/9, spricht am Mittwoch, den 3. März, Herr Dr. H. Feilchenfeld über: „Die Pflege des Auges“.

In Zehlendorf in der Gemeindefchule, Treschowstr. 26/27, spricht am Dienstag, den 2. März, Herr Dr. D. Kaiserling über: „Erkennung und Bekämpfung von Krankheiten mittels Röntgenbehandlung“.

In Tempelhof in der Gemeindefchule Friedrich-Wilhelm-Straße 72/74, spricht am Dienstag, den 2. März, Herr Sanitätsrat Dr. Margoniner über: „Einige Eigentümlichkeiten der Geschlechtskrankheiten bei Frauen“. (Nur für Frauen.)

In Weitzensee in der Gemeindefchule Wilhelmstr. 41/42, spricht am Freitag, den 5. März, Herr Dr. Lopp über: „Jugendverlehen“.

Sämtliche Vorträge beginnen abends pünktlich um 8 Uhr.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein i. d. 6. Berl. Reichstagswahlkreis.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Wahlkreis Franz Schmalowsky
Ullrichstr. 12a
am 25. Februar verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Montag, den 1. März, um 12 Uhr im Krematorium, Gerichtsstraße, statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Verband der Steinsetzer, Pfisterer u. Berufsg. Deutschlands
Filiale Berlin.
Nachruf.
Am 12. Februar fiel auf dem Schlachtfelde im Osten unser langjähriger Mitglied, der Steinsetzer Paul Tschacher
im Alter von 30 Jahren.
Ehre seinem Andenken!
Der Vorstand der Filiale Berlin.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unsere liebe Tochter und Schwester
Berta Berger
nach langem, schwerem Leiden im Alter von 19 Jahren sanft entschlafen ist.
Die trauernden Eltern und Geschwister Familie Berger.
Die Beerdigung findet am Montag, den 1. März, nachmittags 4 Uhr, vom Trauerhause Eulerstraße 15, nach dem Sophienkirchhof, Friedenwälderstraße, aus statt.
6821

Männlicher Olympia (R. d. D. u. S. O.)
Bei den Kämpfen im Osten fiel unser braver Sangesbruder, der Unteroffizier des Landsturms Georg Spiller.
Sein Ieder und aufrichter Charakter wird ihm bei uns für alle Zeiten ein ehrendes Andenken bewahren.
11826
Der Vorstand.

Nachruf.
Hiermit die traurige Nachricht, daß als Opfer des Weltkrieges unser lieber, braver Kollege, der Mechaniker
Willi Schwerdt
am 3. Dezember im Lazarett in Brüssel an den Folgen eines schweren Kopfschusses sein Leben lassen mußte.
7021
Die Kollegen der Deutschen Telephonwerke
Abt. Daase.

Willi Schwerdt
am 3. Dezember im Lazarett in Brüssel an den Folgen eines schweren Kopfschusses sein Leben lassen mußte.
7021
Die Kollegen der Deutschen Telephonwerke
Abt. Daase.

Arbeiter-Jugend Berlin
Schönhauser Vorstadt
Auf dem Kriegsschauplatz im Westen fiel unser Kollege, der Russticker
Herbert Hagedorn
im 19. Lebensjahre.
290/5
Die Jugendbewegung verliert in ihm einen eifrigen Mitarbeiter.

Robert Herbst
im Alter von 26 Jahren.
Ehre werden sein Andenken in Ehren halten.
Die Kollegen der Buchdruckerei Jmburg u. Lessing, Berlin.
1774b

Agnes Szotek
sage ich allen Verwandten, Freunden, Kollegen und Bekannten, insbesondere dem Genossen Ramasse für die tröstlichen Worte am Ende der Beerdigung meinen aufrichtigen Dank.
Stanislaus Szotek
11815
Lichtenberger Str. 6.

Agnes Szotek
sage ich allen Verwandten, Freunden, Kollegen und Bekannten, insbesondere dem Genossen Ramasse für die tröstlichen Worte am Ende der Beerdigung meinen aufrichtigen Dank.
Stanislaus Szotek
11815
Lichtenberger Str. 6.



Dem Andenten unserer auf dem Kriegsschauplatz
gefallenen Genossen!

Am 16. Februar starb im Refektorium des Lazarets in
unser Genosse

Georg Friedrich

Hilfsbürger Str. 15.

204/9 Sozialdemokr. Wahlverein f. d. 1. Berliner Reichstagswahlkr.

Am 31. Januar fiel im Ruhland der Genosse

Oskar Kramer

Schlauer Str. 19. Bez. 108.

221/8 Sozialdemokr. Wahlverein f. d. 2. Berliner Reichstagswahlkr.

Bei dem Kampfen im Westen fiel unser Genosse, der Klempner

Emil Perner

Brinzenstr. 58. Bez. 296.

200/18 Sozialdemokr. Wahlverein f. d. 3. Berliner Reichstagswahlkr.

Am 12. Februar fiel im Frankreich unser Bezirksführer, der
Metallarbeiter

Wilhelm Hennig

Heidensteinstr. 30. Bez. 198 IL.

Am 15. Januar starb im Lazarett in Frankreich infolge einer
Verwundung der Hüftknochen

Alfred Herold

Hochstr. 22. Bez. 330.

220/1 Sozialdemokr. Wahlverein f. d. 4. Berliner Reichstagswahlkr.

Am 7. Februar fiel im Osten der Metallarbeiter

Friedrich Reinke

Wit-Moabit 12. Abt. Bez. 685.

Am 5. Februar verstarb im Feldlazarett zu Weidweg der Arbeiter

Ferdinand Jonas

Koloniestr. 20. 19. Abt. Bez. 826.

Am 14. September fiel im Westen der Aufhänger

Paul Köppen

Schlauer Str. 5. 6. Abt. Bez. 570a.

Am Feldlazarett zu Richowica verstarb an den Folgen eines
Gehirnschlagisses der Metallarbeiter

Karl Mütze

Geschäftsstr. 7. 10. Abt. Bez. 651.

Am 22. Oktober fiel am Pteranal der Metallarbeiter

Paul Zeh

Häckerstr. 19. 11. Abt. Bez. 604.

202/17 Sozialdemokr. Wahlverein f. d. 6. Berliner Reichstagswahlkr.

Im Westen gefallen der Voltierer

Max Drozdinski

Hohenjohannplatz 17. 10. Bez.

228/1 Sozialdemokratischer Wahlverein Neukölln.

Im Ruhland fielen am 16. Februar die Genossen

Georg Spiller

Graefstr. 25. 9. Bez.

und

Karl Paul

Graefstr. 49. 9. Bez.

190/16 Sozialdemokr. Wahlvereine Treptow-Baumschulenweg.

Am 21. November 1914 erlag der Genosse

Karl Naubereit

Am 20. November 1914 bei Chivres erhaltenen schweren Ver-
letzungen.

Sozialdemokratischer Wahlverein Nieder schönowide.

Deutscher Transportarbeiter-Verband

Bezirk Groß-Berlin.

Folgende Kollegen sind im Felde gefallen:

Karl Engel, Straßenbahner.

Gustav Jarchow, Geschäftsführer.

Konrad Klose, Geschäftsführer.

Hermann Koch, Industriearbeiter.

Karl Paris, Selterkutscher.

Johann Sukowski, Industriearbeiter.

Franz Schnell, Geschäftsführer.

Adolf Standt, Kollkutscher.

Willi Zinnke, Industriearbeiter.

Ehre ihrem Andenten!

61/8 Die Bezirksleitung.

**Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter
und verwandter Berufsgenossen.**

Zahlstelle Berlin.

Als Opfer des Weltkrieges sind folgende Kollegen
im Felde gefallen:

Fritz Karnetzki, Flaschenkellerarbeiter
Brauerei Niesed.

Wilhelm Kwasy, Fassbiermischer
Bergschloßbrauerei.

August Behme, Müller
Solomonmühle.

Rudolf Schieche, Flaschenkellerarbeiter
Brauerei Schultheiß, Abteilung IV.

Ehre ihrem Andenten!

47/19 Die Ortsverwaltung.

Deutsch. Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.

Es starben folgende Mitglieder im Felde:

Karl Mütze, Metallarbeiter

geb. 12. 6. 1888 zu Gröden.

Albert Gromadecki, Schmied

geb. 10. 8. 1880 zu Dresden.

Wilhelm Hennig, Metallarbeiter

geb. 25. 2. 1888 zu Obergörzig.

Paul Roth, Schlosser

geb. 11. 12. 1887 zu Dresden.

Wilhelm Teichmann, Schlosser

geb. 30. 10. 1886 zu Schrebenborf.

Willi Paul, Schlosser

geb. 4. 3. 1889 zu Belgig.

Gustav Hawlitzki, Dreher

geb. 7. 9. 1883 zu Böhsitz.

Emil Perner, Klempner

geb. 18. 5. 1882 zu Frankfurt.

Paul Fuchs, Metallarbeiter

geb. 27. 12. 1896 zu Döl.

Willi Zanke, Schlosser

geb. 8. 6. 1882 zu Raumburg.

Paul Beitsch, Schlosser

geb. 16. 11. 1882 zu Tschernowitz.

Alfred Vogelsang, Former

geb. 21. 5. 1885 zu Berlin.

Otto Wunsch, Kerumacher

geb. 14. 3. 1882 zu Berlin.

Joseph Hecht, Mechaniker

geb. 25. 7. 1890 zu München.

Willi Sukrow, Schlosser

geb. 5. 3. 1891 zu Granice.

Ehre ihrem Andenten!

132/19 Die Ortsverwaltung.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verwaltung Groß-Berlin.

Gefallen sind folgende Mitglieder:

Otto Losenski, Bezirk Reinickendorf.

Richard Seifert, Bezirk Schönberg.

Karl Schröder, Bezirk Charlottenburg.

Ehre ihrem Andenten!

3/6 Die Ortsverwaltung.

Verband der Maler, Lackierer etc.

Filiale Berlin.

Auf dem Schlachtfelde in Frankreich fiel am 2. Januar unser
Mitglied, der Maler

Max Herling

(Bezirk Steglitz).

Ehre seinem Andenten!

128/11 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Zahlstelle Berlin.

Im Felde gefallen sind folgende Mitglieder:

Alfred Herold, Tischler, 26 Jahre alt,
am 15. 1. im Kampf gegen Frankreich.

Emil Höhne, Tischler, 40 Jahre alt,
am 9. 1. im Kampf gegen Frankreich.

Willi Glaser, Bergarbeiter, 27 Jahre alt,
am 20. 12. im Kampf gegen Rußland.

Gustav Schulz, Tischler, 27 Jahre alt,
im Kampf gegen Frankreich.

Silvester Koslowski, Tischler, 29 Jahre alt,
im Kampf gegen Frankreich.

Max Züge, Tischler, 38 Jahre alt,
am 18. 11. im Kampf gegen Rußland.

Ehre ihrem Andenten!

97/10 Die Ortsverwaltung.



In Erfüllung seiner Pflicht und
fern von seinen Lieben fiel am
30. Januar 1915 im Gefecht im
Osten mein lieber Sohn, unser
guter Bruder, Schwager und
Onkel, der Gefahrgewerks

Alfred Jähn

im 26. Lebensjahre. 11575

In tiefer Trauer

Gottlieb Jähn
nebst Angehörigen.

Ein jeder, der Dich hat gekannt
und auch Dein treues Herz,
Der drückt uns nun noch
die Hand
In diesem tiefen Schmerz.

Am 4. September 1914 starb
den Heldentod in Belgien mein
innigstgeliebter Mann, der herzengute,
treuerorgende Vater seines
Kindes, Sohn, Schwager, Bruder,
Schwager und Onkel,
der Wehmann

Emil Perner

im 33. Lebensjahre.
In tiefem Schmerz
Hedwig Perner geb. Hays
und Tochterchen Loni,
Brinzenstr. 58.

Es ist ein bitteres Leben,
Auf nimmer, nimmer Wiederseh'n.
Ich, unter allen Erdensleiden
kann tiefer kein zu Herzen geh'n.
Nicht einmal in die Augen blicken,
Die uns so lieb stets angeschaut
Nicht einmal innig an sich drücken,
Das Rechte, dem wir fest vertraut
Für uns so früh, er war so gut,
Ruhe in Frieden. 11906
So fern von Deinen Lieben.

**Deutscher
Transportarbeiter-Verband.**

Bezirksverwaltung Groß-Berlin.

Den Mitgliedern zur Nach-
richt, daß unser Kollege, der
Arbeiter

Georg Bärwinkel

am 26. d. Mts. im Alter von
32 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenten!

Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 2. März, nach-
mittags 3 Uhr, von der Leichen-
halle des Heilmanns-Kirchhofes,
Niederjohann-Nordend, aus
statt.

Um rege Beteiligung wird er-
sucht.

Den Mitgliedern ferner zur
Nachricht, daß unser Kollege, der
Drogschleifer

Ernst Hagen

von der Birna-Regelnd, Andreas-
straße, am 25. d. Mts. im Alter
von 58 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenten!

Die Beerdigung findet am
Montag, den 1. März, nach-
mittags 3 Uhr, von der Leichen-
halle des Heilmanns-Kirchhofes,
Friedens-
straße, aus statt.

N a c h r u f.

Den Mitgliedern ferner zur Nach-
richt, daß unser Kollege, der
Arbeiter

August Kucki

am 20. d. Mts. im Alter von
54 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenten!

61/9 Die Bezirksverwaltung.

**Zentral-Kranken- u. Sterbekasse
der deutschen Wagenbauer.**

Ortsverwaltung Berlin 9.

Den Mitgliedern hiermit zur
Nachricht, daß unser Mitglied, der
Sattler

Ferdinand Franke

am Mittwoch, den 24. Februar,
verstorben ist.

Ehre seinem Andenten!

Die Beerdigung findet am
Montag, den 1. März, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Elisabeth-Kirchhofes,
Brinzenallee, aus statt.

Um rege Beteiligung bitten

259/2 Die Ortsverwaltung.

Männerchor Moabit.

Den Mitgliedern zur Nach-
richt, daß unser lieber Sangesbruder,
der Metallarbeiter und Unter-
offizier

Fritz Reinke

am 7. Februar ex. auf dem
Schlachtfelde im Osten ge-
fallen ist.

Ehre seinem Andenten!

4/9 Der Vorstand.

**Sozialdemokratischer Wahlverein
Kreis Niederbarnim.**

Bezirk Pankow.

Am 26. Februar verstarb in-
folge Erkrankung bei den Arme-
einsatzarbeiten im Osten unser
Genosse, der Maurer

Alfred Fechner

im Alter von 26 Jahren.

Ehre seinem Andenten!

Die Beerdigung findet morgen
Montag, den 1. März, nachmittags
4 1/2 Uhr, von der Halle des
Pankower Gemeindefriedhofes in
der Schönholzer Heide aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht

261/3 Die Bezirksleitung.

Deutscher Bauarbeiterverband.

Zweigeverein Berlin.

Bezirk Pankow.

Am 26. Februar starb unser
Mitglied, der Maurer

Alfred Fechner.

Ehre seinem Andenten!

Die Beerdigung findet am
Montag, den 1. März, nachmittags
4 1/2 Uhr, von der Halle des
Pankower Gemeindefriedhofes in
der Schönholzer Heide aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht

146/1 Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiterverband.

Zahlstelle Berlin.

Nachruf.

Den Mitgliedern zur Nach-
richt, daß unser Kollege, der
Bodenleger

Albert Liskow

Wiener Str. 19

im Alter von 71 Jahren ge-
storben ist.

Ehre seinem Andenten!

Die Beerdigung fand am
Donnerstag, den 25. Februar,
auf dem alten Thomas-Kirchhof
statt.

67/11 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Bauarbeiterverband.

Zweigeverein Berlin.

Bezirk Pankow.

Am 8. Februar starb den
Heldentod mein innigstgeliebter
Mann, herzenguter Vater, Sohn,
Schwiegerjohn, Bruder, Schwager
und Onkel

Leopold Caccia

Unteroffizier d. Reg.-Inf.-Reg. 48.

Dies gelien tiefbetrabt an

Ida Caccia geb. Krüger
und Tochter.

Im Feindesland Dein treues
Auge brach.

Dein gold'nes Herz hat seinen
letzten Schlag.

Zum fernem Grab schweigt
tränenüber mein Blick.

In weher Klage um verlor'nes
Blut.

15/20

Deutscher Bauarbeiterverband.

Zweigeverein Berlin.

Bezirk Pankow.

Bei den Armeigungsarbeiten im
Osten schwer erkrankt, starb am
26. Februar, 26 Jahre alt, unser
einziger, herzenguter Sohn, der
Maurer

Alfred Fechner.

Ehre seinem Andenten!

Die Beerdigung findet am
1. März, nachmittags 4 1/2 Uhr,
von der Leichenhalle des dritten
Pankower Gemeinde-Friedhofes,
Bahnhofstraße, Schönholzer Heide,
aus statt.

66/1

Umbelium

durch die politische Lage hatten wir, wie stets, frühzeitig und in gewohnt großzügiger Weise für das Frühjahr disponiert.

Wir konnten daher den für unsere 14 Geschäfte notwendigen gewaltigen Bedarf noch in gewünschter Reichhaltigkeit und zu sehr niedrigen Preisen einkaufen.

Von der inzwischen eingetretenen Knappheit an Ware, welche die Preise jetzt von Tag zu Tag höher steigen lässt, werden wir also in keiner Weise betroffen.

Sie finden daher auch jetzt — wie man es bei uns gewöhnt ist —

grosse Auswahl und ungewöhnlich niedrige Preise

Sie können davon profitieren, wenn Sie Ihre Einkäufe für das Frühjahr möglichst bald bei uns besorgen.



C & A
BRENNINKMEYER G.M.B.H.

Sonntags geschlossen

Königstrasse 33
Am Bahnhof Alexanderplatz

Chausseestr. 113
Beim Stettiner Bahnhof

Verband der Freien Volkshäuser

Sonntag, 28. Februar.
Nachmittags 2 1/2 Uhr:
Deutsches Theater: Jedermann.
Nachmittags 3 Uhr:
Volkshäuser, Theater am Bülowplatz:
Die Kreuzschreiber.
Schiller-Theater Charlottenburg: Die Hermannschlacht.
Vesting-Theater: Kiliom.
Deutsches Opernhaus: Fra Diavolo.
Abends 8 1/2 Uhr:
Volkshäuser, Theater am Bülowplatz:
Sonntag und Mittwoch: Die Kreuzschreiber. Montag, Dienstag, Donnerstag und Sonnabend: Der Strom. Freitag: Sankt Erichsen.

Theater für Sonntag, 28. Februar:

Berliner Theater
8 Uhr: „Extrablätter!“

Deutsches Künstler-Theater
7 Uhr: Egmont.

Deutsches Opernhaus, Charlottenb.
3 Uhr: Fra Diavolo.
7 Uhr: Lohengrin.

Friedrich-Wilhelmsplatz, Theater.
3 Uhr: Gasparone.
8 Uhr: Die Fledermaus.

Gebr. Herrfeldt-Theater
8 Uhr: Familie Plasehek.
Hilfbring contra Helfbring.

Kleines Theater
8 Uhr: Der kategorische Imperativ.
3 1/2 Uhr: Jettchen Gebert.

Komische Oper
3 1/2 Uhr: MIB Lillan.
8 10 Uhr: Gold gab ich für Eisen

Komödienhaus
3 Uhr: Kammermusik.
8 Uhr: Bunter Abend.

Lessing-Theater
3 Uhr: Lillom.
8 Uhr: 2 x 2 = 5.

Lustspielhaus
3 1/2 Uhr: Das Leutnantsmüchel.
8 1/2 Uhr: Die Orientreise.

Metropol-Theater
7 1/2 Uhr: Woran wir denken!

Montis Operetten-Theater
3 Uhr: Der Tsch. Ehemann.
8 Uhr: Der liebe Pepl.

National-Theater
3 1/2 Uhr: Nachmittagsvorstellung.
8 1/2 Uhr: Wenn der Landsturm kommt.

Residenz-Theater
3 Uhr: Das Glück im Winkel.
8 Uhr: Die Schöne vom Strand.

Rose-Theater

3 Uhr: Else vom Erlenhof.
8 Uhr: Die heilige Not.

Schiller-Theater O.
8 Uhr: Der Siörenfried.

Schiller-Th. Charlottenbg.
3 Uhr: Die Hermannschlacht.
7 1/2 Uhr: Faust I.

Thalia-Theater
3 Uhr: Jugend.
8 Uhr: Kam'rad Männe.

Theater am Nollendorfpl.
3 1/2 Uhr: Der Graf v. Luxemburg.
8 1/2 Uhr: Immer feste druff!

Theater des Westens
8 Uhr: Rund um die Liebe
3 Uhr: Die Räuber.

Theater in der Königgrätzer Straße
3 1/2 Uhr: Kabale und Liebe.
8 Uhr: Hedda Gabler.

Trianon-Theater

3 1/2 Uhr: Das Liebesnest.
8 1/2 Uhr: Das Schloß am Meer

Volkshäuser, Theater am Bülowplatz
3 Uhr: Die Kreuzschreiber.
8 1/2 Uhr: Die Kreuzschreiber.

Walhalla-Theater
3 Uhr: Krümel vor Paris.
8 Uhr: 1914.

URANIA Tanbenstr. 48/49.

4 Uhr (Halbe Preise):
Die Weichsel und die masur. Seen.
Abends 8 Uhr:
Auf u. Schlachtfeldern Ostpreußens

Montag 4 Uhr (Halbe Preise):
Die Weichsel und die masur. Seen.
8 Uhr: Prof. Seeindorf:
Der Suezkanal, Aegypten u. England

Theater-Folies-Caprice

8 1/2 Uhr: Fossen-Theater
Sprechstunde.
Ein angenehmer Herr.
Martin Kettner a. G.

Casino-Theater.

Lothringers Straße 37. Täglich 8 Uhr.
Das neue dreifache Volkstheater:
Der Herr Kommerzienrat.
Dazu das erstklass. Spezialität.-Prog.
Regierliche Kriegsbilder ufm. ufm.
Deute 4 Uhr: Durch Klippen u. Wellen

WINTERGARTEN

Heute
2 Vorstellungen 2
Nachm. 3 Uhr
Abends 8 Uhr
Letztes Auftreten des Februar-Spielplans.

Kleine Preise!
Kinder nachm. halbe Preise!
Montag, den 1. März:
Vollständig neuer Spielplan!

Zirkus Albert Schumann

Sonntag, den 28. Februar:
2 Große Vorstellungen 2
nachm. 3 1/2 u. abds. 7 1/2 Uhr.
Nachm. hat jeder Erwachsene auf allen Sitzplätzen 1 Kind unt. 12 Jahr. frei, jed. weitere Kind unt. 12 Jahren die Hälfte.
In beid. Vorstellung. ungekürzt:
Ost und West.
In der Nachmittagsvorstellung wird in d. Schaustück nicht geschossen. In beid. Vorstellg.: Saxon-Trio mit ihrer lebenden Automobilbrücke. — 4 Clowns. Octavios dressierte Affen, Hunde und Katzen.
Weises 5 Bären.

Voigt-Theater.

Badstr. 58. Badstr. 58.
Deute Sonntag, den 28. Februar:
Gold und Liebe.
Schauspiel in 4 Akten und 5 Bildern.
Montag, den 1. März:
Ertämpftes Blut oder: Kinder des Volkes.
Koffeneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.

Palast-Theater am Zoo
Anfang 8 Uhr:
Zum letztenmal:
Mutchen hat's Wort!
Heute Sonntag, 3 1/2 Uhr:
Flachmann als Erzieher.
Kleine Preise.

Palast-Theater am Zoo
Ab 1. März täglich 8 Uhr:
Varieté u. Lichtspiele

Reichshallen-Theater.

Stettiner Sänger.
Weihnachtsabend
im Schützen-graben
von Regal.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Das Weltwunder Beleuchtung!

Keine Petroleumnot mehr!
Das schönste und effektivste Licht der Gegenwart.
10 Brennstunden 10 Pl.
Vollständig gefahrlos u. einfache Handhabung.
Preis pro Lampe komplett 6 M.
H. Weinberg, Wilmersdorf.
Güntzelstr. 59 I. 216/3

Lichterfelder Kranken- und Sterbekasse für sämtliche Berufsweige (Ersatzkasse).

Gemäß §§ 37/55 der Krankenversicherung bringen wir hierdurch zur Kenntnis, daß die
General-Versammlung für das Jahr 1915
am Sonntag, den 25. April 1915, vormittags 9 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus zu Berlin, Engeliner 15, stattfindet.
Die Generalversammlung hat sich mit der Annahme der Jahresrechnung, der Entlastung des Vorstandes, der Wahl der Revisionskommission, mit Anträgen zur Kostenfassung und Beschlüssen der Mitglieder ufm. zu beschäftigen.
Die Abgeordneten werden durch besondere Einladungen benachrichtigt.
Der Vorstand.

Bekanntmachung.

Am 18. März d. J. wird die Betriebskassenliste der Stadtgemeinde Berlin von Alexanderstraße 39/40 nach Landsberger Straße 43/47, Ecke Katharinen- und Landwehrstraße 25/29, 1. Stock, verlegt. Der Eingang zum Kassenlokal befindet sich
Landwehrstraße 25/29.
Begen dieses Umanges bleibt die Kasse vom 17. bis 19. März 1915 geschlossen.
Der Vorstand der Betriebskassenkasse der Stadtgemeinde Berlin.
ges.: v. Schulz.

Möbel

in einfacher und eleganter Ausführung, komplette Wohnungs-Einrichtungen in jeder gewünschten Preislage erhält man unter günstigsten Zahlungsbedingungen bei

KREDIT-FEDER

Hauptgeschäft Norden: Brunnenstrasse 1
Zweiggeschäft Süden: Kottbus. Damm 103
Zweiggeschäft Osten: Frankf. Allee 350
Zweiggeschäft Westen: Charlottenbg., Scharrenstr. 5

Insige meines fast 25jährigen Bestehens am Platze bürgt Ihnen der gute Ruf meiner Firma für fachmännische Bedienung, sowie für Lieferung allerbesten Fabrikate.

In gesonderten Abteilungen:
Frühjahrs-Neuheiten
Damen-Kostüme, Mäntel
Kleider, Blusen, Röcke
Covercoat - Paletots

Herren - Anzüge
Herren-Paletots
Kinder-Garderobe
Wäsche, Schuhwaren
Grosse Damen-Hut-Ausstellung.

Spezialhaus für solide Teppiche
Prachtstücke 6.—, 10.—, 20.— bis 300.— Mark
Portieren, Möbelstoffe, Schlafdecken, Gardinen, Steppdecken, Wolldecken (fürs Feld)
Deutsches Teppichhaus
Emil Lefevre
Berlin S Oranienstr. 158
Spezialkatalog kostenlos und portofrei.

Verlustlisten.

Die Verlustliste Nr. 161 der preussischen Armee enthält Verluste folgender Truppen:

- 1. und 5. Garde-Reg.; Garde-Regiment Alexander und Franz; Garde-Jäger-Bat.; Gren.-hgw. Inf.-hgw. Inf.-Regiment Nr. 3, 4, 6, 9, 11, 12, 21, 22, 30, 39, 41, 42, 43, 45, 52, 53, 55, 56, 59, 65, 66, 76, 78, 81, 84, 85, 86, 88, 89, 92, 93, 95, 99, 110, 113, 116, 117, 118, 125, 139, 140, 144, 151, 164, 165, 169, 170, 171, 173, 175; Kombiniertes Inf.-Reg. v. Weber; Inf.-Regiment Nr. 5, 7, 11, 16, 17, 18, 19, 21, 25, 26, 27, 33, 37, 40, 51, 52, 55, 56, 63, 66, 67, 68, 74, 79, 82, 83, 86, 87, 88, 91, 111, 120, 201, 204, 205, 208, 209, 215, 220, 222, 225, 226, 227, 229, 231, 232, 234, 235, 250; Landw.-Inf.-Regiment Nr. 22, 23, 40, 78, 110, 116; Landw.-Erf.-Regiment Nr. 1, 2; Brig.-Erf.-Bataillone Nr. 16, 37, 39, 43, 49, 50, 86; Landw.-Brig.-Bataillone Beuthen i. Ob.-Schles. 2. I Breslau, Bruchsal, 2. Warschau, Natowitz, 11 und 111 Münster, Reihe, Reinfahrwasser, 2. und 3. Posen und Nr. 52; Landw.-Erf.-Bataillone Altengrabow, Guben, Weh.; Jäger-Bataillone Nr. 2, 5, 11; Inf.-Jäger-Bataillone Nr. 4, 10, 21; 1. Erf.-Maschinengew.-Komp. des 6. Armee Korps. 1. Garde-Drig.; Kür. Nr. 7; Dragoner Nr. 9, 13, 17, 18; Husaren Nr. 8; Ref.-Kavallerie Nr. 4, 5; Jäger zu Pferde Nr. 3, 5, 7; Ref.-Erf.-Est. des 20. Armee Korps. Ref.-Regiment Nr. 5, 6, 7, 16, 25, 31, 33, 34, 35, 38, 40, 51, 60, 67, 72, 73, 76, 80, 81 83; Ref.-Feldart.-Regiment Nr. 14, 15, 22. Ruhart-Regiment Nr. 6, 9, 11; Ref.-Ruhart-Reg. Nr. 2. Pion.-Regiment Nr. 20, 29; Pion.-Bataillone: 1. Garde, 1. Nr. 1, II. Nr. 2, I. Nr. 3, I. Nr. 5, I. Nr. 10, I. Nr. 17; Erf.-Pion.-Bat. Nr. 6. Eisenbahn-Baukompanien Nr. 15 und 20; Belagerungs-Telegraphen-Abt. des 2. Armee Korps. Inf.-Munitions-Kol. Nr. 2 des 11. und 12. Munitions-Kol. Nr. 5 des 1. Armee Korps. Artillerie-Kompanie; Artillerie-Kompanie, 3. Btl. Gläser; Artillerie-Bataillone Nr. 8 und 15; Artillerie-Kompanien Nr. 174 und 18; Arbeiter-Komp. Nr. 2. Landw.-San.-Komp. Nr. 21; Feldlazarett Nr. 5 und 7 des 2. Nr. 9 des 17. Armee Korps und Nr. 19; Festungs-Lazarett Reg.-Wagazin-Park-Abt. Nr. 6 des 10. Reserve Korps; Pferde-Farmstelle der 1. Kav.-Div.

Die Bayerische Verlustliste Nr. 157 bringt Verluste des 1., 3., 8., 11., 12., 13., 15., 16., 19., 20., 21. Inf.-Reg.; Inf.-Regiment Nr. 2, 3, 4, 6, 10, 13; Landw.-Inf.-Regiment Nr. 4, 15; Erf.-Inf.-Reg. Nr. 4; Landw.-Inf.-Bataillone Wittingen, Kempen, Ludwigsb. a. Rh., 5. und 6. Feldart.-Reg.; Ref.-Jäger-Reg. Nr. 3; Landw.-Jäger-Bat. Nr. 3, 1, 2 und 3. Pion.-Bat.; 1. und 2. Landw.-Pion.-Komp.; Ref.-Train-Abt. Nr. 1; Stappen-Munitions-Kol. Nr. 1. Die Verlustliste Nr. 20 der Kaiserlichen Marine wird veröffentlicht. Die württembergische Verlustliste Nr. 126 enthält Verluste der Brig.-Erf.-Bataillone Nr. 52, 54; Landw.-Inf.-Reg. Nr. 119; Inf.-Reg. Nr. 120; Ref.-Inf.-Reg. Nr. 120; Landw.-Inf.-Regiment Nr. 120, 121; Inf.-Reg. Nr. 122; Landw.-Inf.-Reg. Nr. 125, 126; Landw.-Inf.-Bat. Schlagen; 2. Landw.-Pion.-Komp.; Stappen-Infanterie-Kolonnen Nr. 1.

Die Landesversicherungsanstalt Brandenburg im Jahre 1913.

Die Landesversicherungsanstalt Brandenburg umfaßt alle diejenigen Personen, deren Beschäftigungsort in der Provinz Brandenburg liegt, soweit sie nicht einer der vom Bundesrat zugelassenen Kassenvereinigungen (Preussische-Eisenbahngemeinschaft, Norddeutsche Knappschaftspensionskasse (Knappschaftsverein Guben) angehören. Hierzu treten gemäß Beschluß des Bundesrats die in der Provinz Brandenburg wohnenden Hausgewerbetreibenden der Tabakfabrikation und der Textilarbeiter, Polnische Arbeiter russischer oder österreichischer Staatsangehörigkeit sind, sofern sie in land- oder forstwirtschaftlichen Betrieben oder in deren Nebenbetrieben beschäftigt werden, von der Versicherungsspflicht befreit, jedoch haben die Arbeitgeber, welche solche Ausländer beschäftigen, den auf sie entfallenden Beitragsanteil in der Versicherungsanstalt zu zahlen. Die Zahl der Versicherten läßt sich nicht genau feststellen. Rechnet man nach der Zahl der verzeichneten Beitragsmarken auf den Versicherten durchschnittlich 15 Wochenmarken, dann zählte die Anstalt Brandenburg 1 125 000 Versicherte.

Alters- und Invalidenrenten.

Im Jahre 1913 wurden 1079 Anträge auf Bewilligung der Alters- und 12 938 Anträge auf Bewilligung der Invalidenrente gestellt. Hierzu kommen noch aus dem Vorjahre 14 un erledigt gebliebene Alters- und 816 Invalidenrentenanträge. Insgesamt lagen demnach 1093 Anträge auf Bewilligung der Alters- und 13 754 Anträge auf Bewilligung der Invalidenrente vor. Von 1093 Altersrentenanträgen wurden 888 = 81,24 Proz. bewilligt und 205 = 18,76 Proz. abgelehnt. Die Ablehnung mußte in allen Fällen wegen Nichterfüllung der Voraussetzungen erfolgen. Von 13 754 Invalidenrentenanträgen wurden 88,2 Proz. auf die Männer und 11,8 Prozent auf die Frauen. Am Schlusse des Jahres 1913 zählte die Anstalt Brandenburg 7017 Altersrentner. Die Höhe einer Altersrente schwankt zwischen 110,40 bis 230,40 M.

Von den 13 754 Invalidenrentenanträgen wurden 9774 gleich rund 71 Proz. bewilligt und 3980 = 29 Proz. abgelehnt. Die Ursache für die Ablehnung war allein in 1688 Fällen = 80 Proz. aller Ablehnungen — noch nicht vorliegende Invalidität. Invalidität wird nicht als vorliegend erachtet, wenn der Arzt erklärt, daß der Patient immer noch das gefehliche Rohdrittel auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt verdienen kann. Das Rohdrittel in der Provinz Brandenburg schwankt zwischen 60 M. bis 120 M. Diese Art der freizüglichen Begutachtung erfährt eine eigenartige Beleuchtung durch die Tatsache, daß in 264 Fällen im Berufungsverfahren die Ablehnungsbescheide der Versicherungsanstalt durch die Oberversicherungsämter aufgehoben und den Rentenbescheidern die Invalidenrente zuerkannt wurde; in weiteren 171 Fällen ließ es die Anstalt erst gar nicht zu einer Entscheidung kommen, sondern erkannte die Invalidität an. Diese Tatsache illustriert das „Erwerbsfähig“-Arbeiten durch die Kreisärzte in genügender Weise. In 214 Fällen erfolgte die Ablehnung der Invalidenrente wegen Nichterfüllung der Voraussetzungen. Von 100 Invalidenrentnern entfallen auf die Männer 57,3; auf die Frauen 42,7. Am Jahres-schlusse 1913 zählte die Anstalt Brandenburg 64 359 Invalidenrentner. Der Jahresdurchschnitt einer Invalidenrente schwankt zwischen 116,40 bis 281 M.

Pflichtversicherung.

Insgesamt lagen im Berichtsjahre 1319 Anträge auf Bewilligung der Witwen- bzw. Witwenrenten vor; davon wurden 509 bewilligt und 810 abgelehnt. Anträge auf Bewilligung der Waisenrente lagen 1727 vor; davon wurden 1432 anerkannt und 285 abgelehnt. Auszahlung des Wittwengeldes — an Witwen bzw. Witwer,

die selbst versicherungspflichtig sind und Markendeckungen haben — wurde in 1042 Fällen gefordert; in 749 Fällen wurde den Anträgen stattgegeben; endlich wurde in 27 Fällen die Waisenaussicht gefordert, die in 8 Fällen genehmigt wurde. Der Jahresbeitrag einer Witwen- bzw. Waisenrente betrug im Durchschnitt 79,80 M. bzw. 89,40 M. Am Schlusse des Jahres 1913 zählte die Anstalt 738 Witwen- und 2025 Waisenrentner.

Invalidentätensachen.

Borcht man den Ursachen, die zur Invalidität führen, nach, dann zeigt sich das folgende Bild. An erster Stelle steht die Gruppe der durch Entkräftung, Blutarmlut und Altersschwäche erwerbsunfähig Gewordenen mit 2387 Personen = 35,11 Proz. aller Rentenempfänger. An zweiter Stelle steht die Gruppe der durch Lungentuberkulose erwerbsunfähig Gewordenen mit 955 Personen = 14,33 Proz. aller Rentenempfänger; insbesondere werden die jüngeren Jahreshalten von dieser grauenvollen Krankheit schwer getroffen. Von je 100 Rentenempfängern wurden durch Tuberkulose erwerbsunfähig in den Jahreshalten:

Table with 7 columns (years 20-27) and 3 rows of data.

oder im Durchschnitt: von 100 Rentenempfängern wurden in den 20 Jahreshalten 52,88 Proz., in den 30 Jahreshalten 33,02 Proz. und in den 40 Jahreshalten 20,54 Proz. durch Lungentuberkulose erwerbsunfähig. An dritter Stelle folgt dann die Gruppe der durch Entkräftung des Artragens und der großen Blutgefäße erwerbsunfähig Gewordenen mit 849 Personen = 12,63 Proz. aller Rentenempfänger; dann folgen die Gruppen der durch Gelenkrheumatis-mus und Licht erwerbsunfähig Gewordenen mit 627 Personen gleich 9,36 Proz. aller Rentenempfänger; die durch die Entkräftungen der Blut- und Lymphgefäße mit 507 Personen = 7,51 Proz. aller Rentenempfänger; die der Geisteskranken mit 468 Personen = 6,95 Proz. aller Rentenempfänger; die der Lungentuberkulose (ausschließlich der Lungentuberkulose) mit 459 Personen = 6,86 Proz. aller Rentenempfänger; der durch Epilepsie, Syphilis und Neurasthenie erwerbsunfähig Gewordenen mit 433 Personen = 6,43 Proz. aller Rentenempfänger usw.

Ueber das Heilverfahren sagt der Bericht, daß die Anstalt Brandenburg auch im Jahre 1913 von der nach § 1509 der Reichs-versicherungsordnung gegebenen Befugnis im weitesten Umfange Gebrauch gemacht hat. In allen Fällen, in denen mit einiger Sicherheit zu erwarten war, daß durch Heilverfahren der Heilber-fahrens für längere Zeit der Eintritt der Invalidität verhindert würde, ist den Anträgen der Versicherten stattgegeben. Bedauer wird indessen, daß in vielen Fällen die Kranken operative Ein-griffe, die völlig gefahrlos ausgeführt werden könnten, verweigerten.

Die Kosten des Heilverfahrens betragen für den Jahres-fach insgesamt 251 257,50 M. Davon wurden der Anstalt von den Krankenassen und Versicherten zusammen 150 357,79 M. zurück-erstattet. Für die Lungentuberkulose wurden insgesamt 1 156 154 M. aufgewendet; von dieser Summe wurden der Anstalt 265 362 M. durch Dritte zurückerstattet. Ueber die Lungentuberkulose Kostens, in der nur weibliche Kranke behandelt werden, entrollt der Bericht ein interessantes Bild von dem Würgen der Lungentuberkulose unter den jungen Mädchen und Frauen der arbeitenden Bevölkerung. Von den derselben behandelten Kranken standen 39 im Alter von 16 bis 20, 126 im Alter von 21 bis 25 und 86 im Alter von 26 bis 30 Jahren. Welch eine Inhumane von vernünftigen Menschlichkeit und Lebensfreude liegt in diesen Ziffern. Den Versuchen nach gegliedert, werden von dem Würgen Lungentuberkulose in erster Linie die Textilarbeiterinnen mit 62 be-troffen, dann folgen die Schneiderinnen und Schuhmacherinnen mit 29, die in elektrischen Fabriken mit 26, in anderen Fabriken mit 20; die Wirtschaftlerinnen, Stützen u. dergl. und die Buchhalterinnen mit je 17, die Dienstmädchen mit 72.

Ueber das Genesungsheim „Hohenelise“ bei Rheinsberg in der Mark wäre kurz folgendes zu sagen. Die ärztliche Hilfe wird weiter von den Ärzten, die in Rheinsberg ihren Sitz haben, ausgeführt. Diesen Zustand halten wir für außerst unglücklich. Der Vorstand sollte doch im Interesse der sozialen Fürsorge für die Pflegelinge zumindest einen Arzt in der Anstalt anstellen. Im all-gemeinen scheinen sich die Zustände in „Hohenelise“ gebessert zu haben.

Zur Behandlung und Erholung der Pflegelinge in „Hohenelise“ wird auch die körperliche Betätigung angewandt. Die Beschäftigungsdauer der Pflegelinge wird nach den Bestimmungen der Ärzte angeordnet; sie schwankt zwischen 1 bis 3 Stunden täglich; in denen in einzelnen Fällen (6) währte sie 4 und 5 Stunden täglich. Im Vordergrund steht die Feld- und Gartenarbeit. Hier haben 11 751 Pflegelinge 20 035,5 Stunden, in der Werkstatt 5026 Pflegelinge 9768 Stunden gearbeitet. Insgesamt haben 21 487 Pflegelinge 38 099,5 Stunden für die Anstalt gewinnbringende Arbeit geleistet. Hoffentlich sind die Pflegelinge in der Garten- und Feldarbeit nicht wieder zum Mißbrauch verwendet worden. Die Kritik, die hier geübt wurde, hat demnach erzieherisch auf die Hausverwaltung in Hohenelise gewirkt.

Aus den finanziellen Ergebnissen sei folgendes erwähnt. Im Jahre 1913 wurden 63 077 Betriebe und Haushaltungen kontrolliert, durch diese Kontrolle wurden der Anstalt 186 691,86 M. zugeführt. Die Kosten der Kontrolle betragen 109 774,23 M. An Strafgebern — von den durch die Kontrollbeamten festgestellten Strafen — floßen der Versicherungsanstalt weitere 19 637,41 M. zu. Für Beitragsmarken wurden 16 845 308,14 M., für Beitragsbeiträge — das sind diejenigen, die von den landwirtschaftlichen Unternehmern für die von ihnen beschäftigten polnischen, russischen und galizischen Ar-beiter, weil diese Arbeiter nicht versicherungspflichtig sind, geleistet werden müssen — 124 379,53 M., an Zinsen 3 650 474,33 M. ver-einnahmt. An Ausgaben haben demgegenüber für Renten 7 050 630,16 M., für einmalige Leistungen, Wittwengeld, Waisen-entzehr (Beitragserstattungen) noch aus Anträgen vor Inkraft-treten der Reichsversicherungsordnung 12 477,55 M., für Hausgeld 113 183,36 M., für das Heilverfahren 1 450 879,81 M.

Zieht man das Restme, dann sieht man, daß die Anstalt Bran-denburg noch nicht einmal die Hälfte der für Beitragsmarken ein-gewonnenen Summe für Alters-, Invaliden-, Witwen- und Waisen-entzehr zählte. Dafür ist das Vermögen der Anstalt im Jahre 1913 indessen ganz enorm gewachsen. Die Landesversicherungsanstalt Brandenburg hatte am 31. Dezember 1913 ein Vermögen von 106 697 811,27 M.

Soziales.

Zur Erwerbsfähigkeit der Kriegsversehrten.

Wie können Kriegsversehrte erwerbsfähig gemacht werden? Kann man Handarbeiten nach Verlust von Händen oder Füßen noch eine Arbeitsmöglichkeit schaffen? Die Friedensarbeit der Krüppelfürsorge hat vieles erreicht, was jetzt den Opfern des Krieges zugute kommen soll. Wieviel da geleistet werden kann, würde gestern in einer Versammlung verwundeter Soldaten (im Kaiserin-Friedrich-Haus) durch einen Lichtbildervortrag gezeigt.

Der Vortragende, Generalarzt Dr. Bretzner, wies in einer Ansprache an die Verwundeten darauf hin, daß nach dem Kampf fürs Vaterland ihnen ein neuer Kampf, der Kampf ums Dasein, bevorstehe. Aber die Zeiten, wo man für die Invaliden sticht, vergeht und ihnen als Unbegünstigten den Verfall des Lebens, seien vorüber. Durch künstlichen Erfolg von Hand oder Fuß könne die

Arbeits- und Erwerbsfähigkeit wiederhergestellt werden, wenn der Verhimmelte willens- und taftfähig sich bemühe, seine Glieder wieder zu gebrauchen. Daß etwa Kriegsversehrte billiger arbeiten müssen als gesunde Arbeiter, dem solle vorgebeugt werden. Die gesunden Arbeiter werden ihren verhimmelten Arbeits-genossen denselben Lohn gönnen, daß zu tun, werde ihnen eine Pflicht sein.

Die Reihe der Lichtbilder wurde eröffnet durch eine Neben-einanderstellung des Invaliden von ehemals, der den Verfallsten dreht, und eines Krüppels ohne Hände und Füße, der mit Hilfe von Ersatzfüßen als Drechsler arbeitet. Weiter sah man Bilder von Arbeitern, die mit Armstümpfen oder Ersatzfüßen als Schlosser, Tischler, Schneider, Korbmacher, Landarbeiter tätig sind; auch eines Lehrers, der mit zwei Armstümpfen die Feder hält und schreibt. Es folgten dann ein paar Filme. Der erste zeigte einen einarmigen Tischler, der mit Hilfe eines Ersatzfüßes den Hobel, den Hammer, die Säge usw. wie ein gesunder handhabt. Der andere Film ließ uns einen Mann ohne Hände und Füße bei seinem Tagelohn beobachten. Mit seinen Armstümpfen legt er selber sich die Ersatzfüße an, zieht sich Hosen und Stiefel an, wäscht sich, trocknet sich ab, kumpt sich und zieht einen schmerzeraden Scheitel, legt Weste und Rock an, Insekt gewissenhaft jeden Knopf zu, nimmt seinen Kaffee und seine Frühstücksemmel zu sich, zündet sich eine Zigarette an, hüpft den Hut auf und geht davon, die „Hände“ in die Tasche steckend. Nachher sieht man ihn in der Werkstatt, wie er am Schraubstod und an der Drehbank gewandt hantiert. In der Mittagspause nimmt er sein Brot ein, wobei er Löffel, Gabel und Messer mühelos benutzt. — Diesen Vorbildern nachzusehen, sei Pflicht der Verwundeten, sagte der Vortragende. Es müsse ihnen zum Bewußtsein kommen, daß sie, nachdem sie Helden im Schützengraben waren, jetzt Helden der Arbeit sind.

Ein paar Krüppel in Person wurden von Professor Diehlsoff, dem Direktor des Colar-Gelenk-Heims für Krüppel, vorgeführt. Den Verwundeten wurde es das als einen Trost mitgeben, daß sie niemand niederbrücken zu lassen brauchen. Das Charakteristische für alle Krüppel sei, daß man dort Bergnützte und Fröhliche finde. Ein Verhimmelter könne mit Ersatzfüßen ausreichend arbeits-fähig werden. Und Arbeit für Kriegsversehrte zu schaffen, werde eine planvolle Organisation sich bemühen.

Gehaltsabzüge sind gleichwidrig.

Die Kammer 7 des Gewerbegerichts stellte sich gestern in einem Urteil ganz unzweideutig auf den von uns dem Gesetz entsprechend stets vertretenen Standpunkt, daß näm-lich die durch den Krieg geschaffene ungünstige Lage in ver-schiedenen Gewerben als „Unternehmerrisiko“ zu betrachten ist und nicht durch Lohnabzüge auf den Arbeiter abgewälzt werden darf.

Dem Hausdierer N. der Tapetenfabrik Lied u. Heider war bei Kriegsausbruch der Wochenlohn von 22,50 M. auf 16 M. gekürzt worden. Unter dem „Spaunge der Verhältnisse“ hat er sich unter-schriftlich mit der Kürzung einverstanden erklärt. Bei der Lösung des Arbeitsverhältnisses forderte er nun für die ganze Zeit, das sind 16 Wochen, den gekürzten Betrag mit insgesamt 101,50 M. ein. Er machte geltend, daß von ihm Arbeitsleistungen verlangt wurden, die, abgesehen von der ersten Kriegswoge, sogar erheblich größer waren als zu der Zeit, in der er nach dem vollen Lohn erhielt.

Das Gericht verurteilte die beklagte Firma zur Zahlung der vollen Abforderung aus den eingangs erwähnten Gründen.

Schlechter Geschäftsgang ist kein Grund zur Entlassung.

Diesen Grundsatz betätigte das Gewerbegericht Köln in einer Entscheidung, die von 14 Buchdruckergehilfen herbeigeführt wurde. Der verklagte Arbeitgeber hatte die Gehilfen ohne Kündigung ent-lassen. Zu einer Zahlung über den Tag der Beschäftigung hielt er sich nicht für verpflichtet, weil er für die Buchdrucker keine weitere Arbeit gehabt hätte.

Das Gewerbegericht gab sämtlichen Anträgen auf Zurück-erstattung des Arbeitgebers zur Zahlung des Lohnes bis Ablauf der Kündigungsfrist statt. In der Begründung heißt es: Es mag dahingestellt bleiben, ob die Fortsetzung des Betriebes durch den Krieg unterbunden ist und ob der Beklagte auch fällige Guthaben von seinen Kunden nicht erhält. Dieser Umstand gibt dem Be-klagten weder nach dem Gesetz noch nach dem mit den Klägern geschlossenen Arbeitsvertrag ein Recht, die Kläger ohne weiteres zu entlassen. Die Fälle der berechtigten Entlassung sind in der Gewerbeordnung einzeln aufgeführt. Nach dem Gesetz ist es aber kein Grund, Gehilfen deshalb sofort zu entlassen, wenn durch Krieg der Betrieb für den Arbeitgeber nicht mehr lohnend ist. Aus diesem Grunde rechtfertigt sich die Verurteilung des Beklagten.

Berichtszeitung.

„Ziehleute“ als Greifer.

Die Richtigkeit des alten Sprichwortes: „Dreimal un-gezogen gleich einmal abgebrannt“, behauptete sich wieder einmal in einer Verhandlung, welche die 3. Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Seheimes Justizrats Unger bestritt.

Angelagt wegen Greiferei war der Zubehrer Paul Witte. Eine Frau N. hatte bei dem Angeklagten zum 1. Januar d. J. einen Möbelwagen bestellt und war nach langem Hin und Her mit N. dahin einig geworden, daß sie für den Betrag 25 M. zahlen sollte. Anstatt, wie vereinbart, um 1 Uhr mittags kamen die „Ziehleute“ schon um 11 Uhr an, so daß sie die Zusage noch mitten in der angenehmen Beschäftigung des Einpackens an-trafen. Die Sachen wurden nun, nur notdürftig verpackt, auf die Straße getragen, eingeladen und nach der neuen Wohnung trans-portiert. Schon hierbei ließ der Angeklagte Bemerkungen, wie „wie zu billig“ u. a. fallen, und ging nicht gerade sehr vorsichtig mit den Möbeln um. Die Sachen wurden vor der neuen Wohnung auf die Straße gestellt und der Angeklagte mit den Ziehleuten ver-schwand in einer hohen Dämhle, wo „Arigorat“ gehalten wurde. Es begann zu regnen, und Frau N. ließ händeringend auf der Straße umher, da die Gefahr vorlag, daß ihre nun notdürftig verpackten Sachen vollständig verderben würden. Nach einiger Zeit erschien aus der Dämhle ein „Parlamentäre“, welcher der schon halbverwelkten Frau mitteilte, daß beschlossen worden wäre, 30 M. für den Umzug zu verlangen, andernfalls die Sachen auf der Straße stehen bleiben würden. Als Frau N. diese Forderung ablehnte, trottete der Abgeordnete wieder in die Dämhle zurück. Im ihre Sachen vor dem sicheren Verderben zu bewahren, erklärte sie die Zusage schließlich bereit, die verlangten 30 M. zu zahlen. — Der Staatsanwalt beantragte 6 Monate Gefängnis wegen den An-geklagten. Das Gericht ging jedoch weit über diesen Antrag hinaus, da es sich um eine ganz gemeine und schamlose Greiferei handelte und verurteilte den Angeklagten zu 1 Jahr Gefängnis. Außerdem wurde N. sofort verhaftet.

Spionageprozess Berna, Vater und Sohn.

Vor dem 2. Strafsenat des Reichsgerichts unter dem Vorsitz des Senatspräsidenten Dr. Menge begann gestern früh die Verhandlung gegen den Buchhalter Leo Berna und dessen Vater Lukas Berna, welche des Spionageverbrechens angeklagt sind.

Der Angeklagte Lukas Berna (Vater), zuletzt Geschäftsreisender in Basel, ist am 27. Oktober 1850 in Wingenheim, Kreis Kolmar (E.) geboren. Den Krieg 1870/71 hat er als französischer Unteroffizier mitgemacht, seit dem Friedensschluss ist er deutscher Reichsangehöriger. In Wingenheim hat er sich verheiratet. Er hat fünf Kinder. Lukas Berna hat früher in Wingenheim einen Weinhandel betrieben und viel Geld damit verdient; auch hat er sein Vermögen durch Erbschaften vermehrt. Er stand in besseren Zeiten in seinem Heimatort in großem Ansehen und hat eine Reihe von Jahren ein Ehrenamt in der Gemeindeverwaltung bekleidet. Allmählich verschlechterten sich seine Verhältnisse und er geriet in Vermögensverfall. Im Jahre 1907 verzog er nach Dürkheim und war zuletzt als Geschäftsreisender in Basel tätig. Leo Berna, der Hauptangeklagte, ist als das dritte Kind seines Vaters am 24. April 1881 in Wingenheim als Deutscher geboren. Er hat als Einjährig-Freiwilliger im Elsassischen Train-Bataillon Nr. 15 in Straßburg von 1. Oktober 1907 bis 30. September 1908 gedient und ist jetzt Unteroffizier der Reserve. Von Oktober 1908 bis Sommer 1910 war er Weinreisender. Im Jahre 1911 wurde er Buchhalter in Roveaut, dann Reisender in einer Weinhandlung in Basel, welche Stellung er bis 1913 innehatte. Seitdem war er ohne Stellung und wohnte bei seinem Vater in Basel. In der vorliegenden Sache sind zwei Eröffnungsbeschlüsse ergangen. Der erste ist vom Strafsenat des Reichsgerichts am 8. September 1914 erlassen und richtet sich gegen den Sohn Leo Berna. Dieser ist beschuldigt, seit 1909 im In- und Auslande vorzüglich Schriften, Zeichnungen und andere Gegenstände, deren Geheimhaltung im Interesse der Landesverteidigung geboten war, in den Besitz und zur Kenntnis des französischen Nachrichtendienstes gebracht zu haben, obwohl er wusste, daß er dadurch die Sicherheit des Deutschen Reiches gefährdete. Der Eröffnungsbeschluss gegen Lukas Berna ist vom ersten Strafsenat des Reichsgerichts am 23. Dezember 1914 erlassen worden. Dieser Angeklagte soll seit 1908 fortgesetzt im In- und Auslande, hauptsächlich in Basel, sich des Verbrechens der Spionage schuldig gemacht haben, und seit 1909 seinem Sohn Leo zu dessen Verbrechen Beihilfe geleistet haben. Die Verhandlung findet unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt.

Kleine Nachrichten.

Ein nachahmenswertes Beispiel.

Im „Volkblatt für Halle“ lesen wir: Wie der „Soale-Zeitung“ gemeldet wird, liefert die Domäne Warby, Pächter v. Dieze, an die Einwohnerstadt von Warby die Kartoffeln für 2,80 M. pro Zentner.

Das ist ein vaterländisches Verhalten, fügt das Blatt hinzu. Wir unfererseits möchten den Herren v. Wagenski-Seeben, Vieler-Werby, Zimmermann-Venkendorf, Hochheim-Schaffstädt, die auf ihren Gütern noch viele Laufende Zentner von Kartoffeln eingemietet liegen haben, dieselbe Vornehmheit empfehlen.

Die Lektion.

Unter dieser Ueberschrift gibt die „Frankfurter Zeitung“ im Feuilleton ein „Kasernenhofgeschichtchen“ wieder, das angeblich in Budapest passiert ist. Sie lautet:

Ein Oberst kommt gerade dazu, wie ein Leutnant einen Rekruten zu drillen hat, und macht dem Temperamentvollen Vorwürfe, daß er jetzt mit den Menschen, die ihr Leben dem Vaterlande opfern, so groß umgehe. Der Leutnant entschuldigt sich: „Der Kerl ist so dumm! Ich kann ihm nicht das einfachste beibringen.“ — „Man erreicht alles mit Geduld“, entgegnet der Oberst und beginnt vor dem Leutnant die Arbeit selber. „Wie heißt der Oberst des Regiments?“ fragt er den Rekruten. Prompte Antwort: „Jlosvoj Ghörgh“. „Rein, du irrst dich. So hieß er früher. Jetzt ist ein anderer. Also, wie heißt der?“ Prompte Antwort: „Jlosvaj Ghörgh“. Der Oberst wird etwas eindringlicher: „Du irrst, dieser Oberst ist tot und begraben. Sieh her, ich bin es, der jetzt Oberst ist. Ich heiße Kobacs Janos. Kobacs Janos heißt dein Oberst. Also, wie heißt dein Oberst?“ Prompte richtige Antwort: „Kobacs Janos“. Der Oberst steht dem Leutnant triumphierend an, als wenn er sagen wollte: „Sehen Sie,

es geht, wenn man nur will.“ und fragt den Rekruten weiter: „Und wie heißt denn du?“ Prompte Antwort: „Kobacs Janos“. Der Oberst, ein wenig erbös: „So... so, und wie heißt dein Vater?“ Die gleiche Antwort: „Kobacs Janos“. Nun verläßt selbst den Obersten die Ruhe: „Dummer Kerl!“ schreit er... Da salutiert der Leutnant und sagt dem Obersten: „Welche gehorsamt: Der Mann heißt wirklich so wie der Herr Oberst selber, und sein Vater heißt auch so!“

Neben dem Krieg.

Aus Amsterdam schreibt man uns: Wie in früheren Kriegsepochen meldet sich auch jetzt im Rücken der Armeen die Landplage des gemeinen Hebelstertums. Sie ist in Belgien zuerst aufgetreten, als Hunderttausende in wilder Flucht über die Grenze ihre Heimatstätten verloren hatten. Sie dauert namentlich in der an Holland grenzenden „Kempere“-Landschaft fort. Eine Aufschrift an das „Ulrechter Centrum“ berichtet, daß die Diebstähle und Einbrüche täglich zunehmen. Sicher hat die schreckliche Not einen Teil der Schuld daran, immerhin weist die Art der Ausführung darauf hin, daß viele der Verbrecher von berufsmäßigen Hebelstertern verführt werden. So ist eine Reihe von Diebstählen in Beerle von einer Bande mit geschwärtzten Gesichtern ausgeführt worden. Das Gericht von Turnhout hat fast täglich über Diebstähle zu verhandeln. Auch in der Gegend zwischen Brüssel, Charleroi und Mons sind gut organisierte Räuberbanden am Werk. In Custru wurde bei einem Einbruch der Sohn des Besitzers von den Banditen getötet.

Parteiveranstaltungen.

- Vierter Wahlkreis.** Montag, den 1. März, abends 8 1/2 Uhr: Zwei große Lichtbildervorträge. Am Gewerkschaftshaus, Engelauer 15: Die Kunstschätze in Belgien und Nordfrankreich. Vortragende: Genossen Dr. Liedtke und Dr. Bruchmann. In den Prachtzügen des Orients, Frankfurter Allee 48: Indien als Stützpunkt der englischen Weltbeherrschung. Vortragende: Genosse H. Wieland.
- Treptow-Baumhauerschule.** Dienstag, den 2. März, abends 8 1/2 Uhr, findet im „Sprengarten“ in Treptow eine öffentliche Versammlung statt mit dem Thema: „Unlere Ernährung während des Krieges.“ Referent: Arbeitersekretär Rudolf Bissell.
- Niederichowweide.** Dienstag, den 2. März, abends 7 1/2 Uhr, findet im Restaurant von Schulze, Brüdnerstr. 15, ein außerordentlicher kombinierter Wahlabend aller Bezirke statt. Tagesordnung: Fortsetzung der letzten Versammlung. Diskussion. Referent: Reichstagsabgeordneter Rumert.
- Steglitz-Friedenau.** Der Bildungsausschuss veranstaltet Dienstag, den 2., 9., 16. und 23. März einen Vortragskursus über das Thema: „Die jüngste Phase der kapitalistischen Entwicklung.“ Vortragende: Genosse Dr. Hermann Dunder. Lokal: Schellhale, Steglitz, Kohnstr. 15, Beginn der Vorträge 8 1/2 Uhr abends. Eintritts-freien werden nicht ausgenommen. Eintrittspreis 10 Pf. pro Vortrag.
- Zehlendorf (Bannseebahn).** Die Mitgliederversammlung des Wahlbezirks findet Dienstag, den 2. März, abends 8 1/2 Uhr, bei Hof, Karlstraße 12, statt. Auf der Tagesordnung steht ein Vortrag: „Unlere Ernährung während des Krieges.“

Frauenleseabende.

- Montag, den 1. März, abends 8 1/2 Uhr:** Adlershof. Im Jugendheim. Vortrag des Genossen Sepp Dexter über: „Land und Leute in Belgien.“
- Dienstag, den 2. März, abends 8 Uhr:** Nowawes. Bei Dierks, Wallstr. 55. Jahresbericht und Neuwahl der Leitung.
- Wilmersdorf.** Bei Schilling, Lauenburger Str. 21. Vorträge der Genossinnen Frau Karstensen und Frau Dr. Rosenthal über: „Die Ernährung im Kriege“. Neuwahl der Leitung.
- Donnerstag, den 4. März, abends 8 Uhr:** Köpenick. Bei Stippeloh, Schönerlinde Str. 5.

Jugendveranstaltungen.

- Reinickendorf-Ost.** Im Jugendheim, Doppelpf. 32, wird Herr Max Schütte in fünf Vorträgen die neuere Geschichte behandeln: 1. Zeitalter der Reformation. 2. Zeitalter des dreißigjährigen Krieges. 3. Zeitalter der Revolution. 4. Zeitalter des Befreiungskrieges. 5. Zeitalter der Arbeiterbewegung.
- Der erste Vortrag findet Dienstag, den 2. März, abends 8 Uhr statt. Die Teilnahme ist unentgeltlich, auch für erwachsene Genossen.
- Das Jugendheim ist geöffnet: Sonntag von 4-7, 10 Uhr, Dienstag, Donnerstag und Sonnabend von 7-10 Uhr.

Adlershof. Mittwoch, den 3. März, abends pünktlich 8 Uhr, findet im Jugendheim, Adlershof, Dönnichstr. 31, ein außerordentlicher Mädchenabend statt. Vortrag: Wert der Bildung für die weibliche Jugend.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten Lindenstr. 3, IV. Hof rechts, parterre, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 5 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Auftrag ist ein Quittbeleg und eine Zahl als Markzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementsbeurteilung beigelegt ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor. Verträge, Schriftstücke und dergleichen bringe man in die Sprechstunde mit.

G. S. 25. 1. Blumenstr. 97, 2. Ja. 3. Von 2-3 Uhr. — **G. W. Renteln.** Darüber können Sie sich nur vom Arzt beraten lassen. — **G. 1.** 1. Uns leider nicht bekannt. 2. Alle drei Variationen können angewendet werden. Für richtig halten wir „del albedem“. 3. Ja. 98,82 Kronen. — **J. S. 40.** Beim Verband der Schneider und Schneiderinnen, Sebaldstr. 37/38, und beim Sattlerverband, Engelauer 15, können Sie Informationen erhalten. — **Z. 11.** 1-3. Wenden Sie sich an den Vorsitzenden des Arbeiter-Samariterbundes B. Hadelhuth, Berlin O 112, Oberstr. 2. Alles Nähere erfahren Sie dort. — **Einjährigen-Jugend.** Solche Männer gibt es, sind aber praktisch wertlos. Zu den seltensten Fällen gelingt es einem jungen Mann mit Volkshochschulbildung, das Ziel zu erreichen. Privatunterricht ist unter allen Umständen notwendig. Stell sich aber sehr teuer, und bleibt der Erfolg zweifelhaft. Sie würden gut tun, wenn Sie sich nach dem Marineamt, Königin-Augusta-Str. 38/42, bemühen wollten und dort Ihr Anliegen vortragen und um sachgemäße Belehrung ersuchen. — **P. S. 123.** Da Ihre Frau nicht versichert ist, hat sie keinen Anspruch. — **S. Z. 90.** 1. Für das Kind muß Antrag auf Unterstützung bei der Steuerfahse gestellt werden. 2. So das Kind in Pflege ist. 3. Ja. 4. Nein. 5. Klage beim Gewerbegericht. — **S. Z. 22.** Nein, die Forderungen sind an den Mann geltend zu machen. — **S. S. 69.** Der Gläubiger kann 30 Jahre lang klagen. — **S. S. 15.** Wenn keine vierwöchentliche Kündigungspflicht vereinbart ist, sind Sie im Recht. Klagen Sie eventuell beim Kaufmannsgericht. — **G. S. 39.** 1. Wegen Herzkrankung zurückgestellt. 2. Ja. — **J. 16.** 1. Die Tochter hat Anspruch auf Unterstützung nach der neuerten Bundesratsverordnung. 2. An die Steuerfahse. — **S. J. 47.** Wegen geringer Lungenerkrankung landsturmpflichtig. — **S. 132.** Der Sohn muß die Pflichtfortbildungsschule besuchen. Der Lehrherr kann deswegen keinen Anspruch erheben. — **S. S. 39.** Erwarten Sie Zahlung durch Aufstellung eines Zahlungsbefehls. Die Verjährungsfrist beträgt jetzt 3 Jahre. — **S. S. 9.** Wegen Lungenerkrankung dienstuntauglich. Wahrnehmen Sie von jedem Militärdienst befreit. Wenn Sie aber Orber bekommen, müssen Sie ihn stellen. — **S. 100.** Wegen böswilligen Verlassens kann Klage auf Überschuldung eingeleitet werden. — **M. S. Treptow.** Nein. — **S. G. 2.** Sie und Ihre Kinder gelten als österreichische Staatsangehörige. Unterstützung wird durch den österreichischen Konsul gezahlt. — **S. 16. 187.** Ja, für das uneheliche Kind besteht Anspruch auf Unterstützung. — **S. S. 11.** Gerichtliche Befragung könnte nicht erfolgen. Höchstens könnte auf Lösung des Lehrvertrages geklagt werden. Sprechen Sie aber doch zuerst mit dem Richter selbst. — **Gesundbrunnen S. 2.** Wenn Sie nicht verheiratet sind, haben Sie keinen Anspruch auf Unterstützung. Für das Kind stellen Sie Antrag bei der Steuerfahse. — **S. W. 41.** 1. Sie können sich nur auf gültigen Wege mit dem Vork. einigen. Er kann Miete fordern für die ganze Zeit, für die der Mietvertrag geschlossen ist. 2. Zur Verjährung haben Sie kein Recht. Sie können die Mieteinrichtung nur verkaufen. — **S. S. 100.** Sie hätten die Jurisdiktion des Zahlungsbefehls erwirken müssen. Jetzt müssen Sie die Kosten tragen.

Ämtlicher Marktbericht der hiesigen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. (Ohne Verbindlichkeit.)

Sonnabend, den 27. Februar. Fleisch: Rindfleisch per 50 kg. Ochsenfleisch Ia 80-93, do. IIa 72-82, do. IIIa 65-70; Bullenfleisch Ia 72-84, do. IIa 68-72; Lämmer, fett 60-63, do. mager 50-55, do. dänische 48-55; Ferkel 60-70, Ferkel, dänische, 48-60; Ziegen, dänische, 53-64; Kalbfleisch, Doppelfender 120-130; Rastfälsler Ia 80-95, do. IIa 65-75; Rastfälsler ger. 45-55. Hammelfleisch: Rastfälsler 88-98; Hammel Ia 81-86, do. IIa 78-80; Schafe 80-87. Schweinefleisch: Schweine, jette 96-110, sonstige 84-96, dän. Sauen 72-75, dän. Schweine 75-80. — Gemüze: inländisches: Kartoffeln, Daberische 50 kg 0,00; weiße Kaiserfronen 0,00; Magnum bonum 0,00; Woltmann 0,00-0,00; Porree, Schod 0,70-1,50; Sellerie, Schod 5,00-10,00; Spinat 50 kg 15,00-22,00; Mohrrüben 6,00-7,50; Biringsfah Schod 8,00-14,00; Wirsingfah 50 kg 9,00-10,00; Weißfah Schod 8,00-14,00; Weißfah 50 kg 9,00-10,00; Rotfah, Schod 8,00-15,00; Rotfah 50 kg 9,00 bis 10,00; Grünfah 50 kg 10,00-14,00; Kohlrüben 50 kg 5,00-6,00; Zeltower Rüben 50 kg 12,00-16,00, Rastfische Rüben 50 kg 8,00-18,00; Rosenfah 50 kg 20,00-30,00, Meerrettich Schod 5,00-14,00; Petersilienwurzel Schodfand 4,00-6,00; Zwiebeln 50 kg 15,00-16,00; Rhabarber, Hamburger, 100 St. 8-14. Apfelsinen: italienische 50 kg 16,00-18,00, dito 200 St. 8,00-9,00, 300 St. 9,00-10,00, Murcia 200 St. 15,00-18,00, dito 300 St. 10,00-15,00, Messina 160 St. 10,00-12,50, 200 St. 8,00-13,00, 300 St. 8,00-15,00. Nussina Blut-80 St. 8,50-9,00, do. 100 St. 7,00-8,75, do. 150 St. 7,00-10,00. Spanische 420 St. 22,00-30,00, do. 714 St. 26,00-30,00, do. 1094 St. 28,00-32,00, do. 420 St. large 23,00-40,00.

Verband der Freien Volksbühnen

Sonntag, 7. März 1915. III. Konzert mittags 12 Uhr =

in der Volksbühne, Theater am Bülowplatz.

Der Königliche Opernchor

unter Leitung von Professor **Hugo Rüdel**,

Hofopernsängerin **Barbara Nickley-Kemp** (Sopran),

Emmi Leisner (Alt),

Hofopernsänger **Cornelius Bronsgeest** (Bariton).

Karten zu 75 Pf. einschl. Garderobe — auch für Nichtmitglieder — an der Theaterkasse von 10 bis 2 Uhr, bei Wertheim, im Invalidendank und in den Zahlstellen des Verbandes der Freien Volksbühnen. 244/19

bieten wir jedem Gelegenheit abgebildete **moderne Zugampel**

(Schmiedeeisen) ohne Preisaufschlag mit **Mk. 18** anzuschaffen. Da Hängelicht bekanntlich **40-60 Proz. Gasersparnis** erzielt, sind die Anschaffungskosten bald gedeckt. Falls andere **Kronen erwünscht, entsenden wir Vertreter mit Abbildungen ohne Kaufverpflichtung.**

Kronleuchterfabrik Gustav Baum & Co., Neue Schönhauser Str. 11. Verkaufsgeschäft: **Hänzstr. 20.** Bei Bestellungen bitten wir um telephonischen Anruf: **Amt Norden 8066.**




Galem Aleitum
Galem Gold Zigaretten

für unsere Krieger durch die Feldpost

Preis No 3 1/2 4 5 6 8 10
3 1/2 4 5 6 8 10 Pfg. d. Stck.

20 Stck. Galem Zigaretten **Portofrei!**
50 Stck. Galem Zigaretten **10 Pf. Porto!**

Orient Tabak u. Cigaretten-Fabr. **Yenidze, Dresden**
Jnh. Hugo Ziefz,
Hoflieferant S. M. d. Königs v. Sachsen

Bekanntmachung.

Mit Genehmigung des Versicherungsamts der Stadt Berlin vom 22. Februar 1915 wird die durch das Gesetz vom 4. August 1914 für die Dauer des gegenwärtigen Krieges aufgehobene Familienliste vom 1. März 1915 ab im vollen jahungsmäßigen Umfange wieder eingeführt. Die Ausstellung der hierfür erforderlichen Ausweise erfolgt wie bisher.

Will demselben Tage treten auch die übrigen jahungsmäßigen Verordnungen, die durch das erwähnte Gesetz aufgehoben waren, unter Beibehaltung des 4/10-prozentigen Beitragsfußes wieder in Kraft. 290/13

Berlin, den 26. Februar 1915.

Der Vorstand
der Betriebskrankenkasse der Stadtgemeinde Berlin.

Kranzspenden
sowie sämtliche
Blumenarrangements
herstellt schnell und billig **Paul Gross**, Lindenstr. 69, Tel. 2941, 7203.

Blutreinigung

unnatürl. Blutdröte des Gesicht, Blutüberdrehen, Pusteln usw. beseitigt am sichersten **„Marubin“**. Seit 11. Jahren mit wirksamen Erfolgen erprobt. **M. 2,50.**

Otto Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstr. 4

Persil

wäscht und schont
Spitzenwäsche

Henkel's Bleich-Soda